DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

219 19. JAHRGANG Dezember 2002 4,50 €

Politische Bewegung als Fanclubs von Markt und Staat?

Kritik moderner linker Ideologien

Die Zeiten der Konfrontation scheinen vorbei. Wer heute als Ziel nennt, ohne den Einsatz von Herrschaftsmittel sowie gegen Konzerne und Marktwirtschaft zu einer emanzipatorischen Veränderung zu kommen, gilt als Spinner oder weltfremd. So schreibt Sven Giegold in der Aktionszeitung von attac zum 14.9.2002 zur »Forderung nach Abschaffung« von WTO, Weltbank & Co: »In der Öffentlichkeit wird sie als politischer Größenwahn wahrgenommen. Man begibt sich damit in die politische Isolierung und schneidet sich selbst die Möglichkeit ab, in politisch relevante Diskurse zu intervenieren.« Doch attac ist nur der offensichtlichste Fall von Markt- und Staatsfetischismus. Fast alle politischen Gruppen in Deutschland sind zu Anhängern von Staat oder Markt geworden – viele auch von beidem.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Umweltschutz von unten ● »Demokratie jetzt!« forderte die BI Lüchow-Dannenberg in einem Infobrief zum Castor-Transport im November 2002. Ökoverbände begrüßen die Privatisierung der Rente, weil dann Geld in Ökoprojekten angelegt wird. Windenergie-Verbände setzten sich für die Abschaffung der BürgerInnenbeteiligung bei Windrädern ein und machen diesen Wirtschaftsbereich zu einem der modernsten Marktsegmente der Republik. PazifistInnen fordern neue Gerichtshöfe, Grüne führen auch ohne diese Kriege im Rekordtempo. Niemand aber hinterfragt den neuen Mythos von Markt und Staat: Warum ist die Demokratie so beliebt? Warum setzen immer wieder selbst politische Gruppen ihre Hoffnung in den Staat – neuerdings sogar in Konzerne? Soll der Markt plötzlich zum Heilsbringer werden? Ist am Ende die Position, Krieg könne Frieden schaffen, gar nicht so absurd ... wo doch viele andere Umweltschutz durch Industrie, Gerechtigkeit durch Steuern oder Freiheit durch mehr Staat haben wollen?

Die politische Diskussion ist durchzogen von Positionen und Forderungen, die keinen weitergehenden Sinn ergeben oder zugunsten kurzfristiger Ziele grundlegende Positionen ausblenden bzw. gar das Gegenteil vom eigentlich Passenden fordern – z.B. mehr Staat oder neue Marktmechanismen. Das ist die Folge fehlender Herrschaftsanalyse. Politische Bewegung ist wie die Regierungen: Sie lebt von der Hand in den Mund, reagiert auf tagesaktuelle Vorgänge und agiert nicht in einer zusammenhängenden Strategie. Politische Ziele gibt es meist gar nicht – nicht einmal falsche. Zu erkennen ist das daran, dass sich die konkreten Forderungen oftmals widersprechen. Ein roter Faden in Form grundlegender Ziele ist eben nicht vorhanden. Es fehlt an Visionen einer anderen, besseren Welt. Es fehlt sogar noch an der Vorstufe, nämlich der vagen Vorstellung, was eine politische Gruppe überhaupt will. Mehr Gerechtigkeit? Mehr Freiheit? Eine Welt ohne Diskriminierung und Unterdrückung? Das Ende der Umweltzerstörung? Nichts ist mehr klar.

Visionär war politisches Engagement in Deutschland selten, zur Zeit sind es nur noch Splittergruppen, die wenigstens versuchen, ihre Träume einer besseren Welt wenigstens zu beschreiben, zu diskutieren und ihre politischen Aktivitäten auch darauf auszurichten. Doch heute fehlen nicht nur die Visionen, sondern auch nachvollziehbare Kritiken. Politische Aktion richtet sich meist gegen herausstechende Symbole von Herrschaft, Diskriminierung usw. Eine Vermittlung von Inhalten fehlt oder reduziert sich ebenfalls darauf. Über den Ein-Punkt-Bezug geht es nicht hinaus. Das hat Folgen: Was bei näherer Betrachtung als Ursache des Kritisierten aufgefallen wäre (nämlich Herrschaft, also u.a. der Staat und seine Institutionen, und Markt/Verwertung), wird plötzlich zum Hoffnungsträger. Also der Bock zum Gärtner. Grund sind die unbegrenzt scheinenden Möglichkeiten in Markt und Staat. Aus der Ohnmacht werden die Mächtigen angerufen und zum Retter stilisiert. Das modernisiert und stärkt Herrschaftsverhältnisse. Nationalstaaten, Regierungen, Industrie- und Handelskammern, UNO-Institutionen, Gerichte und viele mehr wissen die modernen NGOs längst als ihre Unterstützerinnen. Wenn sie deren Kritik im Detail ertragen können, bleibt ihnen eigentlich nur noch, die Akzeptanzbeschaffung zu genießen ...

In zwei Texten sollen diese Aspekte angegangen werden. Dieser Schwerpunkt birgt einige Analysen zu Ideologien und Forderungen politischer Gruppen. Dabei steht ein grundlegender Blick auf staats- und marktbefürwortende Positionen im Mittelpunkt. Das wäre ohne Zweifel an vielen Punkten zu vertiefen und an Beispielen zu belegen, doch fehlt hier der Raum. Umfangreicher ist das neue Buch »Nachhaltig, modern, staatstreu?« (Autor: Jörg Bergstedt). Die Texte hier sind Kurzfassungen oder Auszüge ausgewählter Kapitel. Die Texte dieses Schwerpunktes beziehen sich in der Regel auf Deutschland und die politischen Gruppen dort. In anderen Ländern gibt es teilweise gravierende Unterschiede, oft aber ähnliche Probleme.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10.

Internetadressen:

- Informationen zum Buch »Nachhaltig, modern, staatstreu?«: www.projektwerkstatt.de/materialien
- Übersicht zur Diskussion über Herrschaft und herrschaftsfreie Gesellschaft: www.projektwerkstatt.de/herrschaft und im aktuellen Reader »Herrschaftskritik konkret« des Instituts für Ökologie (auch www.projektwerkstatt.de/materialien)
- Umfangreiche Zitatesammlungen zu Ideologien und Strategien politischer Bewegung: www.projektwerkstatt.de/zitate und .../aes.
- Kreativer Widerstand gegen Staat und Markt: www.hoppetosse.net und www.direct-action.de.vu
- Anti-Wahl-Infoseiten und Aktionstipps: www.wahlquark.de.vu

AUS DEM INHALT:

BAMBULE FOREVER!

Hamburg kommt nicht zur Ruhe. Was in den letzten Oktobertagen als Aktionstage gegen die drohende Räumung des Bauwagenplatzes Bambule begann, hat sich zu einer stetig steigenden Protestwelle gegen die Law-and-Order Politik des rechten Hamburger Senats entwickelt. Die in ihrer Konsequenz beispiellose Vertreibung der Bambule durch eine martialische Polizeimacht war der vorläufige Höhepunkt einer Senatspolitik, die bisher u.a. weitläufige Sozialkürzungen, eine menschenfeindliche Verkehrspolitik und einen tödlichen Brechmitteleinsatz für sich verbuchen konnte. Aus »Bambule bleibt!« wird »Schill muss weg!« Seite 3

GLÜCKLICHE ARBEITSLOSE

Provokation! Seit 1996 agiert in Berlin eine Gruppe mit dem Namen »Die glücklichen Arbeitslosen« Schon der Name provoziert. Dabei wollen sie es aber nicht belassen. In den letzten sechs Jahren hat die lose Gruppe eine kleine Zeitschrift herausgegeben, zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen bestritten, Flugblätter, Pamphlete und Faulheitspapiere verfasst. Das Recht auf Faulheit scheint Schwerstarbeit zu sein. Jochen Knoblauch rezensiert das neueste Machwerk auf Seite 5.

AKTIONSTAG IN KÖLN

Eine vier Meter hohe Gestalt – eine Skulptur des Künstlers Jens Kleinen – schiebt sich Anfang November durch die Kölner Innenstadt. »Hello« wird sie genannt und ist anlässlich des Aktionstages gegen Abschiebung, Abschiebeknäste und Ausreiselager in Köln unterwegs. Seite 6

NACHBAUGEBÜHREN

Nachbaugebühren bedeutet, dass Bauern für den Nachbau von lizensiertem und von ihnen bereits bezahltem Saatgut, z.B. Getreide, Kartoffeln, seit 1997 doppelt Gebühren zahlen sollen. Was harmlos und unbekannt daher kommt, beschreibt einen der zur Zeit zentralen Konflikte in der bundesdeutschen und europäischen Landwirtschaft. Ein Konflikt, der gleichermaßen Ausdruck wie einer der Motoren der neoliberalen Globalisierung ist. Es geht um nichts anderes als um die Inwertsetzung von allen Facetten von Leben. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Die bundesweit tätige DEZENT-eG »Genossenschaft zur Entwicklung dezentraler Regionalstrukturen« will kleinräumige, ressourcenschonende, vernetzte Arbeits-, Wirtschafts- und Ökologiekreise im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes umsetzen. Die DEZENT-eG ist die Muttergenossenschaft, die das Genossenschaftsmodell LOKALEN Genossenschaften vermittelt und eventuelle Anlaufschwierigkeiten mit Hilfe von Spezialisten minimiert. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

DER ROLAND-GUTSCHEINRING

»Neue Netze knüpfen...«

Motto: »Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch« (Hölderlin)

Im nachfolgenden Beitrag stellt Manfred Steinbach vom Bremer »Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V.« einige Thesen zum »kranken Geldbegriff« und zum Sinn von regionalen Währungen vor. Zum Bremer Roland-Gutscheinring siehe auch CONTRASTE Nr. 209, »Alternative zum Euro – das Geld muss weg«.

Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen bewusster als früher die großen Weltprobleme wahrnehmen und sich immer mehr in globalem Maße für die Lösung dieser Probleme verantwortlich fühlen. Und es ist zu spüren, dass das größte Problem das weltweit egoistische und materialistische Profit-und Wettkampf-Wirtschaften unter Anwendung eines kranken Geldbegriffs ist mit den Ergebnissen:

- Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen auf der Erde;
- Ausgrenzung großer Bevölkerungskreise von der notwendigen Versorgung;
- Verschuldung und Verarmung von Bevölkerungen, Ländern und Regionen;
- Kapitalkonzentration in den Händen von wenigen Unternehmen;
- Vermehrung des Kapitals als Wirtschaftsziel;
- Konsumdiktatur weltweit mit Hilfe von Medien und der Werbung;
- Verherrlichung des Geldes, der Aktie und der Börse als neue »heilige Dreifaltigkeit«;
- Vermehrung von Kapital aufgrund des Zins- und Zinseszins-Systems »durch sich selbst«, ohne volkswirtschaftlichen Bezugspunkt.

Subcommandante Marcos – Denker, Dichter und Diener der Bauern in Chiapas – hat aufgrund solcher Tatsachen schon 1997 von einem »Krieg gegen die Menschheit« gesprochen.

Seit dem 11. September 2001 wird sichtbar, daß viele an das Recht gebundene Regierungen diesen Krieg gegen die Menschheit nun nicht mehr nur unterstützen, sondern sich jetzt selbst zu Kriegsherren gegen die Menschheit aufgeschwungen haben. Das politische Staatsleben hat sich sozusagen – wieder einmal – dem Wirtschaftsleben aufgesattelt..

Was können nun diejenigen tun, die ihre Ohnmacht nicht akzeptieren und ein menschenwürdiges Dasein auf der Erde erhalten wollen?

Richard Douthwaite und Hans Diefenbacher stellen in ihrem Buch »Jenseits der Globalisierung" die Frage: »Können einzelne Gemeinschaften dazu beitragen, die Ausdehnung des industriellen Systems und dessen individualistische Kultur zu begrenzen, und zwar ohne Hilfe der jeweiligen Regierung, um auf diese Weise einen geschützten Raum zu schaffen, in dem lokale gemeinwesenorientierte Ökonomien und eine damit verbundene Kultur wieder geschaffen oder neu belebt werden können?«

Bernard Lietaer, ehemaliger Finanzfachmann der belgischen Zentralbank, bejaht die gestellte Frage in seinem Buch »Das Geld der Zukunft«. Er weist hin auf den Zusammenhang von nachhaltigem und regionalem Wirtschaften mit der Geld- und Währungsfrage. Detailliert beschreibt er die lebendigsten von ca. 2.500 weltweit existierenden gemeinwesenorientierten lokalen Komplementärwährungen.

Paul Glover, Kreator der seit 1991 praktizierten Lokalwährung »Ithaca-Hour« im Bundesstaat New York zieht den Schluss, »dass die einzige Möglichkeit für die lokale Ökonomie, Nutzen aus lokal vorhandener Finanzkraft zu ziehen und den Abfluss von Kapital und die Spekulation zu verhindern, darin besteht, eine monetäre Einheit zu schaffen, die man nur in der Region verdienen und ausgeben kann.« (siehe CONTRASTE Nr. 171, 12.1998)

Diese drei Aussagen machen eines deutlich: Es kommt heute auf die Initiative jedes Einzelnen an, um auch morgen noch in einer menschenwürdigen Kultur leben zu können! Jedermensch ist aufgefordert, Einstellungen und Ideen zu überprüfen, diese ggf. zu verändern und danach auch zu handeln!

Fortsetzung auf Seite 4

CONTRASTE-INTERN:

»Die Zukunft steckt voller Ideen ...

und wir voller Hoffnung, auch weiterhin über diese berichten zu können«. So ist der diesjährige Spendenaufruf überschrieben, der dieser Ausgabe beiliegt. Dennoch haben wir in diesem Jahr keinen Grund, hoffnungsvoll in die Zukunft des CONTRASTE-Projektes zu blicken. Unser Vorhaben, in diesem Jahr ohne Neuverschuldung abzuschließen, ist gescheitert, wenn nicht bis Ende des Monats noch ein Wunder geschieht. Gescheitert ist auch der Versuch, ein Viertel unserer Altlasten aus vergangenen Zeiten abzubauen. Um bis Ende diesen Jahres keine Neuverschuldung zuzulassen, benötigen wir noch 1.205,00 EUR an Spenden. Um die für das kommende Jahr errechnete Deckungslücke zu schließen, müssten uns weitere 3.800,00 EUR erreichen. Das Ziel unserer Spendenkampagne (incl. einem Altenschuldenabbau von 2.500 EUR) beträgt somit 7.505 EUR. Im beiliegenden Spendenbrief waren wir noch von einer Zielvorgabe von 6.300 EUR ausgegangen, die aktuelle Statistik war noch nicht eingearbeitet. Wir hoffen auf einen positiven Jahresabschluss und einen gleichfalls positiven Start in das Jahr 2003. Wenn nicht, kommen wir nicht umhin, in den nächsten Ausgaben über eine Einstellung des Projektes zu diskutieren, wie es auch Elmar Still in seinem Brief an CONTRASTE vorschlägt (siehe Kasten).

Redaktion Heidelberg ● Nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten hätte unsere Zeitung nie gedruckt werden dürfen. Unabhängige, ehrenamtlich arbeitende Redaktionen, ein treuer LeserInnenstamm, Fördermitgliedschaften im CONTRASTE e.V. und Spenden haben das Erscheinen der CONTRASTE seit seiner Gründung im Oktober 1984 dennoch ermöglicht. Der Schuldenberg, der 1996 noch 25.000 EUR betrug, wurde bis zum Jahr 2001 auf 10.000 EUR reduziert.

Durch Umwandlungen von Normalabos in Fördermitgliedschaften und Neueintritte in den CONTRASTE e.V. haben wir es zudem geschafft, die zu erwartende jährliche Deckungslücke trotz Preiserhöhungen von Post und Druckerei von 5.000 EUR auf knappe 4.000 EUR abzusenken. Auch eine Neuverschuldung konnte in den vergangenen Jahren verhindert werden. Eigentlich ist das eine gute Ausgangsbasis für ein Weiterbestehen des Zeitungsprojektes. Wenn in diesem Monat das drohende Defizit für 2002 über 1.205 EUR verhindert werden kann und weitere Spenden unsere zu erwartende Deckungslücke 2003 schließen würde, können wir mit neuer Hoffnung in das nächste Jahr starten. Um CONTRASTE auch für einen längeren Zeitraum zu stabilisieren, benötigen wir weitere Umstellungen von Abos auf Fördermitgliedschaften und eine positive Entwicklung unserer Abonnements.

Abokampagne 100+

Bereits zusätzliche einhundert neue AbonnentInnen würden ausreichen, um CONTRASTE einen positiven Jahresabschluss zu ermöglichen und damit das Projekt zu stabilisieren. Das ist nicht viel, aber mit den Mitteln der ehrenamtlichen Redaktionen sind wir nicht in der Lage, eine Abokampagne zu starten. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten Multiplikatoren. Das Ziel für das Jahr 2003 sind 100+ Neuabos.

Jahresrückblick:

Getrübt wurde das Ergebnis durch 85 Abokündigungen (-3.519,40 EUR). Demgegenüber stehen 38 Neuabos (+1.710,00 EUR). Austritte aus dem Förderverein gab es 10 (967,00 EUR), 14 Neueintritte ergaben 1.086,00 EUR.

Spendenbrief

Liebe Freunde,

ich bin nun schon viele Jahre Abonnent der CONTRASTE. Hierbei habe ich den Eindruck, dass die Finanzmisere schon genau so lange mit einher geht. Ich habe immer wieder mit einer Spende zum Fortbestand der CONTRASTE beigetragen.

Sollte es in diesem Jahr wirklich nicht gelingen, positiv abzuschließen und besser noch einen echten Schuldenabbau zu realisieren, ist eine ernsthafte Erwägung der Einstellung aus meiner Sicht unumgänglich.

Für dieses Jahr fehlen noch 2.587,37 EUR, wobei hier ja nur ein Teilschuldenabbau vorgesehen war. Wenn das Zeitungsprojekt tatsächlich eingestellt würde, müssten aber auch die weiteren Schulden (die erst später getilgt werden sollten, aufgebracht werden. Wenn also die Einstellung von CONTRASTE weiter ins Auge zu fassen ist, sollte über diesen Punkt offen in den nächsten Ausgaben diskutiert werden.

Ich habe 260 EUR = 10% des diesjährigen Rückstands auf Euer Konto überwiesen und würde mir wünschen, dass viele weitere Leser/innen diesem Beispiel folgen und jede/r nach seiner Möglichkeit einen Beitrag zur Deckung des Defizits einbringt.

Weitere 20 EUR habe ich an das gleiche Konto überwiesen und bitte mir die Bunten Seiten 2003+ zusammen mit Rechnung und Spendenbescheinigung zu senden.

Mit freundlichen Grüßen
Elmar Still
Steuerberater Erfurt

Eingearbeitet in den Jahresrückblick mit Stand vom 30.11.2002 sind sieben Neuabos und dreizehn Kündigungen, sowie vier Kündigungen der Mitgliedschaft (u.a. das Netzwerk Münsterland, das seine Auflösung beschlossen hatte).

Erfreulicherweise gingen auch wieder Spenden auf unser Konto ein:

- Elmar Still, Erfurt 260 EUR (siehe auch Kasten)
- Bernd Müller, Halle: 5 EUR
- Kuckucksbibliothek, Berlin: 10 EUR

Herzlichen Dank!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

RIGAER STRASSE: EIN SCHRITT ZURÜCK, ZWEI SCHRITTE VOR!

Wiederbesetzung der Kadterschmiede mit Party –Kadterschmiede rocks!
Wir sind wieder da!!!
Einladung zur Wiederbesetzung der Kadterschmiede am Freitag den 13.12.02 um 21.00.Uhr

Hier sind NEWS von dem autonomen Wohn- und Kulturprojekt Rigaer 94: Das seit Mitte der 90er existierende Kulturprojekt Kadterschmiede ist am 04.09.02 von einem Großaufgebot der Berliner Bullen geräumt worden. Der punktuelle Widerstand konnte dies nicht verhindern. Die Bezirksregierung Friedrichshain/Kreuzberg sowie der Berliner Senat haben somit ihre unsoziale Politik demonstriert. Nicht nur für die FreundInnen und NutzerInnen der Kadterschmiede auch für die BewohnerInnen und für ihre UnterstützerInnen der Rigaer 94 bedeutet dies weiterhin, auf eine politische Lösung hinzuarbeiten. Die bürgerlichen Politiker dürfen nicht mehr mit ihren leeren Versprechungen und den dazugehörenden Lippenbekenntnissen davon kommen. Es muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass sie mit ihren Machtdemonstrationen nicht die Probleme der Menschen lösen können. Ein tanzender Büttelknüppel macht noch lange keine Musik.

Wir haben uns deshalb entschlossen, die Kadterschmiede WIEDERZUBESETZEN. Auf die Umsetzung des Beschlusses der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für den Erhalt des autonomen Wohn- und Kulturprojektes Rigaer 94 können wir noch lange warten. Wir machen schon mal. Wir akzeptieren noch

lange nicht Gerichtsbeschlüsse, die dem Eigentum die höchste Priorität einräumen. EIGENTUM BLEIBT DIEBSTAHL – DIE HÄUSER DENEN DIE DRINN WOHNEN.

Politische Wohn- und Kulturprojekte sind für uns eine wichtige Widerstandsform gegen die herrschende Politik, gegen Deutschland. Eine LINKE braucht unserer Meinung nach die Konfrontation ihrer Ideale, mit dem Alltag, um sich ihrer individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Widersprüche bewusst zu werden, um diese besser angreifen zu können. Solidarisiert EUCH mit existenzbedrohten linken Projekten, für eine Politische Lösung – gegen Herrschaft für das Leben.

Für einen Alltag ohne Kapitalismus
– linke Strukturen verteidigen!!!
Das selbstbestimmte Leben organisieren
– Kadterschmieden aufbauen!

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

Wer – Wo – Was im World Wide Web

Über »tracerouting« und noch mehr boy-scouting

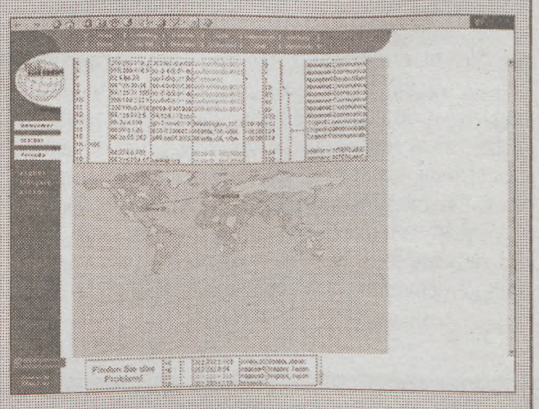
Dass in Amiland die Überwachung nicht erst seit dem 11.9. viel besser funktioniert als in Lummerland war uns schon immer klar. Immerhin haben deren Geheimdienste gewaltig aufgerüstet und dann auch aufgeräumt: alles Islamische stand und steht seither auf dem Index. Das veranlasste unlängst sogar das Nachbarland Kanada, eine Reisewarnung an KanadierInnen islamischen Glaubens auszusprechen.

Und auch im Web wurde alles Islamische kurzerhand ausgemerzt. Das betraf durchaus den ganzen Kulturkreis. Erstaunlich war nur die weitere Existenz von www.kavkaz.org (IP 64.225.154.175). Bis zu einem Tag vor der Erstürmung des Moskauer Theaters durfte hier der Informationsminister Mawladi Adogov für die tschetschenischen Rebellen und die Geiselnehmer veröffentlichen. Da gab es dann den Dschihad vom Feinsten:

- Bereits vor dem 11.9. wurde die Versenkung des russischen U-Boots Kursk als Selbstmordkommando eines dagestanischen Marineangehörigen dargestellt: eine Art psychologische Kriegsführung, urteilten Experten.
- Nach dem 11.9. wurde El Quaida unverblümt unterstützt.
- Zur Geiselnahme in Moskau gab es die entsprechende publizistische Begleitmusik und über Handy offenbar direkte Kontakte.

Der Host all dieser Ungeheuerlichkeiten aber war, wie SPIEGEL-online unlängst enthüllte, ausgerechnet in Washington. Soweit diese unglaubliche Geschichte. Nicht minder interessant ist jedoch die Geschichte hinter der Geschichte, nämlich die, wie der Redakteur Frank Patalong zu solchen Behauptungen kam.

Er hatte ein sogenanntes »tracerouting« durchgeführt. Ganz einfach: Unter www.webhits.de/visualroute die www.kavkaz.org eingeben und die Datenwege erschnüffeln. Die führen über die NSA-Metropole Chicago (AboveNet) direkt zum Provider Cogent Communication in Washington und Atlanta. Geld- und Ideengeber dieses Providers jedoch rühmen sich öffentlich als think-tank der CIA bzw. der NSA: die meistbelauschte Seite der Welt, urteilte SPIEGEL-online folgerichtig zu www.kavkaz.org.



Und mit welchen Mitteln? Metacarta ist eine der Firmen im Hintergrund dieser Affäre, die an pfiffigen Lösungen arbeitet, Dokumente im Netz Orten und Personen zuzuordnen. Die Schlapphüte sitzen uns also quasi an der Computerkonsole direkt gegenüber.

Wer es nicht glaubt, soll es einfach ausprobieren. Es funktioniert. Ich habe testhalber meine eigene domain www.suedschiene.de getraceroutet, d.h. einfach unter www.webhits.de/visualroute eingegeben: siehe da – ich landete nicht etwa beim physikalischen Ort meiner Websites (ein Server derzeit irgendwo bei Karlsruhe) sondern, Donnerwetter, in meinem eigenen Rechner in Portugal. Und das nur, weil ich von dort gerade an meiner homepage herumgefingert hatte.●

WAGENPLÄTZE

Bambule forever!

Bereits unter den sozialdemokratischen Bürgermeistern war wohnen in Bauwagen in Hamburg nicht gern gesehen. Allerdings wurden einige Bauwagenplätze nach Auseinandersetzungen Anfang der 90er zumindest geduldet. Der Sprecher des Sanierungsträgers STEG Rüdiger Dohrendorf vertrat 1994 die Meinung: »Bei uns hat sich, die Erkenntnis durchgesetzt, dass Bauwagen-BewohnerInnen nicht einfach vertrieben werden dürfen.«

Bambule-Demo am 16.11.2002

Erich Jungnickel, Hamburg ● Auch die Neufassung des Wohnwagengesetzes unter dem rot-grünen Senat 1999 brachte keine Sicherheit für die Wagenburgen. Das Gesetz ermöglicht den Behörden Wohnwagenplätze befristet als Übergangsplätze für die zeitweilige Unterbringung von Personen bis zu Ihrer Vermittlung in feste Wohnungen einzurichten. Kurz die Stadt darf wann, wo und so lange sie will, Bauwagenplätze zulassen oder aber wieder abschaffen. Die BewohnerInnen haben sich danach zu richten. Trotzdem gab es in Hamburg bis Anfang September sieben Bauwagenplätze.

Der größte und älteste ist »Bambule« im ehedem heruntergekommen Karolinenviertel. Nachdem das Viertel saniert und aufgehübscht worden ist, und damit eine interessante Adresse für Yuppies wurde, störte der Bauwagenplatz. Nicht die BewohnerInnen des Viertels oder die Kunden auf der neuen Shopping-Meile Marktstrasse, sondern die SPD- und CDU-Fraktionen im Bezirksparlament. Bereits im März wurde im Bezirk Hamburg-Mitte die Räumung des Bauwagenplatzes beschlossen. Den BewohnerInnen sollten Wohnungen in Großsiedlungen am Stadtrand angeboten werden. Da wollte niemand hin. Statt dessen wollte die Gruppe in ein Gebäude der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA im Karolinenviertel als Wohnprojekt einziehen. Die SAGA wollte diese MieterInnen nicht, und bot dieses sanierungsbedürftige Haus der Stadt zum Kauf an. Der Aufsichtsratsvorsitzende der SAGA, Bausenator Mettbach (Schill-Partei), lehnte den Kauf als Verschwendung von Steuergeldern ab.

Zusätzlich schlug der Schwarz-Schill Senat zu. Bis zum Jahr 2006 soll es keine Bauwagenplätze in Hamburg mehr geben. Im September wurden zwei kleine Wagenplätze noch einigermaßen friedlich für irgendwelche Bauvorhaben geräumt. Am 4.11.2002 griff der Senat die »Bambule« an. Unter dem Vorwand mangelhafter hygienischer Verhältnisse vertrieben ca 1.500 Polizisten mit schwerem Gerät die etwa 100 BewohnerInnen von dem angestammten Platz und geleiteten die Wagen auf einer bis zum nächsten Tag andauernden Irrfahrt durch weite Teile Hamburgs. Danach wurde den BauwagenbewohnerInnen eine Verfügung ausgehändigt, nach der die Bauwagen nicht zusammenstehen und nicht bewohnt werden dürfen. Nun stehen die Wagen auf den eh raren Parkplätzen in St. Pauli und Umgebung und die BewohnerInnen sind praktisch Obdachlos.

Nach der Räumung kam es zu mehreren kleinen friedlichen Demonstrationen. Zum 16.11.2002 wurde bundesweit zu einer großen Demonstration zum Erhalt aller Bauwagenplätze aufgerufen. Etwa 4.000 DemonstrantInnen versammelten sich auf dem Bahnhofsvorplatz. 2.000 Polizisten aus mehreren Bundesländern mit sieben Wasserwerfern sollten offensichtlich jede Demonstration verhindern. Schon der Start am Bahnhof wurde von diesem Polizeiaufgebot für fast eine Stunde unmöglich gemacht. Hier wurde klar, dass es der Polizei bzw. dem beauftragenden Senat nicht um eine friedliche Demonstration geht, sondern bewusst militärisch jeden politischen Widerstand gegen die unsoziale Senatspolitik gebrochen werden soll.●

Hamburg:

Die Demosanis brauchen Hilfe!

Die Aktionen und Demos der letzten Zeit machen wieder einmal deutlich, dass es in Hamburg und umzu zu wenige Demosanis gibt. Die bestehende Sanigruppe ist über die Jahre einfach zu klein geworden, um wirklich effektiv eine medizinische Betreuung von Genossinnen auf Demos zu gewährleisten. Wir suchen deshalb Leute, die Lust haben, mit uns gemeinsam daran etwas zu ändern.

Eine medizinische Ausbildung musst Du nicht mitbringen, um Demosani zuwerden. Das (schul-)medizinische Wissen dafür können wir Dir vermitteln. Über eine Bereicherung unser eingeschränkten Sichtweise, z.B. durch Homöopathische Ansätze würden wir uns hingegen sehr freuen.

Neben der Notfallversorgung verletzter Genossinnen auf Aktionen beschäftigen wir uns mit der Weitergabe unseres Wissens bei Schulungen, in Broschüren und im Internet. Auch hier sind wir für neue oder andere Ideen grundsätzlich offen.

Was wir eindeutig nicht suchen, sind Menschen, die ein »alternatives« Rotes Kreuz betreiben wollen. Uns liegt sehr am Herzen die typischen Hierarchien und Strukturen des offiziellen Gesundheitswesens nicht auch noch in der linken Szene zu reproduzieren.

Interesse? Dann schreib' uns eine Mail, einen Brief oder komm' zu unserem Info-Café in der B5

Autonome Sanität Hamburg im November 2002
Mail: sanis-hamburg@nadir.org
Internet: http://demosanis.nadir.org
Infocafé: 1. Freitag des Monats, 19.00 Uhr (B5), Brigittenstraße 5, HH-St.Pauli
Real-Life: c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, D-20357Hamburg

PRESSEERKLÄRUNG

Das Internet ist keine zensurfreie Zone! Besorgniserregende Zunahme staatlicher Angriffe auf die Meinungsfreiheit im Internet

»mit Schreiben vom 17.10.2002 hat uns das Landeskriminalamt Berlin ... zur Sperrung der Inhalte auf dem Verzeichnis »linkeseite.de/images/mithilfe.jpg« (Fahndungsplakat) wegen eines Verstoßes gegen § 22 iVm § 33 Kunsturhebergesetz aufgefordert« – so oder so ähnlich sehen staatliche Zensurmaßnahmen gegen die BetreiberInnen von Internetseiten derzeit aus.

Dieses Mal war der Anlass die Dokumentation eines Plakats der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), welches auf satirische Art und Weise die »Menschenjagd« der Berliner Polizei im Anschluss an eine 1. Mai-Demonstration zu thematisieren versucht. (Dokumentation unter
http://www.antifa.de und
http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=24691).

Bezeichnend ist, dass diese Maßnahme nicht nur gegen die Webseite der InitiatorInnen der Aktion gerichtet ist, sondern gegen Websites, die über diese Aktion berichten oder die Erklärung der Gruppe dokumentieren. Damit wird deutlich, dass es sich hierbei um nichts Geringeres als um eine Zensurmaßnahme gegen eine unliebsame Meinung handelt. Untermauert wird das von der Tatsache, dass z. B. die »Bild Zeitung« von diesen Maßnahmen nicht betroffen ist, obwohl sie ebenfalls das beanstandete Plakat auf ihrer Titelseite publizierte.

Immer häufiger trifft es Internetseiten, die unter dem Schutz des Presserechts stehen. Besonders hart hat es nun mehrfach »linkeseite.de« getroffen. Zuletzt im September, als gegen den Betreiber der Webseite ein 129a-Verfahren angestrengt wurde mit dem Vorwurf der »Mitgliedschaft oder Werbung für eine terroristische Vereinigung«. Er habe auf dieser Webseite die Erklärung einer Gruppe dokumentiert, die aus Protest gegen die rassistische Abschiebepolitik der Bundesrepublik Deutschland am Berliner Flughafen einen Strommast umgesägt hatte.Trotz des publizistischen Kontextes und sehr deutlicher Abgrenzung des Betreibers der Webseite von den veröffentlichten Inhalten soll nun an ihm ein Exempel statuiert werden.
(mehr dazu unter http://www.linkeseite.de).

Ebenfalls zunehmend sind die nichtstaatlichen Zensurmaßnahmen gegen politisch unliebsame Websites. Beispiele hierfür sind die Unterlassungsklagen der Deutschen Bahn AG gegen »indymedia.de« oder die Kündigung von »linkeseite.de« durch Amerika Online (AOL) im letzten Jahr (weiterführende Informationen s. ebd.), die damit ihr kommerzielles/politisches Interesse durchsetzen wollen.

Mit Besorgnis stellt der Sprecher des Bundesvorstands der Roten Hilfe e. V. fest:

»Der Ausbau der Zensurmaßnahmen gegen die Meinungsfreiheit im Internet muss durch alle DemokratInnen entschieden zurückgewiesen werden. Wer Kritik an den Zensurmaßnahmen anderer Länder übt, muss sich selbst daran messen lassen.«

Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Aufruf: 25 Jahre Deutscher Herbst

Die Archive öffnen! Der Wahrheit eine Chance!

Seit dem die Rote Armee Fraktion (RAF) im März 1998 ihre Auflösung bekannt gab, ist der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik Deutschland Geschichte. Viele Fragen aus jener Zeit sind bis heute ungeklärt. Während die Ermittlungsbehörden nach wie vor daran arbeiten, das Wirken der RAF aufzuklären, bleiben große Teile ihres Wirkens im Dunkeln.

Zum 25. Mal jährt sich dieser Tage der Deutsche Herbst – und mit ihm die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977, in der in Stammheim die RAF-Mitglieder Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader starben und nach der Irmgard Möller schwer verletzt in ihrer Zelle erwachte. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, was in jener Nacht geschehen ist. Die offizielle Version, der zufolge sich die in Stammheim inhaftierten RAF-Gefangenen selbst umgebracht bzw. umzubringen versucht haben, wird zwar mittlerweile auch von einigen ehemaligen Mitgliedern der RAF gestützt. Sie können sich dabei aber nur auf Wissen vom Hörensagen stützen und auf Vermutungen. Irmgard Möller, die die Nacht überlebt hat, bestreitet nachdrücklich, dass sie sich selbst die Stiche in die Brust zugefügt hat. Ihr zufolge hat es auch keine Absprachen der Inhaftierten gegeben, sich im Fall eines Scheiterns der Geiselnahmen selbst zu töten.

Immer wieder wird öffentlich behauptet, dass die gefangenen RAF-Mitglieder getötet worden seien. Im Verlauf des Deutschen Herbstes soll es im Krisenstab der Bundesregierung Gespräche über eine Tötung der Gefangenen und andere »exotische Lösungen« gegeben haben. Die zuständigen Minister für Innen und Recht aus Baden-Württemberg haben seinerzeit eingeräumt, dass die Gefangenen aus der RAF lange Zeit in ihren Stammheimer Zellen abgehört worden sind.

Wir denken, dass es Zeit ist, zu klären, wie die Gefangenen zu Tode kamen. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen aus dem Deutschen Herbst erscheint uns historisch wichtig. Wir denken aber auch, dass ihre Beantwortung politisch relevant ist. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus könnten daraus Schlüsse gezogen werden, was in einem demokratisch verfassten Staatswesen wie der Bundesrepublik in einer Krisensituation möglich ist oder inwieweit die politischen Kontrollmechanismen auch in einer solchen Lage noch wirken.

Für die Aufklärung der damaligen Ereignisse ist es unverzichtbar, die staatlichen Archive zu öffnen. Die Protokolle der abgehörten Gespräche in der JVA Stammheim müssen ebenso zugänglich gemacht werden wie die Protokolle der Krisenstabssitzungen und die die RAF betreffenden Akten aus den Beständen des BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dieser Zeit.

Der Verweis auf das Bundesarchivgesetz, das eine Veröffentlichungspflicht nach 30 Jahren vorsieht, geht fehl. Denn erstens erlaubt das Gesetz den aktenführenden Stellen, die Bestände selbst früher zu veröffentlichen. Zum anderen werden Bestände der deutschen Geheimdienste und andere als Verschlusssache qualifizierten Akten auch nach 30 Jahren nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz über RAF und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aus den Jahren bis 1971 sind deswegen äußerst lükkenhaft. Durch diese Praxis wird nicht nur die Aufarbeitung historisch wichtiger zeitgeschichtlicher Ereignisse verhindert. Es wird auch eine öffentliche Kontrolle von wesentlichen Staatsaktivitäten verhindert.

Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenminister Otto Schily, der nach dem 18. Oktober 1977 nachdrücklich bezweifelte, dass seine Mandantin Gudrun Ensslin Selbstmord begangen habe, auf, darauf hin zu wirken, dass alle Akten, die zur Aufklärung der Ereignisse des Deutschen Herbstes beitragen können, umgehend veröffentlicht und zur Auswertung freigegeben werden.●

Erstunterzeichner: Klaus Behnken (Journalist), Karin Beindorff (Deutschlandfunk), Ivo Bozic (Journalist, Jungle World), Prof. Kathrin Braun (Universität Hannover), Redaktion BSZ (Bochumer Stadt- und StudentInnenzeitung), Prof. Dr. Theresia Degener (EFH Bochum), Axel Diederich (ID-Archiv, Amsterdam), Klaus Dreyer (Journalist), Christiane Ensslin, Matthias Gärtner (MdL Sachsen-Anhalt), Aenne Glienke, Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Autor), Dorothee Gremliza (Konkret Literatur Verlag), Prof. Peter Grottian (FU Berlin), RA Dieter Hummel (Bundesvorstand Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen), Ulla Jelpke (PDS), Klaus Jünschke, JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Jusos Berlin, RA Wolfgang Kaleck (Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins), Wolfgang Kessler (Redakteur), Angela Marquardt (PDS), Claus Peymann (Intendant des Berliner Ensembles), Volker Ratzmann (Rechtsanwalt und Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin), Peter Rosien (Journalist), Ilka Schröder (Mitglied des Europaparlaments), Dr. Stefan Schuster-Teupke (Physiker), Dr. Thomas Seiterich-Kreuzkamp (Journalist), Martin Sölle (Der andere Buchladen), Andrea Teupke (Journalistin), Oliver Tolmein (Journalist), Wolf-Dieter Vogel (Journalist), Konstantin Wecker (Musiker), Prof. Wolfgang Wippermann (FU Berlin), Udo Wolter (Autor und Dokumentar).

Weitere Unterzeichner: Archiv der sozialen Bewegungen (Bremen), Pascal Beucker (Journalist), Sonja Buckel (Wissenschaftl. Mitarbeiterin Universität Frankfurt), CONTRASTE-Redaktion (Heidelberg), Kristoffer Ek (Kopenhagen), Ralf Fischer (Journalist), Fabian Fligg (Politologe), Michael Friedrich (Journalist), Thorsten Gudewitz (Arbeitskreis für Nationalismusforschung, Hamburg), Marcus Hammerschmitt (Schriftsteller), Inge K. Hansen (Musikerin), Rüdiger Helm (Rechtsanwalt), Dr. Stefan Hoffmann (Redakteur), Hannes Honecker (Rechtsanwalt), Bernd Hüttner (Politikwissenschaftler), Michael Jendrian, Jusos Steglitz/Zehlendorf, Gerald Jung (Gartenbaulehrer), Walter Kuhl (Radio Darmstadt), Alfred Lang (Journalist und Historiker), Frank Laubenburg (Mitglied des Rates der Stadt Düsseldorf), K.-Michael Menzel (Radio Dreyeckland, Freiburg), Christian Nagel (Gesamtschullehrer), Peter Nowak (Journalist), Kilian Past (Student), Prof. Dr. Dietger Pforte (Literaturwissenschaftler), Philipp Preetz (Schüler), Stefan Schiefer (Krankenpfleger), Ralph Segert (Herausgeber von krit.de), Torben Simonsen (Filmdirektor und Produzent, Kopenhagen), Erika Stensson (Stockholm), Andreas Strippel, Birte Timm (Studentin), Mark Unbehend (Verbandsreferent des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt), Ingo Way (Autor).

FORTSETZUNG VON SEITE 1

»Neue Netze knüpfen...«

Der Verleger Rainer Rappmann, der das umfangreiche Werk des Sozialkünstlers und Revolutionärs Joseph Beuys der Öffentlichkeit zugänglich macht, kommt auf den Punkt: »Die Politik wird uns nicht retten...; wir müssen unser Schicksal schon selbst in die Hand nehmen... Der Mensch an sich könnte stärker sein, wenn er sich seiner Potenz besänne, die er doch hat, und wenn die Menschen zusammentreten würden... Politik dient auch nicht mehr den Menschen, sondern leider meistens diesem Prinzip »Geld«... Also: alle Welt wartet auf uns, auf den Menschen mit seinem Creator! Wer sonst sollte es richten? Tun wir was!«

ROLAND-REGIONAL

Am 8. Februar 2001 gründen einige Bremer Aktive den Verein »ROLAND-REGIONAL – Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V.«. Der Verein orientiert sich

- am Ideal des freien Menschen und seiner Würde;
- an der Toleranz im Geistesleben, der Demokratie im Staats-und Rechtsleben, der Brüderlichkeit und gegenseitigen Hilfe im Wirtschaftsleben;
- und an der Verantwortung jedes Einzelnen sowie der Gemeinschaft für die Wiederherstellung und Bewahrung gesunder, natürlicher Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna).

In einer solchen Betrachtungsweise ist es Aufgabe des den gesellschaftlichen Organismus durchströmenden Geldkreislaufes, den genannten Leitbildern zu dienen..

Zweck des Vereins ist die Erforschung, Impulsierung und Förderung nachhaltiger Wirtschaftsformen und alternativer Zahlungs- und Währungssysteme sowie Förderung des ökologischen Landbaus in der Region Bremen. Dabei will der Verein Bedingungen schaffen für einen wesensgemäß gegliederten sozialen Organismus im Sinne des Sozialimpulses von Rudolf Steiner.

Vordringlich arbeiten die Vereinsmitglieder im Jahre 2001 an der Herausgabe einer Regionalwährung, dem »ROLAND-Gutschein«. Nach seiner Drucklegung am 11. September 2001 geht der ROLAND am 1. Oktober 2001 in seinen Kreislauf. Seit Mitte Juni 2002 kann er als Tauschmittel für Erzeugnisse benutzt werden in/an/bei

- 3 Hofläden mit Demeter-Produktion
- 3 Marktläden mit Produkten aus ökologischem Anbau
- 5 Naturkostläden mit Produkten aus ökologischem Anbau
- 1 Feinkost-Laden & Reformhaus

- 1 Feinkostladen
- 1 Mosterei
- 1 Naturkost-Großhandel
- 1 Käse & Wein-Geschäft mit Produkten aus ökologischem Anbau
- 14 Marktständen mit ökologischen bzw. Demeter-Produkten
- 1 ökologischen Bauhandelsgeschäft
- 1 Monatszeitung, dem »Torfkurier«
- 1 Buchhandlung
- 1 Galerie
- 1 Vortragsreferent & Autor
- 2 Künstlern mit Kunstgraphiken
- 4 Handwerkern (Elektriker, Möbeltischler, Flächengestalter, ökolog. Trockenbau)
- 1 Ingenieur für Wasseranlagen
- 1 Englischlehrerin
- 1 Masseuse
- 1 Kunsttherapeut

Insgesamt benutzen den ROLAND derzeit 25 Produzenten/Händler und 29 Verbraucher.

Die Betriebe befinden sich in Achim, Beverstedt, Bremen, Delmenhorst Fischerhude, Martfeld, Oldendorf, Ottersberg, Quelkhorn, Sottrum und Worpswede.

Noch läuft dieser Geldkreislauf nicht »rund«. Dringend benötigt werden – außer weiteren Verbrauchern – vor allem Handwerker und Dienstleister.

Die Benutzer des ROLAND sind zusammengeschlossen im »ROLAND-Gutscheinring«, aus rechtlichen Gründen mit Mitglieds-Struktur, um den Teilnehmerkreis räumlich und personell überschaubar zu halten. Mitglied können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die durch Benutzen und Anerkennen des ROLAND der Wirtschaftskraft in der Region vertrauen und sie fördern und dadurch ein Bewußtsein für nachhaltiges Wirtschaften in der Region anregen und wachhalten möchten. Rechtsträger des ROLAND-Gutscheinringes ist der Verein »ROLAND-REGIONAL e.V.«.

Der ROLAND wird bei der Geschäftsstelle des Vereins und bei einigen Händlern im Verhältnis 1:1 eingetauscht (vorerst gibt es nur Gutscheine im Werte von 5 ROLAND). Die »wandelnde Wechselstube« ist einmal im Monat auf den vom Herausgeber der Zeitschrift »Torfkurier« veranstalteten Tausch- und Flohmärkten in den Landkreisen Rotenburg und Verden präsent. Die jeweils aktuelle Teilnehmerliste wird in jeder Ausgabe des »Torfkurier« veröffentlicht.

Damit der ROLAND nicht gehortet wird, sondern fließen kann und ebenso altert wie die Ware, unterliegt er einer »Nachhaltigkeitsgebühr« von 1% pro Monat (=5 Cent). Der jeweils gültige monatliche Wert ist bereits auf dem »Rechtsgutschein«, der in dieser Serie bis Ende Dezember 2002 benutzt werden kann, aufgedruckt. Danach wird die neue Serie gedruckt und in Umlauf gebracht. Die alten Scheine können innerhalb von 3 Monaten entsprechend ihrem Wert in neue ROLAND umgetauscht werden.

In welchen Anteilen ROLAND und EURO bei einem Handel benutzt werden, wird von den Beteiligten selbst vereinbart.

Die beim ROLAND-Kauf eingetauschten EURO werden vom Verein »ROLAND-REGIONAL« vereinnahmt und den Landwirten, die ökologisch oder biologisch-dynamisch wirtschaften, als zinslose Kredite zur Verfügung gestellt (»freies Geld«). Alle Überschüsse des Vereins sollen vorrangig den im ökologischen Landbau Wirtschaftenden zukommen, da die Landwirtschaft Grundlage allen Wirtschaftens sowie Grundlage der menschlichen Existenz auf der Erde ist.

Der ROLAND soll das regionale nachhaltige Wirtschaften unterstützen. Zur Philosophie dieser Währung gehört es deshalb, dass Produkte der Region bevorzugt konsumiert werden.

Nachhaltiges regionales Wirtschaften heißt, die Ressourcen in der Region zu nutzen und die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Wir dürfen die ökologische »Tragfähigkeit« der Region nicht überschreiten, d.h. wir können nicht mit stetigem Wachstum rechnen und müssen wieder lernen, uns zu begrenzen, um unsere Umwelt nicht völlig auszubeuten und sie nicht immer mehr mit Schadstoffen zu belasten und sie letztlich zu zerstören. Gesunde Lebensmittel sollten möglichst frisch und naturbelassen sein. Das erfordert kurze Wege. »Wochenmarkt statt Weltmarkt« lautet deshalb die Devise. Für gesunde Lebensmittel gilt der Grundsatz, dass die Gesundheit von Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen unteilbar ist. Deshalb gilt den Landwirten unsere ganze Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Der ROLAND will dazu helfen, das Wirtschaften von der krebsartig wuchernden Macht des Zins- und Zinseszins-Systems in unserem Geldwesen wieder zu befreien. Er soll neuer Diener des Menschen in der Region Bremen sein. Geld ist ja nichts anderes als eine Vereinbarung, die eine Gemeinschaft sich gibt, der sie vertraut und die sie anwendet zum Wohle aller Vereinbarenden. Rudolf Steiner: »Geld hat nur einen geistigen Wert; nur einen Wert in der menschlichen Anerkennung«.

Wir rufen dazu auf, dass ein »Neues Netz« geknüpft wird – ein Netz aus möglichst vielen kleinen Regionen und Gemeinden, die sich bemühen, auf ihrem jeweiligen Gebiet und mit den dort lebenden Menschen so weit wie möglich eine dauerhafte umwelt- und menschengerechte Entwicklung zu realisieren - mit einer eigenen Regionalwährung und möglichst auch mit einem eigenen Bank- und Kreditsystem. Verbunden werden können dann diese verschiedenen Regionalwährungen durch eine gemeinsame Verrechnungseinheit!

Die Leserinnen und Leser dieser Veröffentlichung bitten wir, das Experiment zu durchden-ken, mit Anderen zu erörtern und dann sich entweder am ROLAND-Gutscheinring zu beteili-gen oder eine eigene Regionalwährung herauszugeben.●

Kontakt: ROLAND-REGIONAL – Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V, Weißenburger Str. 29, D-28211 Bremen
Tel: (04 21) 491 52 09

DEBATTE

»...weiterhin Maul halten!«

Die November-Ausgabe der CONTRASTE war noch druckfrisch – schon gab es heftige Reaktionen auf das Schwerpunktthema aus unserem eigenen Umfeld. Jörg Bergstedt (Redaktion Umweltschutz von unten) wirft den Autoren des Schwerpunktes und der damit befassten Endredaktion das »Abwürgen einer Debatte« vor. Das Problem ist nur: Der Schwerpunkt der Roten Hilfe Heidelberg hat letztenendes mit einer ursprünglich geplanten Pro & Contra-Seite zu einem gestrichenen Absatz in unserer Märzausgabe nur noch am Rande etwas zu tun. Dieser wurde nachträglich und unabhängig geplant, nachdem ein uns zugesandter ellenlanger Text nicht mehr den Sprengstoff für eine Pro & Contra-Debatte hergab. Dieses wurde der Redaktion Umweltschutz von unten auch mitgeteilt. Allein der uns zugesandte Text hätte den Rahmen von einer zum Thema geplanten Seite gesprengt. CONTRASTE-LeserInnen, die sich selbst eine Meinung bilden wollen, können den Text im Internet abrufen: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/ovu/ovu_2_8antirep.html.

Leserbrief zum Schwerpunkt »...weiterhin Maul halten!«

... weiterhin die Debatte abwürgen???

In der Ausgabe »November 2002« der CONTRASTE findet sich ein Schwerpunkt zu Aussageverweigerung und Repression. Der entstand, wie richtig auf der Titelseite beschrieben wird, aus einer Diskussion um das Strategiepapier »Organisierung von unten« (März-CONTRASTE) und den dortigen Absatz zu kreativer Antirepression. Erstes Ergebnis war die Einigung auf ein Pro&Contra zu kreativ-feindlichen Angriffen auf VS, Bullen, Gerichte, Knäste usw., von vielen »Linken« (vor allem einflussreichen Kreisen/Eliten/Spitzengremien) als »Zusammenarbeit« bis »Kollaboration« angegriffen. Damaliges Zitat aus dem Kasten zu den Kürzungen in der März-Ausgabe (S. 9): »... Einig sind wir uns fernerhin, in einer der kommenden Ausgaben eine Debattenseite zum Thema zu veröffentlichen, auf der sowohl die her dargelegte als auch andere Meinungen sich aufeinander beziehen können«.

Das Pro zu kreativer Antirepression wurde von Menschen aus dem Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand verfasst (siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/ ovu/ovu_2_8antirep.html). Nach dem Absenden an die CONTRASTE-Redaktion schlug diese vor, lieber einen Schwerpunkt machen zu wollen. Dem wurde zugestimmt, auch wenn der Verdacht damals schon aufkam, dass sich die GegnerInnen der kreativen Antirepression, die zu Kontakten mit Repressionsbehörden oft sehr widersprüchliche Positionen vertreten (z.B. Plakate verteilen »Keine Gespräche mit Bullen und VS!« und gleichzeitig bei jeder Demo ohne Ende verhandeln; bei Gerichtsverfahren formalrechtlich agieren statt sabotieren/stören ...), nicht imstande sahen, der dortigen Argumentation etwas entgegenzusetzen. Der jetzige Schwerpunkt schlägt dem Fass den Boden aus: Der Pro-kreative-Antirepressionstext ist gar nicht abgedruckt, also entgegen jeglicher Absprache schlicht zensiert worden. Das ist in der CONTRASTE-Redaktion auch nicht bekanntgemacht worden. Richtig unverschämt ist aber, dass der Text nicht nur zensiert und nicht erwähnt, sondern sogar noch behauptet wird, dass die strittigen Positionen alle zurückgezogen wurden – und das ein schwaches Bild zeige. Das ist also doppelt gelogen – es wird nicht nur zensiert, sondern auch noch der wegzensierte Text als nichtexistent definiert und das wiederum als Angriffspunkt genutzt.

Doch auch die konkreten Aussagen des Schwerpunktes sind in vielen Punkten fragwürdig:

- Die diffamierenden Bemerkungen und Anpissen sind unerträglich, gegen uns und allgemein. Der Begriff »kindisch« (Titeltext) ist unakzeptabel und krass diskriminierend gegenüber Kindern (stelle sich jemand vor, da hätte weibisch u.ä. gestanden).
- Der Bezug auf einen irgendwie bestehenden »Konsens« (durchaus eine der typischen Argumentationsmuster von Eliten) bleibt schleierhaft. Wer wann warum beschlossen haben soll, dass Anna&Arthur das Maul halten sollen, was gegen das Aufsagen von Brecht-Gedichten oder das ausschließliche Befragen der Bullen über ihre Strukturen (ohne auf deren Fragen irgendwie einzugehen) sprechen soll, wird nicht begründet, sondern arrogant übergangen mit Verweis auf irgendwas Feststehendes. Das klingt nach Religion, aber wenig nach einem aufgeklärten Umgang mit Information.

Insgesamt zeigt alles zusammen, dass die Kritik an dem Platzhirsch-gemäßen Verhalten von vielen Eliten in der Linken (zu denen die Kader der Roten Hilfe und verschiedener weiterer beteiligter Kreise gehören) korrekt war und ist. Es hat nach dem Erscheinen der ersten Texte zu kreativer Antirepression verschiedene Auseinandersetzungen gegeben, zum Teil Entsolidarisierung gegenüber von Repression betroffenen Kreativ-WiderständlerInnen usw. Abgesprochene Treffen und Seminare sind gekippt worden – immer einseitig von denen, die das Bestehende erhalten wollen und auf ihr Recht pochen, die Grundregeln politischer Bewegung bestimmten zu können.

Ich finde das arrogant. Die Zensur und ziemlich üble Diffamierung in der CONTRASTE stellt die Fähigkeit oder den Willen zum gleichberechtigten Streit bei den MacherInnen in Frage. Ich würde mich freuen, wenn der genannte Pro-kreative-Antirepressions-Text noch abgedruckt wird und die, die damit Probleme haben, das auch benennen. Auf diese widerlichen Dauerkämpfe, wer der tollste Hahn im linken Hühnerstall ist, habe ich keine Lust.●

Jörg Bergstedt von der komplett übergangenen Umweltschutz-von-unten-Redaktion

Entgegnung auf Jörg Bergstedt

Zum Vorgehen der CONTRASTE-Redaktion mag und kann ich nicht Stellung beziehen. Dort wo mein Artikel angegriffen wird –oder angegriffen werden soll – mag ich's schon, immer noch in der schwachen Hoffnung, dass sich da einige Konfliktpunkte als Missverständnisse herausstellen.

In Jörgs Kritik vermag ich nur wenig aus meinem Text wiederzuerkennen. Die Parole »Anna und Arthur halten's Maul« bezieht sich, wie eigentlich klar geworden sein sollte, auf Aussagen zur Sache bei Polizei und Staatsanwaltschaft und nicht auf das Aufsagen von Brecht-Gedichten oder irgendwelche Äußerungen im Sinne von Kommunikationsguerrilla-Aktionen. Das ist ein Unterschied ums Ganze. Die Rote Hilfe hat weder die Macht noch die Absicht, »KreativwiderständlerInnen«, wie Jörg Bergstedt sie nennt (damit suggerierend, das anderer Widerstand als der ihre festgefahren, dogmatisch, jedenfalls irgendwie bäh sei), irgend etwas zu verbieten. Was ich klar gemacht zu haben hoffe, ist lediglich, dass die Rote Hilfe nicht bereit ist, die Zusammenarbeit mit Repressionsbehörden auch noch zu unterstützen. Dass diese eigentlich banale Feststellung solch heftigen Protest hervorruft, erschreckt mich allerdings.

Zur Begründung des Prinzips der Aussageverweigerung haben wir juristische und politisch-prozesstaktische Gesichtspunkte und nicht zuletzt prinzipielle Grundsätze der politischen Positionierung aufgeführt, nicht aber, wie Jörg behauptet, uns auf einen – ohnehin offensichtlich nicht existierenden – Konsens berufen. Mir ist bekannt, dass es – vor allem in Bezug auf Jörg Bergstedt persönlich – durch verschiedene Gruppen die Aufkündigung der politischen Zusammenarbeit gab. Das ist zum Teil mit guten, zum Teil mit schlechten und zum Teil mit schlicht inakzeptablen Begründungen geschehen. Dass das zu Verbitterung bei Jörg führt, kann ich nachvollziehen. Trotzdem möchte ich doch sehr darum bitten, an unseren Texten nur das zu kritisieren, was auch darin steht.

Michael Csaszkóczy

PS: Ja, und auf einige Anwürfe vermag ich nicht anders als sarkastisch zu reagieren. (Nach der Kaderschulung holt mich persönlich immer ein Chauffeur ab, den die Linke ihren einflussreichen Eliten zur Verfügung stellt. Ob da nicht gar die Freimaurer mit im Spiel sind? – jedenfalls stehe ich immer im Dienste der Erhaltung des Bestehenden....) Richtig Spaß macht das aber auch nicht.

REZENSION: DIE GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN

Mit der gebührenden Langsamkeit und ruhigem Fanatismus

Provokation! Seit 1996 agiert in Berlin eine Gruppe mit dem Namen »Die glücklichen Arbeitslosen« (siehe auch CONTRASTE Nr. 161, 178/179, 188). Schon der Name provoziert. Dabei wollen sie es aber nicht belassen. In den letzten sechs Jahren hat die lose Gruppe eine kleine Zeitschrift herausgegeben, zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen bestritten, Flugblätter, Pamphlete und Faulheitspapiere verfasst. Das Recht auf Faulheit scheint Schwerstarbeit zu sein.

Umhervagabundierende Botschaften, Internetgeflüster, Kneipenprotokolle usw. haben einen begrenzten Verbreitungsgrad. Wenn aber diese Pamphlete etc. in ein Buch gesteckt werden, ist die Chance das Haltbarkeitsdatum zu verlängern, entschieden gewachsen. Die Berliner Stammzelle der sich in Europa rasch verbreitenden Faulheitsbewegung – ihre Texte wurde schon in zahlreiche Sprachen übersetzt – unternahm diese Anstrengung für alle, die nicht immer auf der Höhe der Diskussion sind oder waren. Aber selbst für jene, die vielleicht die meisten Sachen schon gelesen haben, hält das Buch noch eine Überraschung bereit: eine wunderbare 20seitige Einführung in das Thema von Guillaume Paoli, einem der Mitbegründer der »Glücklichen Arbeitslosen«.

Der Name der Gruppe ist provokant, und ihre Ausführungen und Aktionen ebenfalls. In Deutschland haben Arbeitslose nicht glücklich zu sein! Zumal die Gewerkschaften nix mit Arbeitslosen anfangen können, und die Sozialdemokratie mit einem Wahlslogan wie »Arbeit! Arbeit! Arbeit!« uns den Angstschweiß auf die Stirne zu treiben versucht. Es scheint ein gesellschaftlicher Konsens zu sein: Arbeit ist alles. Den Linken Ideologien kämen ihre Objekte abhanden, den Konservativen der Mehrwert. Wer sind also diese Provokateure, die uns unser Heiligtum Arbeit ausreden wollen, und was wollen sie eigentlich? Um das vorab richtig zu stellen: Es geht nicht darum, dass alle Menschen aufhören zu arbeiten. Wenn hier besorgte Mitbürger fragen, was denn die Krankenhäuser etc. dann machen sollten, wenn plötzlich alle nicht mehr arbeiten... Keine Bange. Bei den »Glücklichen Arbeitslosen« handelt es sich nicht um eine Sekte oder eine neue Heilslehre, deren Dogmen sich alle zu unterwerfen haben.

Komplizierter wird es schon, wenn Menschen durch Arbeitslosigkeit in finanzielle Not geraten, sei es, dass die Schrankwand noch nicht bezahlt ist, oder Papas Mercedes noch einen teuren Leasingvertrag hat. Hierbei wäre allerdings nachzufragen, warum die Menschen sich in derartige Konsumabhängigkeiten begeben? Sicher, die meisten Menschen definieren sich über ihre Arbeit. Hier haben sie ihre sozialen Kontakte. Keine Arbeit heißt einsam sein, nicht mitreden können, nicht an der schönen großen Werbe-Konsum-Welt teilhaben können und im Notfall Mutti bei der Hausarbeit helfen, oder sich gar um die Kinder kümmern. Die Arbeitslosigkeit des Mannes stellt seine Machtposition in Frage. Die Arbeitslosigkeit der Frau tastet ihre Autonomie an. Grundsätzlich sollten wir uns aber die Frage stellen, wie wollen wir leben? Leben wir um zu arbeiten, oder arbeiten wir um zu leben? Und für wie viel Geld muss/kann ich mich verkaufen, um meine Grundbedürfnisse zu befriedigen?

Der Staat greift allerdings immer mehr in mein Leben ein. Worauf gibt es denn heute keine Steuern? Wo sind nicht irgendwelche (Grund-)gebühren zu zahlen? Macht es da Wunder, wenn der Vorschlag kommt, die Atemluft zu versteuern? »Geld ist wie Luft: man nimmt es erst wahr, wenn es knapp wird.« (S.53) Folgerichtig wurde schon im ersten Manifest der Glücklichen Arbeitslosen »Auf der Suche nach unklaren Ressourcen« festgestellt: »Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, dass er keine Arbeit hat, sondern dass er kein Geld hat«. (S. 35) Und die Frage bleibt dann, für wie viel Geld bin ich bereit, meinen Arbeitsplatz irgendwelchen Strebern zu überlassen?

Eine ganz andere Sache ist der Arbeitsmarkt. Mir klingt es noch in den Ohren, als die Mauer fiel und die Menschen in den »goldenen Westen« strömten, und solche Sachen sagten wie: Wer arbeiten will, der findet auch was. Dies war natürlich keine neue Parole und schon gar kein Parteibeschluss, der hier nachgeplappert wurde. Nein, es ist eine christlich-abendländische Gebetsmühle.

Wer wird den Menschen endlich sagen, dass es nie mehr für alle Arbeit geben wird? Betriebe, die Gewinne machen wollen, rationalisieren, bauen Personal ab. Schon die bloße Ankündigung von Entlassungen lassen die Aktien steigen. Die Sozialdemokratie macht mit Hilfe der Grünen das, was die Opposition uns versprochen hat, und in dieser Situation (Herbst 2002) kündigen die Firmen Bayer, Infineon, Epcos, Deutsche-, Dresdner-, Commerz- und Hypo Vereinsbank einen Stellenabbau von mehr als 55.000 Arbeitsplätzen an (S. 71). Warum sollten sich also immer mehr Menschen um immer weniger Arbeit prügeln? Warum also nicht diejenigen entlohnen, die sagen: Ich verzichte! (auf Arbeit). »Der Glückliche Arbeitslose weiht neue gesellschaftliche Werte ein, auch wenn er nichts anderes schafft. Er entwickelt die Kontakte mit einem Haufen sympathischer Menschen. Er ist sogar bereit, Resozialisierungskurse für gekündigte Arbeitnehmer zu geben.« (S.37)

Die »Glücklichen Arbeitslosen« stehen in der Tradition der Dadaisten, der »Umherschweifenden Haschrebellen« usw. Mit Witz gegen moralinsaure Kopflastigkeit und einem unerträglichen Arbeitsmythos. Wenn heute selbst marxistische Gruppen – wie etwa »Krisis« – sich einer fundamentalen Arbeitskritik unterwerfen, so bleibt doch immer der Unterschied zwischen dem Erobern und dem Zerstören der (Arbeits-)Maschinen bestehen. Die allgemeine negative Definition von Arbeit bei den »Glücklichen Arbeitslosen« stößt immer wieder auf heftige Reaktionen – so tief sitzt der Stachel »Arbeit« im (linken) Fleisch.

Der Klassiker, Paul Lafargues »Das Recht auf Faulheit« ist inzwischen etwas veraltet – wenn gleich der Grundtenor natürlich stimmt. Das Buch »Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche« hat alles um die »Bibel« einer Spaßguerilla der Ohne-Mich-Ag's zu werden, was auch dringend nötig ist. Denn wie hieß es: Ein Lachen wird es sein, dass Euch beerdigt. Wir brauchen endlich derartige Beiträge, die präzise und ohne ideologischen Schnörkel sagen, wie es um uns steht, und in welche Richtung wir uns bewegen könnten. Ebenso wie in p.m.'s Schriften (bolo'bolo, Subcoma etc), werden hier vielfältige Ideen und Anregungen präsentiert, jedoch die notwendigen Schritte musst DU selbst gehen – wie eigentlich immer im richtigen Leben.

Dem Gespenst der Muße – also »dem tätigen Nichtstun« (Meyers Lexikon) – muss gelegentlich der Kampf gegen ABM-Stellen und Schikanen der Arbeitsämter weichen. So kann durchaus bemerkt werden, dass der Glückliche Arbeitslose recht viel zu tun hat – nur bezahlt das eben niemand. Daran dachte wohl auch der Suhrkamp Verlag, als er das erste Manifest ausgerechnet in »Prof. U. Beck; Zukunft von Arbeit und Demokratie« raubdruckte. Die »Glücklichen Arbeitslosen« bestanden in einer außergerichtlichen Einigung dann darauf, dass der Text in zukünftigen Auflagen in diesem Buch nicht mehr erscheinen darf. Ihre »Arbeiten« riefen gänzlich verschiedene öffentliche Reaktionen hervor: z. B. Schelte von der »konkret«, aufdringliche Fersehscouts, die sie für Talkshows haben wollten, mussten ebenso abgewimmelt werden, wie Internetlobhudeleien aus rechten Kreisen.

Es bleibt also nichts anders übrig als dieses Buch selber zu lesen. Nehmt Euch die Muße...und lasst Euch von der Muse küssen.●

Jochen Knoblauch

REICHTUM IN DEUTSCHLAND

Spieglein, Spieglein an der Wand – wer sind die Reichsten im ganzen Land?

Nicht der Spiegel, sondern das US-Magazin »Forbes« hat uns kürzlich diese Frage beantwortet. Sogar bezogen auf alle Reichen in der Welt, die über mindestens eine Milliarde Dollar verfügen, also tausendfache Millionäre sind. Genau 472 Kandidaten wurden bei dieser Erfassung ausgemacht, angefangen bei dem fast schon legendären Microsoft-Gates aus den Vereinigten Staaten mit 53 Milliarden, bis zu einem gewissen Jaime A. Zobel de Ayala auf den Philippinen, der sich mit 52 weiteren Adressen mit einer Milliarde begnügen muss. Besonders interessant sind für uns natürlich die in der Liste enthaltenen Reichsten aus unserem Land. Die erste deutsche Adresse rangiert in der Welt-Hitliste der Superreichen sogar auf dem dritten Platz, nämlich mit 26,8 Milliarden Dollar Karl und Theo Albrecht, bekannter als die Aldi-Brüder.

Von Helmut Creutz, Aachen ● Die zweitreichste deutsche Adresse wird auf Platz 12 und damit noch in der Spitzengruppe Johanna Quand & Familie zugewiesen, deren Gesamtvermögen in Höhe von 18,4 Milliarden bekanntlich in erster Linie aus Aktien der Automarke BMW besteht. Bereits ziemlich abgeschlagen, nämlich auf Platz 40 der internationalen Liste, taucht dann als drittreichster Deutscher mit 6,5 Milliarden Dollar der Versandhauskönig Michael Otto mit Familie auf, und als Vierter auf Platz 48 mit 5,6 Milliarden Dollar ein gewisser Curt Engelhorn. Bekannter ist dann als Fünfter mit 5,5 Milliarden Friedrich K. Flick Junior, dem als Sechster mit 4,8 Milliarden August Baron von Finck folgt, der trotz erheblicher gewinnbringender Verkäufe immer noch als größter Grundbesitzer im Raume München gilt. Und auf dem siebenten Platz – dem 70-sten in der internationalen Reihe – seien hier noch die Töchter Schickedanz erwähnt, die bekanntlich an der Quelle sitzen.

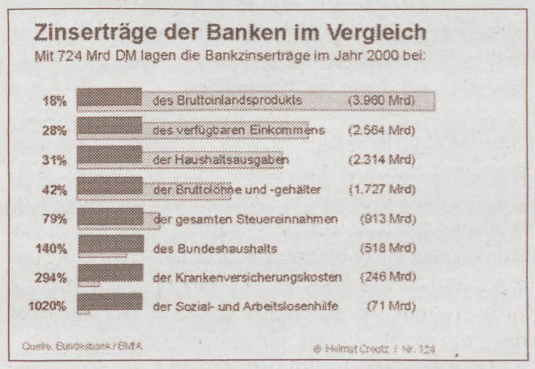
Addiert man die gesamten Vermögensbeträge der 472 internationalen Kandidaten, dann kommt man auf rund 1.410 Mrd Dollar, einem Betrag, der nach anderen Meldungen dem Einkommen der ärmsten Bevölkerungshälfte auf der Erde entsprechen soll. Addiert man die deutschen Milliardäre und ihre Vermögen, ist das Ergebnis allerdings etwas kläglich. Denn trotz unserer Position als drittgrößte Wirtschaftsmacht in der Welt, stellen wir mit unseren 31 Kandidaten nur knapp sieben Prozent der Bestenliste, und die Beteiligung an der Vermögenssumme ist mir 132 Mrd Dollar und damit neun Prozent auch nicht viel besser. Ursache dieses schlechten Abschneidens in der Welt-Hitliste der Reichsten ist vielleicht der Tatbestand, dass die Vermögensbildungen bei uns überwiegend erst nach dem Kriege begonnen wurden.

Was lässt sich sonst noch aus den Zahlen errechnen?

Teilt man den Betrag von 132 Milliarden Dollar einmal unter die 31 Beteiligten auf, dann ergibt sich ein Durchschnittsvermögen von rund 4,3 Mrd Dollar, bzw. knapp 4,3 Mrd Euro. Wer aber nun vermutet, dass sich bei unseren 31 Milliardären das Gros der deutschen Vermögenswerte konzentriert, der irrt sich gewaltig. Denn zieht man z.B. die Geldvermögen in unserem Land heran, die Ende 2001 bei 6.158 Mrd Euro lagen, machen die 132 Mrd der Milliardäre nur rund zwei Prozent aus. Geht man von den gesamten wirtschaftlich eingesetzten Sachvermögen von etwa 9 Billionen Euro aus, sind es sogar nur 1,5 Prozent. Trotz dieses relativ bescheidenen Anteils lohnt es sich, den Zinseinkommen unserer Milliardäre einmal etwas genauer nach zu gehen.

Bezogen auf die gesamte Runde unserer 31 Superreichen, würde ihnen ein bescheidener Zinssatz von z.B. sechs Prozent immerhin eine Verzinsung von knapp 8 Milliarden = 8.000 Millionen Euro einbringen, tagtäglich knapp 22 Millionen Euro. Daran würden alleine die Aldi-Brüder mit täglich 4,4 Millionen beteiligt sein.

Noch interessanter ist die Vermögensentwicklung bei der Quand-Tochter Susanne, die, nach einem Bericht der Bild-Zeitung aus dem Jahr 1990, damals von ihrem Vater mit drei Milliarden DM ausgestattet wurde. Unter dem Namen ihres Mannes als Frau Klatten inzwischen etwas abgetaucht, wird sie laut Fokus heute mit 7,5 Mrd Euro eingeschätzt, also grob gerechnet mit dem Fünffachen jener 3 Mrd DM, die sie einst erhielt. Nimmt man diese Verfünffachung in 12 Jahren unter die Lupe, dann ergibt sich eine jährliche Verzinsung bzw. Vermögenssteigerung von gut 14 Prozent, ein Wert, bei dem sich ein Vermögen etwa alle fünf Jahre verdoppelt!



Entsprechend dürften mit dem Vermögen auch die von Bild im Jahre 1990 berichteten täglichen Zinserträge in Höhe von 650.000 DM bis heute auf das Fünffache angestiegen sein, was mit rund 3,2 Millonen DM bzw. 1,6 Millonen Euro jeden Tag zu Buche schlägt. Geht man von den 14 Prozent der vergangenen Jahre aus, lag der tägliche Vermögenszuwachs bzw. Zinsgewinn in den vergangenen 12 Jahren sogar bei mehr als 3 Millionen Euro pro Tag.

In der ZEIT vom 17. Oktober 2002 wurde noch eine andere Rechnung aufgemacht, nämlich ermittelt, welchen Stundenlohn man bekommen müsste, um in einem 40-jährigen Arbeitsleben solche Milliardenvermögen anzusammeln. Demnach müsste dieser Stundenlohn, ohne Verzinsung gerechnet, zur Erreichung des Aldi-Vermögens beispielsweise 762.000 Euro betragen, für die 7,5 Mrd Euro der Susanne Klatten immerhin noch 210.000 Euro.

Zur Beurteilung der Relationen ist auch der Vergleich in der Darstellung, bezogen auf Monatseinkommensgrößen, aufschlussreich. Vor allem wenn man beachtet, dass es sich bei dem größten Einkommensblock »nur« um ein Monatseinkommen aus einer halben Milliarde handelt, das eines fünffachen Milliardärs also zehn Mal größer wäre.

Bedenkt man, dass die hier angeführten Zuwächse des Reichtums selbst durch hohe Lebenshaltungskosten kaum noch geschmälert werden können, wird die Anzahl der Milliardäre, weltweit wie auch national, wohl weiter eskalieren. Zumindest so lange, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft das ständig zunehmende Ungleichgewicht und die daraus entstehenden sozialen Spannungen noch aushält. Dass diese Spannungszunahmen auch durch höheres Wirtschaftswachstum nicht mehr auszugleichen sind, dürfte angesichts des Tempos der Reichtumseskalationen einsichtig sein.●

KULTURZENTRUM IN DARMSTADT: BESSUNGER KNABENSCHULE

Permanente Vitalisierung

Das Gebäude der Knabenschule wurde vor 125 Jahren für die (männlichen) Bessunger Kinder gebaut. Das Dörfchen Bessungen wurde 1888 ein Stadtteil der damaligen Residenzstadt Darmstadt. Zeitweise diente die Knabenschule in der Nachkriegszeit zusätzlich als Feuerwehrstützpunkt. Nach dem Umzug der Grundschule in den benachbarten Neubau 1976 fand hier die Waldorf-Schule für einige Jahre ihr Quartier. Danach stand das Haus jahrelang leer, sogar der Abriss wurde erwogen. Per Aufruf fanden sich Gruppen mit entsprechendem Raumbedarf 1983 zusammen und gründeten einen Trägerverein.

Bernd Breitwieser ● Gegen viele Widerstände und Bedenken in Politik und Verwaltung wurde mit der Stadt Darmstadt nach zähem Kampf ein Nutzungsvertrag geschlossen, auf der Basis: Mietfreiheit, aber sonst null Zuschuss. Seitdem ist die Bessunger Knabenschule ein sozio-kulturelles Zentrum mit 2.500 qm Nutzfläche, mittlerweile das größte in Hessen.

Mit mehr als 80 Gruppen aus allen Bereichen (Musik, Theater, Kinderbetreuung, diverse Kurse und Gruppen) und über 100.000 Nutzern und Besuchern im Jahr ist die Knabenschule ein äußerst belebter und beliebter Ort für unterschiedlichste soziale und kulturelle Aktivitäten. Im Kellerbereich gibt es Proberäume für Musikbands, die Fahrradwerkstatt und zwei Partykeller, die am Wochenende für private Feste vermietet werden. Das Erdgeschoss beherbergt zwei Krabbelstuben, einen Kindergarten und einen Hort in Trägerschaft des »Vereins für Nichtrepressive Erziehung«. Wie der Name schon ahnen lässt, ist dieser Verein wahrlich noch ein Relikt der 68er Bewegung – mit allen durchlebten Veränderungen. Hier werden ca. 50 Kinder betreut. Im ersten Stock befinden sich überwiegend Räume mit multifunktionaler Nutzung, hier gibt es diverse Kurse und Workshops aus allen möglichen Bereichen (z.B. Tanz, Yoga, Musik, Deutschkurse, soziale und politische Gruppen usw.).

In der ehemaligen Turnhalle läuft am Wochenende ein interessantes und meist spannendes Kulturprogramm aus den Bereichen Rock, Jazz, Kleinkunst und Theater. Auch von ausländischen Gruppen wird die Knabenschule intensiv für Kulturveranstaltungen genutzt, besonders von Seiten der afrikanischen Studenten besteht eine große Nachfrage.

Bessunger Knabenschule
Kulturzentrum in Darmstadt

Die Knabenschule ist eine gemeinnützige Einrichtung und versteht sich als Kulturzentrum im Stadtteil. Die Preise und Mieten sind moderat, das Projekt ist äußerst »preiswert« und erhält bei einem Etat von rd. 250.000 EUR ca. 35% der laufenden Kosten als Zuschüsse von Stadt und Land. Beim Trägerverein gibt es 2 1/2 Stellen, im Kinderbereich sind ca. 7 Betreuer (teilzeit)beschäftigt.

Die Knabenschule ist wahrscheinlich das am intensivsten genutzte öffentliche Gebäude in Darmstadt – ein kleines Gemeinwesen. Vom ersten Kinderschrei morgens vor acht bis zu dem letzten Musiker, der irgendwann nachts seinen Proberaum abschließt – hier ist immer etwas los. Gemeinwesen heißt auch: Autonomie (jeder Nutzer hat seinen eigenen Schlüssel) und impliziert mögliche Interessenkonflikte, wenn z.B. montags die Scherben der Jugendparty vom Wochenende die auf dem Hof spielenden Kleinkinder gefährden. Nicht zuletzt spielen daher die Faktoren (Mit)Verantwortlichkeit und Selbstregulation beim Funktionieren des Hauses eine Rolle.

Wie in nahezu allen durch Initiative »von unten« entstandenen Zentren gilt auch in der Knabenschule: Eins ist sicher – die chronische Finanzkrise. Dazu nur die Stichworte Planungsunsicherheit, unbezahlte Überstunden, inadäquate Wertschätzung der geleisteten Arbeit durch Kommune und Land. Andererseits minimierte Bürokratie, hohe Eigenleistung und nahezu unbegrenzte Flexibilität – hier geht es eben schon immer »nimmer billiger«. Die Organisatoren der Knabenschule »machen« nicht einfach ein Programm, sondern sie reagieren sehr stark auf geäußerte Bedürfnisse – gerade auch im Jugendbereich. So gibt es Konzerte mit Nachwuchsbands, unzählige Geburtstagspartys, einen Skatertreff, das Jugendcafé PERPLEX und den Treffpunkt FRISCHZELLE, wo alle zwei Wochen ein kulturelles Event stattfindet: Live-Musik, Jame-Sessions, Filme, Videos, Ausstellungen ... Dies alles ohne dauernde Anwesenheit und Betreuung durch einen »SozPäd«. Hier bekommen die Jugendlichen einen Raum, einen organisatorischen Rahmen überlassen, aber es müssen auch ganz klare Spielregeln besprochen und eingehalten werden. Sie können dann eigenverantwortlich ihr »Ding« machen. Freilich passt diese Form von Jugendarbeit nicht in das übliche Raster einer möglichen Förderung. Denn wo Jugendliche sind, hat auch ein qualifizierter verantwortlicher Erwachsener zu sein. Aber es funktioniert halt auch anders.

Insgesamt ist die Bessunger Knabenschule eine nahezu 20jährige Erfolgsstory, auch wenn sie sich die Anerkennung und die Zuschüsse hart erkämpfen musste und muss – aber diese Dynamik wirkt auch als permanente Vitalisierung. Hier gibt es kein steriles Bürgerhaus-Ambiente, sondern auch Unzulänglichkeiten und »sympathischen« Dreck. Insofern spiegelt sich hier eine Realität, die im Gegensatz zu der mediengesteuerten, trendigen Fun-Gesellschaft auf jeden Fall eins ist: authentisch und wahrhaftig.●

Aus: Informationsdienst Soziokultur Nr. 48

Kontakt:
Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42, D-64285 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 6 16 50, Fax 66 19 09,
E-Mail: knabenschule@t-online.de
Web: www.knabenschule.de

Preisträger der ÖKOMEDIA 2002, dem 19. Internationalen Umwelt Film Festival

»Goldener Luchs«

47 Natur- und Umweltfilme aus 11 Ländern wetteiferten bei der ÖKOMEDIA 2002, dem 19. Internationalen Umwelt Film Festival, das Ende Oktober in Freiburg mit der Preisverleihung zu Ende ging, um acht mit bis zu 5.000 Euro dotierte Auszeichnungen. Die von der internationalen Jury vergebenen Preise gehen an folgende Filme und Fernsehproduktionen:

Redaktion Heidelberg ● Die Ökomedia-Auszeichnung der »Goldene Luchs für die beste künstlerische Leistung« wurde dem japanischen Dokumentarfilm »Alexej to izumi« (»Alexej und der Brunnen«) von Motohashi Seiichi, verliehen. Der von Ingeborg Altemeier Hornung produzierte Dokumentarfilm »Fette Beute« erhielt den »Goldenen Luchs für die beste journalistische Leistung«. »Der Goldene Luchs für den besten Naturfilm« geht an den Dokumentarfilm »Soweit die Flügel tragen« des bekannten deutschen Regisseurs Karlheinz Baumann. Und mit dem »Goldenen Luchs für den besten Kinderfilm« wurde der französische Animationsfilm »Jardin public« (»Der Park«) von Dominique Soyer ausgezeichnet.

Der als Wanderpreis vom Westdeutschen Rundfunk gestiftete »Europäische Fernsehpreis« geht an den dänischen Film »Spillet om Tjernobyl« (»Tschernobyl – Der Millionensarg«) von Jorgen Pedersen, Bente Milton und Sabine Kemper. Den mit 2.500 Euro dotierten Hoimar-von-Ditfurth-Preis für die beste journalistische Darstellung ökologischer Probleme für Kinder und Jugendliche vergab die Jury an den dänisch/schwedischen Spielfilm »Send mere Slik« (»Send mehr Süßes«) von Cæcilia Holbek Trier. Den ebenfalls mit 2.500 Euro dotierten Sonderpreis des Bundesministeriums für Umwelt teilen sich zwei Filme: der kanadische Dokumentarfilm »Bombies« von Jack Silberman sowie der französische Dokumentarfilm »Les Femmes des Bananeraies« (»Die Frauen der Bananenplantage«) von Luis Miranda. Der Förderpreis der Stadt Freiburg in Höhe von 5.000 Euro geht an den deutschen Dokumentarfilm »Otzenrather Sprung« von Jens Schanze.

Insgesamt zogen die Veranstalter ein äußerst positives Resumee des 19. Internationalen Umwelt Film Festivals. »Die Besucherzahlen«, so Festivalleiterin Erica Filius auf der Abschlusspressekonferenz, »haben sich mit rund 2.500 auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert«. Filius weiter: »Besondere Besuchermagneten im Erwachsenenprogramm waren natürlich die Film- und Fernsehproduktionen zum diesjährigen Themenschwerpunkt 'Umweltfolgen der Globalisierung'«. Zu nennen seien hier nur die Filme »Rauchopfer«, »Tong Tana« sowie »New Rulers of the World«.

»Volle Kinosäle sind für uns der beste Beweis, dass das Internationale Umwelt Film Festival auf dem richtigen Weg ist, brisante Umweltthemen auf cineastisch höchst anspruchsvolle Weise zu vermitteln«, sagte die Festivalleiterin weiter. »Darüber hinaus sind die gezeigten Filme natürlich auch immer ein Spiegelbild aktueller gesellschaftlicher Probleme sowie Diskussionen. Ökomedia liegt in dieser Hinsicht genau auf der richtigen Linie«. Dies hätte auch die mit rund 180 Zuhörern voll belegte Podiumsdiskussion zum Thema »Umweltfolgen der Globalisierung« gezeigt.

Absolute Favoriten der Kinder- und Jugendlichen sind nach Aussage von Filius die zwei Spielfilme »Send mehr Süßes« sowie »Die geheimnisvolle Minusch« gewesen. Aber auch die gezeigten Dokumentar-, Kurz- und Animationsfilme seien ausgesprochen gut angenommen worden.

Wie in den Vorjahren hat sich auch die Ökomedia 2002 als ein bedeutender Treffpunkt für Regisseure, Filmschaffende, Redakteure sowie Produzenten erwiesen. Filius: »Unter unseren rund 50 Gästen aus dem In- und Ausland konnten auch in diesem Jahr wieder wichtige erste Kontakte geknüpft, Verhandlungen initiiert und mancher Film in den Vertrieb gebracht werden«.

Zur zukünftigen Strategie des Ökomedia Instituts sagte Vorstandsvorsitzende Irene Lucius: »Unsere Funktion als Kommunikations- bzw. Schnittstelle zwischen Filmemachern und Fernsehredaktionen aus den Bereichen Umwelt, Natur, Technik und Kinder wollen wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen und noch deutlicher wahrnehmen«. Darüber hinaus werde das Institut verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen. Hierzu gehöre etwa die Erweiterung der bereits rund 1000 Umwelt- und Naturfilme umfassenden Datenbank. »Als neue Serviceleistung sollen Filmemachern, Umweltorganisationen und Bildungseinrichtungen Filme bzw. Filmausschnitte angeboten werden«, erklärte Lucius. Weiteres Ziel des Ökomedia Instituts in den kommenden Jahren: Spezielle altersgruppenspezifische Angebote zu entwickeln. »Natürlich gehören hierzu die Jugendlichen, für die auf der Ökomedia 2003 das neue Projekt 'Jugend filmt Umwelt' stattfinden wird. Aber auch ältere Menschen und Senioren schließen wir in unsere Planungen gezielt mit ein«.

Auch der Schwerpunkt der Jubiläums-Ökomedia steht schon fest: In idealer Ergänzung zum Globalisierungs-Schwerpunkt 2002 soll dann der filmische Blick auf das Thema »Stadt-Umwelten« gerichtet werden. Dies schließt die Ökologie in Städten mit ein, soll sich aber bewusst nicht nur darauf beschränken. Leben und Arbeiten in der Stadt, Geschichte, Kultur, soziale Netze, Wirtschaft, Stadtplanung und Architektur sind ebenfalls gewünschte angesprochene Aspekte.●

»Hello« in Köln: Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebeknäste und Ausreiselager

»Ich bin nicht aus Blech, ich bin keine Kunst, ich bin aus Fleisch und Blut«

Eine vier Meter hohe Gestalt – eine Skulptur des Kölner Künstlers Jens Kleinen – schiebt sich am Samstag Mittag, den 2. November durch die dicht gedrängte Konsumentenmenge in der Kölner Fußgängerzone. Trommeln bahnen ihm den Weg. Eine Irritation im Kaufrausch. Hello hat eine Frauenstimme.

stützen kann.«

Viele Passanten halten inne, nehmen das Flugblatt, um sich zu informieren; viele Gesichter erstarren wieder zur Maske, als sie begreifen, worum es geht; wenige Dumpfbacken machen rassistische Bemerkungen; viele Leute sind auch interessiert, bleiben stehen. »Nie wieder Lager« steht auf einem der Transparente.

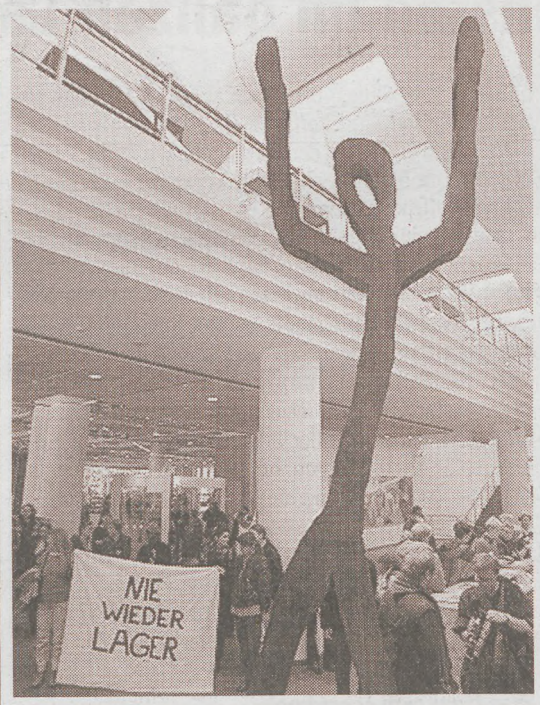
»Ich in ein Mensch und ich habe Rechte.«

Flüchtlinge machen Interviews: »Was würden Sie tun, wenn sie fliehen müssten?« wollen sie von den Deutschen in den Straßencafés wissen, »wohin würden sie gehen? Wie möchten sie dort behandelt werden?«. Sie würden die Koffer packen, sagen die, und in die USA gehen. Und sie wollen ordentlich behandelt werden. Aha, in den USA.

»Ich hebe die Hände zum Protest.«

Flugblätter werden verteilt: »Hello« trifft überall in Europa auf Mauern..... »Hello« im »Ausreisezentrum«.....Zermürbung als Konzept in Köln....Der Bogen wird geschlagen zwischen den geplanten Ausreisezentren und der

»Ich bin hier , weil ich nicht da sein kann!«
»Hello ist mein Name und ich bin nicht freiwillig hier. Ich bin geflohen vor Verfolgung, Erniedrigung, Elend und Not. Ich bin auf der Suche nach einer menschenwürdigen Bleibe und nach einem Auskommen. Damit ich überleben und meine Familie daheim unter-



Hello im Museum Ludwig Foto: arbeiterfotografie.com

»neuen« Flüchtlingspolitik der Stadt Köln. Sie soll den Flüchtlingen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Die Stadt will Geld sparen. Durch Abschreckung will sie Flüchtlinge von Köln fernhalten. Das »Beratungskonzept« von 2001 dient dem Zweck, bei sogenannten unerlaubt eingereisten Personen »aufenthaltsbeendende Maßnahmen« einzuleiten oder ihnen nahe zu legen, einen Asylantrag zu stellen. Dann werden sie vom Bundesamt für Asyl im gesamten Bundesgebiet verteilt und die Stadt Köln ist von ihren Kosten befreit. Seit Anfang des Jahres werden Flüchtlinge in einer »Beratungsstelle« »empfangen« und nacheinander durch die Räume von Ausländer-, Sozial- und Wohnungsamt geschleust. So werden sie rationell erfasst, zentral bearbeitet und »entsorgt«: In Sammelunterkünfte mit Sammelverpflegung. Damit sie bald wieder aus der Stadt verschwinden. Das Containerlager im Stadtteil Kalk war das erste dieser Art. Mit gewaltigem finanziellen Aufwand wurden dort – unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes – unmenschliche Lebensbedingungen geschaffen. Mit ähnlichen Maßnahmen, wie sie in Ausreisezentren vorgesehen sind. Wenn das Lager zum 1. Dezember geschlossen wird, sollen die Flüchtlinge auf Schiffen untergebracht werden. Oder in Turnhallen. Menschen als Verschiebemasse.

»Hello!!
Ich brauche eine Wohnung, eine Arbeit und die Anerkennung meiner Grundrechte in Deutschland. Ich möchte mich frei bewegen, zum Arzt und zur Schule gehen können. Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden.«

Der Zug erreicht den großen Platz vor dem Dom. Transparente werden ausgelegt. »Hello« steht aufrecht und reckt die Arme in die Luft. Es wird gefilmt. Es wird mit Passanten diskutiert. Und dann bewegt sich die kleine Prozession in Richtung »Museum Ludwig für Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts«. Dessen Direktor sagte öffentlich: »Das Museum soll nicht besucht, sondern benutzt werden, denn es gehört allen und keinem«. Mit vereinten Kräften wird »Hello« in die heiligen Hallen moderner Kunst getragen und in der Eingangshalle aufgestellt. Das Wachpersonal reckt abwehrend die Hände in die Luft. Warum nur? »Hello« ist eine Kreatur von Jens Kleinen, Künstler und Stahlbildhauer. Der »Metal Coordinator« sagt: »Kunst ist Bewegung. Bewegung ist Leben. Leben ist Kunst.« Drei Tage blieb Hello im Museum Ludwig stehen. Danach musste er sich wieder auf die Suche nach dem nächsten Asyl begeben.●

Kein Mensch ist illegal, Köln

PRO STAAT

Kritik moderner linker Ideologien

Der Staat als Retter und Regulator

– Politische Gruppen als Befürworter der Macht

Helmut F. Kaplan in der »Tierbefreiung aktuell«, Juni 2002 (S. 26): »Was vor allem erreicht werden muss, sind Gesetze, die die Menschen zwingen, »moralisch« zu handeln«.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Für einen starken bzw. wiedererstarkten Staat kämpfen zur Zeit Linke und Rechte sowie das breite Spektrum der unter »Neue Mitte« zu einer weitgehend einheitlichen Parteien- und Organisationslandschaft zusammengeschmolzenen Bürgerlichkeit. Allerdings sind ihre jeweiligen Begründungen unterschiedlich. Für die Rechten gilt meist noch der klassische Nationalismus, das Vaterland als Ort der Geborgenheit und Lebensraum für das Volk, was aufgrund der Abstammung oder kulturellen Entwicklung als Einheit gesehen wird und geschützt werden soll. Moderne Rechte überwinden die alten Kategorien und entwickeln neue Begriffe sozialer Heimat und Identitätsbildung im Zeitalter der Globalisierung, z.B. der französische Neurechte Alain de Benoiste oder die nationalrevolutionären Strömungen in Deutschland.

Die bürgerliche »Neue Mitte«, von PDS bis CSU, Gewerkschaften bis Kirchen oder von Attac bis zum Bundesverband der Industrie stellt eine Mischung dar, die wesentliche gemeinsame Elemente hat – vor allem in der Frage von Herrschaftssystemen. Alle sind fanatische AnhängerInnen der Demokratie, also jener Staatsform, in der alle Unterdrückungsmethoden, die auch in Diktaturen vorkommen, voll erhalten sind, aber ihr Einsatz nicht von Führungspersonen abhängt. Wichtiger sind gesellschaftlich geführte Diskussionsprozesse und Normierungen (Diskurse). Demokratie ist damit ein Elitenmodell, denn gesellschaftlicher Einfluss ist nicht gleichberechtigt verteilt. Parteien, Wirtschaft, Institutionen, Medien sowie zunehmend selbsternannte und fremdernannte VertreterInnen der »Zivilgesellschaft« bilden ein Geflecht von Einflussgrößen, die sich teilweise konkurrierend gegenüberstehend, aber in der Frage des Erhalts dieses Machtsystems namens Demokratie einig sind. Selbstorganisierungs- und Selbstbestimmungsprozesse der Menschen und frei gewählter Zusammenhänge kommen nicht vor.

Linke Gruppen sind überwiegend ebenfalls prostaatlich – als Folge einer verkürzten Analyse von Hauptwidersprüchen. Wenn z.B. die ökonomischen Verhältnisse oder das Patriarchat alleinige oder wesentliche Ursache für Unterdrückungsverhältnisse sein sollen, so kann ihre Abschaffung »von oben« die Befreiung bringen. Es bedarf folglich, so die Logik dieser Gruppen, keiner grundsätzlichen Ablehnung und Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen, sondern nur der Beendigung des von ihnen so empfundenen Haupt-Unterdrückungsverhältnisses. Da der Staat die machtvollste Instanz ist, liegt es nahe, ihn als Retter zu sehen. Solche Sichtweisen sind in vielen marxistischen Strömungen weit verbreitet, die z.B. von der Vergesellschaftung des Kapitals eine Auflösung des Hauptwiderspruchs ökonomischer Ungleichheit, und dann auch die automatische Abschaffung anderer Unterdrükkungsformen erwarten. Sehr ähnlich argumentieren viele feministische Gruppen, die über den Staat das Patriarchat abschaffen wollen, oder die antideutschen Strömungen, die den Staat bis hin zu Armeen als optimale Kampfplattform gegen Antisemitismus einstufen.

Der Ruf nach einer »ordnenden Hand« weist schwere analytische Mängel auf.

● **Fehler 1**: Der Staat sei Garant des »Guten«. Verbunden ist das oft mit einer Kritik an der Idee von Herrschaftsfreiheit. Der Mensch sei von Natur aus auf Konkurrenz und Unterdrückung orientiert und müsse durch den »demokratischen Rechtsstaat« sozialisiert bzw. zivilisiert werden. Diese Beschreibung stimmt nicht. Zunächst ist lapidar festzustellen, dass auch Regierende Menschen sind. Warum bei ihnen die Beschreibung des Menschen als konkurrenzorientiert nicht stimmen soll, wird nirgends erklärt. Ganz im Gegenteil bietet Herrschaft die Möglichkeit, konkurrierendes Verhalten verstärkt zu zeigen, denn über sie ist möglich, eigene Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen, ohne Gefahr zu laufen, mit Protest oder den negativen Folgen des eigenen Handelns konfrontiert zu sein.

Dieses Merkmal, dass konkurrierendes Verhalten und nicht-kooperativer Eigennutz so organisiert werden kann, dass Vorteile abgeschöpft und Nachteile auf andere abgewälzt werden, ist grundsätzlich immer mit Herrschaft verbunden. Es gibt keine »gute« Form der Herrschaft, die davon nicht durchzogen ist. Daraus folgt aber nicht nur die benannte Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse zwischen konkreten Personen oder Gruppen, sondern es entsteht ein grundsätzlich hierarchieorientiertes Verhalten von Menschen untereinander. Eigene Ziele sind durch Erobern oder Kungeln mit der Macht effizienter zu erreichen als mittels Kooperationen mit anderen Menschen. Dadurch und aufgrund der allgegenwärtigen Zurichtungen auf hierarchische Normalität (1) werden Menschen zu sozialen Wesen mit dem Willen zur Dominanz oder Unterordnung geformt.

● **Fehler 2**: Der Staat und seine regulierenden Tätigkeiten könnten als korrigierender Rahmen oder gar Gegenpol zum freien Spiel der Kräfte im Markt fungieren. Neoliberalismus sei die Machtübernahme durch die Wirtschaft zuungunsten der Politik. Die PolitikerInnen seien mehr und mehr in ihren Handlungen eingeschränkt, die Konzerne und vor allem das Finanzkapital übernähme weltweit das Kommando. Solche Begründungen suggerieren, dass kommunale, nationale und internationale Entscheidungen durch die Konzerne erfolgen sowie die Institutionen von ihnen bestimmt sind. Das ist falsch. Alle Gesetze und internationalen Vereinbarungen werden von den Nationalstaaten erarbeitet, ratifiziert oder in den von den Nationalstaaten gebildeten Institutionen Weltbank, IWF, WTO und anderen getroffen. Die Regierungen sind die Macherinnen des Neoliberalismus. Und sie sind die Garanten für die immer unbeschränktere Verwertung von Mensch und Natur, die Aneignung von Flächen und Rohstoffen, von Genen und Nutzungsrechten, denn die staatlichen Repressionsorgane (Polizei, Behörden, Justiz usw.) setzen die Kapitalisierung des Lebens durch – nicht die UnternehmerInnen.

"Privatisierung" heißt Geschäftemacherei

● **Fehler 3**: Regulierung und Ausbau von staatlichen und UN-Institutionen könne die Ausdehnung von Verwertungsverhältnissen stoppen – auch das ist eine Fehleinschätzung. Tatsächlich kann staatliches Handeln sehr unterschiedliche Akzente setzen, je nach Herrschaftsinteresse. Die Spanne aktueller Staatspolitik schwankt zwischen stärker ökonomisch orientierten Herrschaftsverhältnissen (vor allem im sogenannten »Westen«, also in den demokratischen Regimes) und stärker personal-abhängigen Systemen (Diktaturen, religiöse Regimes usw.). Innerhalb dieser Handlungsspanne gibt es nirgends eine Loslösung von Herrschaft und keinen emanzipatorischen Prozess der Selbstbestimmung. Wer Regulierung fordert, strebt nur nach mehr personaler und weniger ökonomischer Herrschaft. Das aber bringt keine Befreiung.

● **Fehler 4**: Staatliche Regelungen der vergangenen Jahre wurden bejubelt, wenn sie soziale oder ökologische Schleier über die Zuspitzung von Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse legen. Das ist bemerkenswert. Während viele NGOs den Neoliberalismus bejammern und nach »Mehr Staat, weniger Markt« rufen (was keine Befreiung bringt, siehe Fehler 3), bejubeln sie die Regierungen dann, wenn diese unter dem Banner des Umweltschutzes oder sozialer Ziele genau die neoliberale Umgestaltung vorantreiben. Auffälligstes Beispiel ist die moderne Umweltpolitik. Die Verordnungspolitik der 70er und 80er Jahre (personale Herrschaft) wurde in den 90er Jahren parallel zum gleichen Trend in der gesamten Gesellschaft (Neoliberalismus) ebenfalls durch eine marktorientierte Umweltpolitik abgelöst: Selbstverpflichtungen der Industrie, lockere Diskussionszirkel und Politfilz z.B. bei der Agenda 21 (ein Vorspiel der intransparenten Machtlogik der »Governance«), Selbstkontrolle der Konzerne (Öko-Audit) bis hin zu Öko-Steuern statt Grenzwerten und Zertifikatehandel mit Verschmutzungsrechten. All das ist purer Neoliberalismus, das gefeierte neoliberale Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz war der Höhepunkt. (2) Da alles unter dem Banner des Umweltschutzes lief, die führenden NGOs mit Millionen geschmiert werden und die nahestehenden Parteien genau diesen Kurs tragen, wird nicht die übliche, verkürzte Kapitalismuskritik formuliert, sondern plötzlich genau das unterstützt, was im Gesundheitssystem oder an anderer Stelle als neoliberal bekämpft wird. (3) Dieses in der Sache widersprüchliche Verhalten der NGOs macht eine klare politische Linie gegen Herrschafts- und Verwertungsinteressen unmöglich.

● **Fehler 5**: Staat und Markt seien organisatorisch und personell trennbar. So zumindest denken die, die eine Kontrolle des Marktgeschehens durch den Staat einfordern. Tatsächlich ist aber der Markt etwas, was durch staatliches Handeln organisiert wird. Ohne Eigentum, Behörden und absichernde Justiz gäbe es ihn nicht. Die dahinterstehenden PolitikerInnen und Verwaltungsangestellten sowie die vielen Menschen, die in Alltag, Medien, Forschung und Lehre den Diskurs über die Überlegenheit von Markt und Handel tragen, sind nicht trennbar – die formalen und mentalen Garanten der Verwertungsverhältnisse sind dieselben, von denen sich viele NGOs die Kontrolle erhoffen.

● **Fehler 6**: Kanalisierende Mechanismen sollen Auswüchse des Kapitalismus bremsen. Viele NGOs träumen vom besseren Kapitalismus. Ihre Vorschläge aber beinhalten keine Mitbestimmung der Menschen, keine Beteiligung an Produktionsmitteln und Wertschöpfung, sondern die Ausweitung von Kontrolle: Schärfere Umweltschutzgesetze, Steuern auf Spekulationsgeschäfte (z.B. die Tobin Tax) oder die Zwangsschließung der Offshore-Zentren (Steuerparadiese). Alle diese Forderungen bedürfen der Ausdehnung von staatlichen oder UN-Institutionen. Das aber würde die realen Verhältnisse weiter absichern. Da Staat und Markt eine Einheit bilden, wobei der Staat den Markt schafft und garantiert, würden solche Forderungen die Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse auf Dauer festschreiben. Zudem dienen Risikoabsicherungen der Kapitalakkumulation. Der sichere Rahmen stabiler Demokratien mit ihren umfangreichen, scheinbar legitimierten und damit kaum Widerstand ausgesetzten Kontrollbehörden ist die optimale Plattform für Profite und Kapitalakkumulation. Es ist kein Zufall, dass Konzerne aus den selbsternannten »Vorzeigedemokratien« am erfolgreichsten sind.

Der Staat als Retter ...

Jahrzehntelang griffen politische AkteurInnen den Staat und seine Organe (v.a. Polizei) als Ausgangspunkt allen Übels an. Die Nation und ihre Institutionen wurden höchstens als notwendig betrachtet – selbst der Gang durch Institutionen erfolgte anfangs noch als taktisches Verhältnis zu Herrschaftssystemen, die für eigene Zwecke eingesetzt werden sollten, ohne die Kritik an ihrer Existenz aufzugeben. Umstritten war, wie radikal diese Ablehnung war und welche Formen von Aktion akzeptabel seien.

Allerdings war diese Politik immer widersprüchlich und entbehrte in der Regel jeglicher grundlegender Herrschaftsanalyse sowie einer Vision herrschaftsfreier Verhältnisse. So forderten UmweltschützerInnen, FeministInnen, AntifaschistInnen immer wieder härtere und mehr Gesetze, härtere Strafen, Kontrollen usw. Das sie damit eine Ausdehnung des System wollten, was sie ursprünglich selbst als die oder eine Ursache des Problems ansahen, verschwand aus dem Bewusstsein. Der Begriff der »Realpolitik« gehörte zur Verschleierung dieser Widersprüchlichkeit ebenso wie die Debatte um Revolution oder Reform, die nicht nur Gräben aufriss, sondern auch den Blick von der Qualität politischer Positionen ablenkte. Modernere Reformvorschläge gehen weiter. Der Staat wird als positive Gestaltungskraft gesehen, die legitimerweise die gesellschaftliche Macht ausübt, weil sie »demokratisch« sei usw. Die Vorstellungen gehen inzwischen ins fast Mystische, wenn Nationalstaaten -vor zehn Jahren noch als Quelle von Machtmissbrauch, Korruption, Unterdrückung usw. verortet (4) – als »Globalisierung von unten« beschrieben werden, also als Orte gleichberechtigter Entscheidungsfindung von unabhängigen Menschen. Beispielzitate sind Felix Kolb, Attac-Pressesprecher Deutschland, in »Politische Ökologie« Nr.72 (S. 60): »Zusammengenommen drücken diese Forderungen die – zugegebenermaßen vage – Vision einer »Globalisierung von unten« aus. In politischer Hinsicht wird dies eine Welt, in der einerseits die Nationalstaaten ihre politische Handlungsfreiheit zurückgewinnen und andererseits Globalisierung einer politischen Steuer und demokratischen Kontrolle auf internationaler Ebene unterworfen wird.« und Jens Martens (WEED) in punkt.um 7/2002 (S. 20): »Auf globaler Ebene existieren als Pendant zum Markt demokratische Entscheidungsstrukturen allenfalls in Ansätzen. Wir haben es quasi mit strukturellem Staatsversagen zu tun. Gefordert werden daher sowohl neue Institutionen wie auch neue Finanzierungsinstrumente ...«

Staatsfetischistisch sind selbst viele Anti-Atom-Gruppen, z.B. im Widerstand gegen das tschechische AKW Temelin. Bereits seit einigen Jahren kooperieren österreichische Anti-Atom-Gruppen mit der rechtspopulistische FPÖ von Jörg Haider in der Oberösterreichischen Anti-Atom-Plattform. Die FPÖ ist eine Partei, die z.B. in der Arbeits- und Sozialpolitik die Nazis in den 30er Jahren in Deutschland als Vorbild benannte. In Deutschland suchten die Umwelt-NGOs ebenfalls den Schulterschluss sowohl mit der neoliberalen Regierung unter Schröder wie auch mit dem rechtsorientierten bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber, z.B. in einer DNR-Presseinfo, in der beide zu einer »überparteilichen Koalition der Vernunft gegen den Risikoreaktor« im tschechischen Temelin aufgerufen wurden. Kritik daran gab es aus Anti-Atom-Gruppen bisher nicht.

Mehr Behörden, mehr Kontrolle, mehr Demokratie

In der Sicht vieler NGOs, Parteimitglieder und zahlreicher Einzelgruppen sind die wahrgenommenen gesellschaftlichen Probleme eine Folge zu geringer Kontrolle. Nicht die Herrschaft ermöglichst Ausgrenzung, Ausbeutung, Umweltzerstörung oder Diskriminierung, sondern ihr Fernbleiben oder ihre falsche Ausrichtung. Dahinter steht das Bild der von sich aus konkurrierenden Menschen, die in ihrem Privatleben oder als FirmeninhaberInnen Schaden am Gemeinwohl ausüben und deshalb eines kontrollierenden Überbaus bedürfen.

Solch eine Sichtweise ist nicht nur historisch falsch, so auch verheerend in der Konsequenz. Falsch ist sie, weil es die Nationalstaaten waren, die dem Kapital und dem Totalitarismus der Verwertung den Weg öffneten, oft genug im wahrsten Sinne des Wortes freischossen. Es waren ebenso die Regierungen von Staaten, die die internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen geschaffen haben, die heute die totale Verwertung organisieren. Die Konzerne sind zwar überall eng mit Parteien und Regierenden verfilzt, formal spielen sie aber genauso nur eine Rolle als Lobby wie die NGOs selbst. Verheerend ist die benannte Sichtweise, weil diese die Fortsetzung genau der Politik argumentativ vorbereitet, die vielmehr als Ursache für

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Kritik moderner linker Ideologien

Verwertung, Diskriminierung, Vertreibung, Umweltzerstörung usw. anzusehen ist: Der Ausübung von Herrschaft, auch (aber nicht nur) zum Zwecke der Profitsteigerung. Die Degradierung von nationalem Interesse auf den Begriff »Standort«, oft und zu Recht als ein Kernelement des Neoliberalismus benannt, ist eine Politik der nationalen Regierungen – zwar im Interesse der Konzerne, aber eben nicht durch diese. Die nationalen Regierungen sind daher die wichtigsten Täter. Nur eine komplett falsche Analyse von Herrschaft und Gesellschaft im allgemeinen sowie dem Kapitalismus im besonderen kann dazu führen, ausgerechnet die Regierungen sowie den Ausbau staatlicher Institutionen als Rettung vorzuschlagen. (5)

Die Steigerung dieser Fehlanalyse findet sich in der Debatte um das sog. Finanzkapital. Schon die Analyse ist grundlegend falsch. Spekulative Geschäfte sind vom Kapitalismus nicht prinzipiell zu trennen. Der Handel mit Devisen oder Aktien ist zum einen eine nur KäuferInnen und VerkäuferInnen berührende Ebene des Profitmachens, zum anderen dient sie der Finanzbeschaffung für Investitionen. Eine getrennte Kritik an Spekulation und Investition ist zumindest im Kapitalismus nicht möglich. Zudem erscheint auch die Bevorzugung von Investitionen nicht gerechtfertigt. Attac fordert die Tobin Tax, um mehr Geld für Investitionen freizusetzen. Doch was sind internationale Investitionen? Atomkraftewerke, Staudämme, transnationale Autobahnen, Großflughäfen, Agrarstrukturprogramme ...

EU und UN als Retter und Regulator

Vor allem europäische Linke sehen die Stärkung internationaler Institutionen als Fortschritt an. Dabei argumentieren sie nicht nur aus der klassischen staatseuphorischen Logik, dass Kontrolle den Menschen zu einem sozialen Wesen macht, sondern es geht oft um platte Machtpolitik. Die Stärkung internationaler Institutionen ist die strategische Option der Europäischen Union und in der EU tonangebenden Nationen (vor allem Deutschland) auf eine Weltmachtrolle. Die EU verfügt über durch ihre Aufteilung in viele Nationen über sehr viel mehr diplomatische Kontakte zu den Nicht-Industriestaaten als die USA. Letztere stellen einen eigenständigen wirtschaftlichen, finanziellen und vor allem militärischen Block dar. Daraus folgt, dass EU und USA verschiedene Wege im Ringen um den Weltführungsanspruch gehen. Mehr Staat und Kontrolle einerseits und die Aussicht auf internationale Führung andererseits sind die Gründe für die eindeutig positive Ausrichtung auf EU und UN als institutioneller Rahmen internationaler Politik. Gleich wie beim Politikstil der US-Regierung ist damit die Marginalisierung der Menschen. Sie sind Setzfiguren im internationalen Polit-Schach.

Besondere Hoffnung stecken viele politische AkteurInnen in die EU und in eine Europäische Leitkultur für die Welt. Diese wird den US-amerikanischen Wertvorstellungen gegenübergestellt – geradeso, als wäre die EU der Hort der Menschlichkeit, zumindest eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Nachhaltigkeit und Nachhaltige Entwicklung fungieren in dieser Debatte um die Vorherrschaft der Leitkulturen als Kampfbegriffe europäischer PolitikerInnen vor allem aus dem rotgrünen Lager und vieler NGOs. In einem Text in der Frankfurter Rundschau, einem der Frontblätter der EU-Leitkultur, schrieb Michael Müller, Multifunktionär in SPD und deutschen Umwelt-NGOs: »Nachhaltigkeit ist kein theoretischer Ansatz mehr. Denke global und handele lokal; regional und national – das ist die politische Maxime, um Europa zu behaupten ...« Viele weitere Äußerungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, z.B. Bernd Hamm, »Hausaufgaben gemacht?« in: Politische Ökologie Mai/Juni 2002 (S. 39): »Wenn es gelänge, im IWF eine eigenständige europäische Position, eine an nachhaltiger Entwicklung orientierte, durchzusetzen, dann wäre wahrscheinlich mehr für diesen geplagten Planeten zu erreichen. den wir anderen nicht aufdrücken dürfen, der aber als Beispiel dienen kann.« oder der DNR im »Aufbruch 21«, dem Grundsatzprogramm des DNR in: Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22+23): »Europa muss sich überlegen, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die EU muss ein eigenes Profil zeigen. Die Erneuerung der sozialen Demokratie durch die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik ist der richtige Weg. ... Die Leitidee der »Zukunftsfähigkeit« ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.«

Ganz ähnlich läuft die Debatte um den internationalen Staatsgerichtshof. Dabei ist dessen Funktion in einer weltweiten Herrschaftsstruktur einfach zu durchschauen. Denn was für die nationalen Gerichte die Polizei ist, sind für internationale Gerichte die Truppen der UN oder, wohl realistischer, die NATO. Wer den Gerichtshof fordert, fordert Krieg – und eine Weltregierung. Denn ein Staatsgerichtshof braucht Geld, einen Rechtsrahmen und Truppen, die die zu Verurteilenden heranschaffen. Zudem braucht er bis zur Weltregierung Nationalstaaten, die die Bestrafung abwickeln, also Knäste bereitstellen. All das aber ist Attac, PDS, FR, taz und den vielen anderen gar nicht bewusst oder gleichgültig, vielmehr suggerieren sie ein Bild der Gerechtigkeit, die entstehen soll, wenn neue Machtstrukturen dafür geschaffen werden.

Die Forderung nach internationalen Institutionen und weltweiter Kontrolle (Weltinnenpolitik) steht nicht widersprüchlich neben der Befürwortung nationalstaatlicher Regelung bzw. sogar der Stärkung der Nationalstaaten. Vielmehr ergänzen sie sich einander und stammen von denselben Organisationen. Hinter beidem steckt der Glaube an die gute Wirkung von Kontrolle. Gewalt, Ausbeutung, Krieg usw. sind nach dieser Theorie immer Folgen entfesselten Egoismusses, während der Staat als einziges in der Lage ist, solche Entfesselungen einzudämmen. Die Analyse ist komplett falsch. Der Staat schafft und garantiert die Entfesselung von Konkurrenz, in dem er Rahmenbedingungen durchsetzt, die Konkurrenz zum herrschenden Prinzip machen und das Gegeneinander von Menschen im Kampf um Reichtum, Machtpositionen und gegenseitiger Nutzbarmachung fördert. Kooperation, die gleichberechtigt nur im herrschaftsfreien Raum denkbar ist, wird unterbunden. Den AnhängerInnen von Staat und Kontrolle ist es schlicht egal, ob nationale Regierungen oder internationale Strukturen diese Kontrolle ausüben. Daher fordern sie gleichzeitig die Stärkung der Nationalstaaten, weil sie nicht daran glauben, dass die internationale Kontrolle schnell wirksam wird, wie auch den Aufbau eines Weltstaates, weil dieser mit einer repressiven Weltinnenpolitik effektiver und totalitärer kontrollieren kann.●

1 Erziehung, Vermittlung der Alternativlosigkeit, Propaganda und Diskurse zur überlegenen Effizienz von Konkurrenzsystemen, Diffamierung kooperativer Projekte und Experimente.
2 Alle bekannten Umweltschutzvereinbarungen der 90er Jahre strotzen vor neoliberalen Ideen – angefangen mit der Agenda 21, die schon 1992 in Rio beschlossen wurde. Sie fordert Gleichberechtigung zwischen Politik und Konzernen sowie mehrfach den freien Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen. Das Kyoto-Protokoll macht Luftverschmutzungsrechte handelbar. Damit können sie auch ge- oder verkauft werden, Akkumulation ist möglich, d.h. das Recht auf Produktion wird immer weiter monopolisiert, die Ungleichberechtigung global steigt. 3 Weiteres Beispiel: Die Privatisierung der Rente (»Riester-Rente«) 2001 und 2002 wurde von Umwelt-NGOs und modernen Öko-ManagerInnen vorbehaltlos begrüßt, weil es neue ethische Geldanlagen ermöglichen würde.
4 Die Analyse war richtig und gilt auch heute noch, allerdings ist der Staat auch nicht das einzige wirksame Herrschaftssystem.
5 Insofern ist auch der Vorwurf einer »verkürzten Kapitalismuskritik« gegenüber Gruppen wie Attac, PDS u.ä. falsch. Sie haben gar keine Kritik an der gesellschaftlichen Verfaßtheit, sondern fordern ganz im Gegenteil die Ausweitung der Prinzipien von Herrschaft.

Neues Projekt

»Freie Menschen in Freien Vereinbarungen«

In den nächsten Monaten soll wieder Herrschaft und herrschaftsfreie Gesellschaft nachgedacht, diskutiert und aufgeschrieben werden. Es geht um grundlegende Entwürfe, die Diskussion von Rahmenbedingungen, in denen Kooperation, Gleichberechtigung und Handlungsmöglichkeiten gestärkt sowie Konkurrenz, Zwang und Zurichtung verhindert werden. Zudem sollen Projektmöglichkeiten, Anfänge und Alternativen im Alltag sowie Formen des Widerstandes gegen bzw. jenseits von Markt und Staat diskutiert werden.

Das nächste Treffen findet auf den Widerstand- und Visionen-Tagen 19.-28.12. in der Projektwerkstatt Saasen statt – und zwar mindestens ganztags am 22.12.

Infos: www.opentheory.org/gegenbilder.
Zum Termin: www.hoppetosse.net

ReferentInnenanfragen zum Thema bitte an die Projektwerkstatt, (0 64 01) 90 32 83
projektwerkstatt@apg.lahn.de.

Beispiel Castor-Widerstand:

Pro Demokratie – gegen Widerständigkeit!

»Demokratie Jetzt!« lautete die Parole der BI Lüchow-Dannenberg am Ende des Vorwortes zum letzten Rundbrief vor dem Castor-Transport im November 2002. Und die Demokratie kam auch: Polizei, KonfliktmanagerInnen, bürgerliche Presse, staatsnahe NGOs – sie alle liefen im Wendland und entlang der Castor-Strecke wieder zu Hochform auf. Sie sind einige der Säulen der Demokratie. Der Castor fährt aber nicht trotz, sondern wegen der Demokratie (und anderen Herrschaftsstrukturen). Demokratie ist eine Herrschaftsform, zu der die Durchsetzungsmittel eines jeden Nationalstaates gehören: Militär, Justiz, Behörden, Grenzen, BGS, Polizei und VS, Schulen und Medien – und das zudem ausnahmslos verbunden mit Marktwirtschaft und Normierungen aller Art.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Vor allem in den Chefetagen der Anti-Castor-Bewegung ist davon aber nichts bekannt. Die Demokratie soll gerettet werden – in trauter Eintracht mit Parteien, Medien, dem Aufstand der Anständigen, dem Ausbau des robusten Rechtsstaat, Zwangsbildung und Erziehung vielleicht? Demokratie ist heute ein gesellschaftlicher Diskurs zur Durchsetzung westlicher Leitkultur. Angriffskriege gegen die Barbarei gehören ebenso dazu wie Überwachungskameras und Fahnenmeere von Attac. Alles ist irgendwie Demokratie!

Statt nun dieses Lügengebäude zu durchbrechen und für Selbstbestimmung einzutreten, machen sich breite Teile der Anti-Atom-Bewegung zum Akzeptanzbeschaffer gerade des Systems, was ihnen den Castor schickt: Der Staat Bundesrepublik Deutschland, der eben nicht nur seine ungebrochenen Traditionen widerlich weiterführt, abschiebt, mordet, ausgrenzt, diskriminiert und weltweit ausbeutet, sondern der auch den Markt garantiert und die freie Fahrt für den Castor. Daher wäre der Castor eine gute Gelegenheit, das Ganze anzugreifen. Doch davon war kaum etwas zu spüren. Selbst bei einer intensiven Analyse konnten wir bislang nur den Bericht der Castor-Blockade in Göttingen finden, wo gegen mehr als den Castor protestiert wurde. Ansonsten herrschte verkürzte Herrschaftskritik und Demokratie-/Staatsfetischismus pur. Oder noch schlimmer: »Schützt uns, nicht die Atomkraft!« wurde den Bullen entgegengehalten. Brrrrr ... die Bullen aufzufordern, sich um uns zu kümmern. Statt ihnen deutlich zu machen, dass sie sich verpissen, am besten gänzlich auflösen sollen!So entschieden viele für die Demokratie und den Rechtsstaat stritten, so deutlich kam immer wieder durch, dass militante Aktionen nicht gewünscht waren. In Lüneburg wurden ganze Aktionsgruppen ausgeschlossen (siehe unten), die BI Lüchow-Dannenberg distanzierte sich spontan von der Blockade eines ICE und in der professionellen Pressearbeit von BI L-D und der attac-gesteuerten X-1000malquer-Pressearbeit (beide Pressesprecher von X1000 waren Attac-Funktionäre!) wurde immer wieder die absolute Gewaltfreiheit propagiert. Bullenprügel wurde als »Übergriff« oder ähnliches, aber nie als Normalität staatlicher (und zwar demokratischer!) Gewalt bezeichnet.

Die Bejahung von Demokratie und Ordnungsbehörden ist nicht das einzige Beispiele herrschaftsorientierter Praxis im Castor-Widerstand. Auch intern herrschen teilweise derbe Hierarchien. So wurden in Lüneburg mehrfach ganze Gruppen bis überregionale Zusammenhänge ausgeschlossen und Plenumsentscheidungen von kleinen Elite-Kreisen wieder aufgehoben. Im Internet ist eine umfangreiche Dokumentation der Vorgänge zu finden unter
www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor.●

PRO MARKT

Kritik moderner linker Ideologien

Argumentationen pro Markt: Marktwirtschaft als Lösung!

Es mag auf den ersten Blick überraschen: Nicht nur der Staat ist bei fast allen politischen AkteurInnen als Ordnungsmacht akzeptiert und soll eine wichtige Rolle bei der Erreichung der jeweiligen Ziele spielen, auch der Markt und die Konzerne als Akteure in ihm werden seit Jahren mehr und mehr von den Zielscheiben der Kritik zu den Rettern in der Not. Dabei geht die Markt-Euphorie in sozialen und ökologischen Bewegungen schon auf die Zeit Anfang der 90er Jahre zurück. Wichtigstes Dokument war die Agenda 21, die oft (und bewusst!) sehr falsch dargestellt wird.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Tatsächlich durchzieht die Forderung nach offenen Märkten weltweit und dem freien Zugang zu Rohstoffen die gesamten Formulierungen. Ab Mitte der 90er Jahre erschienen dann immer mehr Bücher, Zeitschriften und Papiere, die die Ökonomie zur Hauptebene ökologischer und sozialer Umgestaltung machten. Die Agenda 21 zeigt das mehrfach, u.a. in Kap. 2.7: »Aus diesem Grund soll die Liberalisierung des Handels auf globaler Grundlage und unter Einbeziehung aller Wirtschaftssektoren erfolgen und so einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.« Die Ökologie-Vordenker Franz Lehner und Friedrich Schmidt-Bleek (Wuppertal-Institut) schrieben 1999 in »Die Wachstumsmaschine« (Verlag Droemer in München): »Wir haben Lust auf Wachstum. Ökologie muss nicht wachstumsfeindlich sein oder nur ein eng definiertes qualitatives Wachstum zulassen, das eigentlich schon gar keines mehr ist.«

Beispiel Globalisierungskritik: Extremfälle kritisieren, das Prinzip von Markt und Profit abfeiern!

Zunächst war von »Antiglobalisierungsbewegung« Rede. Unter diesem Banner wurden skeptische HeimatfreundInnen vermengt mit UmweltschützerInnen oder solchen Gruppen, die Banken oder RegierungschefInnen als Schuldige angreifen wollten. Bei genauerer Betrachtung stellte sich schnell heraus, dass der Begriff nicht das traf, was wirklich auf den Straßen und in den Lobbyetagen der Mächtigen agierte. Allein auf einen Teil der Gruppen, die konservativ oder faschistisch orientiert waren sowie die national gesinnten GegnerInnen des Freihandels hätte der Begriff gepasst. Sie wehren sich gegen alles, was Heimat und Bodenständigkeit in Frage stellt. Hinter oft radikalen Sprüchen der meisten Gruppen stand nur ein biederes Konzept von mehr Staat, teilweise sogar die Akzeptanz des Kapitalismus. Selbst die berühmtesten Symbole der Kritik an Großkonzernen und weltweitem Neoliberalismus sind durch und durch herrschafts- und kapitalismusfreundlich – angefangen von den Büchern »No Logo« oder »Schwarzbuch Markenfirmen« über die großen NGOs wie Attac bis zu den Medien, die den Bewegungen viel Aufmerksamkeit schenken, sie gleichzeitig aber lenken und kanalisieren (z.B. FR, taz, Spiegel, Zeit, Neues Deutschland). Gefordert werden kleine Korrekturen oder das Einhalten von Gesetzen – mehr nicht.

Als Beispiel kann das »Schwarzbuch Markenfirmen« dienen, das 2001 überall gelobt bis gefeiert wurde. Neben der populistischen Kritik böser Details bei Konzernen wird der Kapitalismus positiv gesehen: »Arm und Reich ... Nicht nur Wirtschaftsvertreter argumentieren, dass gerade dieses Ungleichgewicht eine Dynamik erzeugt, in der Investitionen von reichen Ländern in die ärmeren Länder fließen und dort langfristig Wohlstand erzeugen werden. Und damit haben sie im Prinzip Recht. Zumindest wenn man davon ausgeht, dass nicht alle Einwohner ärmerer Länder von der Subsistenzwirtschaft, also von der Hand in den Mund leben wollen. »Es gibt nur eines, das schlimmer ist, als von den Multis überrollt zu werden: nicht von den Multis überrollt zu werden«, schreibt Ulrich Beck.« (1)

Die Konzerne selbst nutzen die Diskurse um Nachhaltigkeit, Effizienz und Marktorientierung längst für sich. Der Begriff des Nachhaltigen ist fast komplett von ihnen besetzt – kaum eine Broschüre erwähnt diesen nicht als Unternehmensziel. NGOs gelten nicht mehr als Gefahr, sondern als Chance, Firmenstrategien zu optimieren.

Immer mehr Kapitalismusfans ...

Einen anderen Weg, den Kapitalismus nach Jahren der Verteufelung nun als Heilsbringer zu konstruieren, beschreiten einige Theoretiker der Antideutschen, die seit ca. 2001 mit herrschaftseuphorischen Statements gegen politische AkteurInnen polemisieren, zu denen sie davor selbst noch gehörten. Bei ihnen bedeutet der Kapitalismus die Befreiung aus Zwängen, weil nun der Mensch frei seinen Geschäften nachgehen kann. Die Übereinstimmung mit der Ideologie von Neoliberalen, F.D.P. und Umfeld ist augenfällig. Justus von Wertmüller, Horst Pankow und Tjark Kunstreich schreiben in konkret 3/02: »Aber auch der Egoist, der Privatmensch also, der allein seinen Interessen und Geschäften nachgehen will, erregt das Misstrauen seiner um identitäre Gemeinschaft ringenden islamischen Mitbürger und ihres antiimperialistischen Anhangs im Westen. ... Gerade diese freiwillig oder unfreiwillig Volksfremden sind es, denen alle Solidarität von Kommunisten gelten muss. Sie sind es, die noch einen Rest von Individualität und Eigensinn, von privater Lebenslust repräsentieren und damit die Hoffnung auf etwas Besseres als die Hölle der negativen Gleichheit, die ihre Mitbürger so mörderisch vollstrecken. ...«

Doch die Genannten sind nicht allein mit dieser prokapitalistischen Sicht. Sie argumentieren auf gleicher Wellenlänge wie die gewandelten früheren Kritiker der Profitorientierung – oftmals aus der Ökoecke. »Den Kapitalismus pauschal zu verteufeln, ist fraglos Unsinn«, stand im Juli 2001 auf Seite 46 in Natur&Kosmos. »In einem in obigem Sinne reformierten System, das die richtigen Marktanreize setzt, könnten die dem Kapitalismus innewohnenden innovativen Kräfte positiv genutzt werden«, prophezeite Thilo Bode, damals Geschäftsführer von Greenpeace International in einem Thesenpapier zum 7. Jahreskolloqium der Alfred Herrhausen Gesellschaft (2). Einige der härtesten Verfechter des totalen Kapitalismus kommen auch aus der Öko-Ecke: Michael Miersch und Dirk Maxeiner, ersterer Umweltredakteur des Hessischen Rundfunks, letzterer lange Zeit Chefredakteur von natur. Heute schreiben beide viele Bücher, Ökokolumnen in allen Zeitungen von links bis rechts, der konservativen »Die Welt« bis zum Playboy. »Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die »Effizienzrevolution« (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. ... Die Globalisierung: Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand«, formulierte Michael Miersch in einem Streitgespräch in der Zeitschrift »Ö-Punkte« (3).

Ohnehin sind marktwirtschaftliche Lösungen im Umweltschutz angesagt. Jedoch: Unter Marktbedingungen setzt sich die ökologisch relativ schlechteste Lösung innerhalb eines Anwendungsbereiches durch. Gut sichtbar ist das in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich Windenergie gewesen. Zwar ist die Windenergie umweltverträglicher als große fossil gefeuerte Kraftwerke, innerhalb der Windenergietechnik setzen sich aber immer mehr solche Anlagen durch, die starke Profite abwerfen, den Strom über anonyme Märkte verteilen und die Menschen bzw. die Natur nur als Faktor begreifen, der kostenmäßig zu minimieren ist. Statt kleiner, dezentraler Anlagen zur direkten Stromversorgung in der Nähe der VerbraucherInnen werden heute nur noch riesige Anlagen projektiert. Die größten sollen im Meer entstehen. Um den Strom in die Städte zu bekommen, sind dann nicht nur Stromkabel in der See nötig, sondern auch neue Hochspannungsnetze an der Küste. Haben WindenergiebefürworterInnen noch vor wenigen Jahren die vielen Strommasten als Argument für Windkraft angeführt, so fordern sie heute selbst den Ausbau des Leitungsnetzes. Das zeigt, dass die Orientierung an Marktmechanismen und hohe Profite die relativ umweltunverträglichste Lösung mit der geringsten Mitbestimmungsmöglichkeit hervorruft. Ganz Ähnliches lässt sich für andere Einrichtungen, z.B. setzen sich immer größere »Ökokaufhäuser« gegen dezentrale, kleine Läden durch. Da das KäuferInnenklientel meist gut betucht ist, wird voll auf das Auto als Transportmittel gesetzt. Weitere Nachtteile sind sinkende Akzeptanz von Umweltprojekten und die Zuspitzung von Machtverhältnissen z.B. zwischen Metropole und Peripherie oder zwischen Arm und Reich.

Die Kapitalisierung von sozialen und ökologischen Aktivitäten gehört zu den Kernelementen des Neoliberalismus. Moderne Konzepte, die als sozial und/oder ökologisch gefeiert werden, stellen tatsächlich eine Ausdehnung von Verwertung in solche Bereiche hinein dar, die bisher nicht dem Prinzip von Profit und der Möglichkeit von Akkumulation unterworfen waren. Das prägnanteste Beispiel ist der Klimaschutz. Durch das Kyoto-Protokoll ist das Recht zur Luftverschmutzung ein handelbares Gut geworden. Damit ist die Nutzung der Luft in eine eigentumsgleiche Logik überführt. Was bislang Allgemeingut war und dessen Zerstörung folglich durch einen gleichberechtigten Zugriff bzw. als ersten Schritt ausgedehnte Mitbestimmungsrechte der Menschen zu verhindern gewesen wäre, wird nun privatisiert. Folge wird die Ausrichtung des Klimaschutzes an Profitabilität sowie die Akkumulation der Verschmutzungsrechte bei den Reichen und Durchsetzungsstarken sein – in Anbetracht der internationalen Schuldenkrise ist eine Umverteilung von armen zu den reichen Industrieländern zu erwarten.

Die Mittel neoliberaler Politik

1. Steuern und Abgaben statt Ordnungsrecht

Als klassisches Mittel der Steuerung von Gesellschaft bzw. Markt und Profit galt früher das Ordnungsrecht: Gesetze, Strafen und Überwachung. Neoliberale Politik bedeutet die Modernisierung: Marktförmigkeit, wo immer es geht – plus mehr Strafen und Ordnungspolitik als Drohung im Hintergrund, als Zwang zu marktförmigem Verhalten und als Sicherung von Herrschaft. Das typische Mittel neoliberaler Marktsteuerung sind Steuern und Abgaben. Abgaben werden zweckgerichtet verwendet, Steuern fließen in den Gesamthaushalt von Kommunen, Land oder Bund ein. Meist wird die Wirkung von Steuern und Abgaben nur für sich, nicht aber in ihren gesamten Auswirkungen auf Profit- und Verwertungsvorgänge betrachtet. Sonst würde die Beurteilung anders ausfallen als zur Zeit. Die beiden bekanntesten neuen Steuern sollen genauer betrachtet werden:

● Ökosteuern bedeuten eine Verlagerung von ordnungsrechtlichen zu marktförmigen Instrumenten des Umweltschutzes. Sie kommen daher den Konzernen entgegen und verschärfen Konkurrenzverhältnisse. Investitionsstarke Firmen werden begünstigt. Dennoch reichte das Vielen nicht, selbst ökologische Gruppen forderten weitere Bevorteilungen der Industrie, die rot-grüne Regierung führte diese dann auch ein.

● Die Tobin Tax ist also vor allem ein politischer Trick, um Bewegung zu vereinheitlichen und zu entschärfen. Tatsächlich soll sie an den kapitalistischen Verhältnissen gar nichts ändern, sondern diese stabilisieren. Attac formuliert ganz offen, dass die Steuer mehr Kontrolle schaffen würde: »die Rückgewinnung der Kontrolle über die Geldpolitik durch die Zentralbanken« ist nach dem Attac-Faltblatt »Finanzmärkte außer Kontrolle« das Ziel der Tobin Tax. Gewinner wären also die großen internationalen Finanzinstitute wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds. Während viele politische Gruppen gegen diese protestieren, wollen Attac und Umfeld diese stärken. Die Tobin Tax wäre ein neues Aufgabefeld für Weltbank und IWF, sie würden deren Einfluss steigern. Außerdem erhofft sich Attac mehr Investitionen, wenn die Spekulationen als Profitquelle behindert werden. Doch Investitionen sind kapitalistisch: Transkontinentale Verkehrswege, Atomkraftwerke, Großflughäfen, Staudämme und vieles mehr als typische internationale Investitionen als positiv darzustellen, zeigt die fehlende Analyse von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen in den neokeynesianischem Kreisen.

2. Effizienzrevolution: Technikexport und Standardisierung der Welt

Die Debatte um ökologisch verträglich Techniken hat einen wirtschaftlichen Grund. Die Industrienationen verfügen über die effizienteren Technologien. (4) Ziel der Standardisierung auf den jeweiligen »technischen Stand« ist es, Exportmöglichkeiten zu schaffen. Für die ärmeren Länder, vor allem die dort lebenden Menschen, ist es nur möglich, mit ihren Mitteln Techniken zu entwickeln. Diese können wesentlich umweltgerechter sein, dass sie mit lokalen Rohstoffen auskommen. Gelten aber weltweit DIN-Normen, so entsteht eine Standardisierung der eingesetzten Techniken -und das schafft riesige Märkte für den Absatz sparsamer Autos, Solar- und Windenergietechnik, fossiler Kraftwerke bis hin zu Atomkraft, Transporttechniken, Chemieindustrie usw.Was für die Ökologie gilt, stimmt auch in sozialen Fragen: Unter dem Banner von Verbesserungen der Lebensqualität werden weltweite Standards durchgesetzt, die dann dem Export von Technik und Know-How dienen sowie die Möglichkeit der Sicherung von Vermarktungsanteilen und -monopolen schafft. Beispiele sind:

● **Trinkwasserversorgung**: Die Privatisierung der Wasserversorgung wird oft mit Umwelt- und Gesundheitsargumenten gerechtfertigt. Tatsächlich geht es aber um die Einführung der Verwertungslogik in einem Bereich, der bisher nicht dem Eigentum unterlag.

● **Gesundheit**: Das Ziel der flächendeckenden Versorgung mit standardisierter chemischer Medizin zerschlägt Selbstorganisierung und schafft riesige Märkte für Konzerne aus den Industrienationen.

● **Baustandards**: Mit sozialen Argumenten werden einfache Bauten der Bevölkerung abgerissen, Mietshäuser gebaut und diese dann der Bevölkerung angeboten. Das schafft Abhängigkeit und Verwertungslogiken, wo bisher keine waren. Es standardisiert Wohnen und Leben.

Um den Profit abzusichern, ist die Debatte um freien Zugang zu allen Märkten, Umweltschutz und Effizienzrevolution verbunden mit der Ausdehnung der Patentrechte und der gewaltsamen Durchsetzung internationaler Handelsrechte.

3. Ökokapitalismus (5)

Aus der Akzeptanz der Marktwirtschaft und der dominanten Position von Konzernen seit Anfang der 90er Jahre entstand einige Jahre später die Orientierung auf marktwirtschaftliche Lösungen sowie die Organisierung sozialer und ökologischer Aufgaben in Unternehmensform. Firmen waren dann nicht nur Partner, sondern vor allem der Umweltschutz wurde mehr und mehr selbst zum Unternehmen. Heute sind viele NGOs wie Firmen organisiert, noch deutlicher ist der Anstieg von sozial oder ökologisch ausgerichteten Firmen. Die Folgen sind vielfältig. So setzt sich unter Marktbedingungen die ökologisch relativ schlechteste Lösung innerhalb eines Anwendungsbereiches durch. Gut sichtbar ist das in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich Windenergie gewesen. Zwar ist die Windenergie umweltverträglicher als große fossil gefeuerte Kraftwerke, innerhalb der Windenergietechnik setzen sich aber immer mehr solche Anlagen durch, die starke Profite abwerfen, den Strom über anonyme Märkte verteilen und die Menschen bzw. die Natur nur als Faktor begreifen, der kostenmäßig zu minimieren ist. Statt kleiner, dezentraler Anlagen zur direkten Stromversorgung in der Nähe der VerbraucherInnen werden heute nur noch riesige Anlagen projektiert. Die größten sollen im Meer entstehen. Um den Strom in die Städte zu bekommen, sind dann

Fortsetzung auf Seite 10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Kritik moderner linker Ideologien

nicht nur Stromkabel in der See nötig, sondern auch neue Hochspannungsnetze an der Küste.

Hinzu kommen Akzeptanzprobleme, weil viele der heute als Großprojekte durchgesetzen Umweltschutztechniken die örtliche Bevölkerung übergehen. Sie spitzen Machtverhältnisse zu und trimmen alternative Wirtschaftsansätze auf die Ellbogenstrategien des Kapitalismus . Mitbestimmungsrechte werden geschwächt und Verwertungsverhältnisse auf bisherige Allgemeingüter ausgedehnt (z.B. Kyoto-Protokoll: Handelbarkeit von Luftverschmutzungsrechten).

Agenda 21 und Nachhaltigkeit

Agenda 21 und Nachhaltigkeit sind die großen ideologischen Debatten um eine Modernisierung von Markt und Herrschaft unter dem Banner sozialer und ökologischer Ziele. In den Grundlagenwerken (6) sind das wirtschaftliche Wachstum, die technische Fortentwicklung sowie die neoliberalen Ziele des Zugangs zu allen Märkten und Rohstoffen genannt (siehe Kap. 4.1). Lokale Aktivitäten vollziehen dieses nach – verschleiert hinter sozial-ökologischen Phrasen.

Inzwischen gibt es weltweit ca. 6.000 Agenda-Prozesse weltweit, davon 5.292 in Europa, jedoch nur 151 in Afrika und 116 in Lateinamerika. (7) Und noch schlimmer: Die wenigen Agenda-Prozesse in Afrika und Lateinamerika konzentrieren sich dort auf Metropolen und Orte, wo der europäische Einfluß sehr hoch ist – sei es traditionell durch EinwandererInnen, geflüchtete Nazis oder durch massive Entwicklungs»hilfe«gelder. Die Verteilung zeigt, wo die Schwerpunkte liegen und wessen Interessen durch diese Debatten verfolgt werden. Die Debatte um Agenda 21 und Nachhaltigkeit ist ein europäisches Projekt – darauf weisen die Umwelt-NGOs und die damit befaßten PolitikerInnen auch immer wieder hin. Sie ist Teil der Bewaffnung Europas im Kampf um die Weltführung gegenüber den eher auf direkte Intervention setzenden USA (siehe Kap. 3.1.2, Abschnitt c.)

Doch auch in Europa sind Agendaprozesse nicht von sich aus angelaufen, sondern bedurften massiver finanzieller Unterstützung und Propaganda von Regierungen und zunehmend auch der Wirtschaft. 1992 nach der Konferenz von Rio waren sich viele Verbände und Medien einig, daß es sich um einen Fehlschlag gehandelt habe. Inzwischen gilt Rio als Wendepunkt hin zu einer sozial-ökologischen Zukunft. Geändert haben sich aber nur die Führungsfiguren der NGOs (hin zu managementorientierten, staats- und marktfetischistischen Personen) und die Fördertöpfe von Staat und Wirtschaft, die den inhaltlichen Wandel millionenschwer begleitet haben.

Nachhaltigkeit und Agenda 21 sind marktorientierte Modernisierungsdebatte. Das Lesen der wichtigsten Grundlagenwerke deckt das bereits zweifelsfrei auf – die Praxis der Arbeit zeigt dasselbe Bild.

NGOs werden selbst marktförmig

Die Orientierung an marktwirtschaftlichen Kriterien führte nicht nur zu einem Wandel in den politischen Positionen und einer neuen Bündnispolitik, bei dem Konzerne als Partner oder sogar Hoffnungsträger in ökologischen und sozialen Fragen betrachtet wurden, sondern erfasste auch Strukturen und Strategien der NGOs und politischen Gruppen selbst. Das hatte mehrere Gründe:

● **Reproduktion von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen in politischen Gruppen:** Die gesellschaftlichen Zwänge und Diskurse wirken direkt auf alle Menschen und Organisationen innerhalb der Gesellschaft. Wer nicht aktiv versucht, sich ihnen zu entziehen und Alternativen aufzubauen, wird auf vielfache Art immer wieder eingebunden in die »Norm«alität -über die Mitwirkenden, die dem Drang zur materiellen Reproduktion, dem Druck des sozialen Umfeldes und den Zwängen von Repression über Dienstverhältnisse usw. nachgeben und sich etablieren, bis zur Ausrichtung der Organisation auf die Förderquellen und Einnahmen aus Konzernen und Verkaufsgeschäften, damit die dadurch und dafür geschaffenen Personalstellen auch dauerhaft gehalten werden können. Die gesellschaftliche Debatte um modernisiertes Management, schlanke Hierarchien usw. hat auch die Verbände voll erfasst und setzt sich dort durch.

● **Junge, managementerfahrene Hauptamtliche:** Der Wandel in den NGOs und politischen Gruppen ist auch ein Wandel der Personen. Seit Mitte 90er Jahre ist sichtbar, dass markt- und staatsorientierte Konzepte vor allem von Jüngeren in die Organisationen gebracht werden. Bei Verbänden mit Jugendorganisationen wurden letztere, in den 80er Jahren noch das interne Protestpotential, überall zu den Vorantreibern der Modernisierung von Strukturen und Positionen. Ab Mitte der 90er Jahre wurden kaum noch fachlich ausgebildete Personen, sondern vor allem solche mit betriebswirtschaftlichem Know-How eingestellt. Ehemals radikale JugendfunktionärInnen machten Ausbildungen in betriebswirtschaftlichen oder ähnlichen Feldern und rückten dann in die Spitzenpositionen auf.

● **Image und Reichtum als neue Ziele:** Stark zusammenhängend mit dem Wechsel zu einem managementorientierten Personal wurden auch die Ziele von Verbänden und politischen, vor allem Lobbygruppen verändert. Im Vordergrund steht jetzt das Image und der eigene Reichtum. Nach außen wird (wie früher bezogen auf Mitgliedszahlen) vermittelt, dass öffentliche Bekanntheit und viel Geld gleichbedeutend sind mit politischer Wirksamkeit. Doch das ist weit gefehlt – tatsächlich werden die Verbände so immer mehr zu Konzernen, ihre Verwaltungsabläufe gleichen sich dem immer mehr an.

● **Anforderungen von Konzernen und Zuschussgebern an Professionalität:** Die Veränderungen geschehen nicht nur aus den NGOs und Lobbygruppen selbst heraus bzw. werden durch gesellschaftliche Diskurse bestimmt. Konzerne und der Staat fordern solche hierarchisch-modernen Strukturen auch ein. Konzerne begründen das mit der Notwendigkeit effizienter Kooperationen – sie suchen sich zwischen den NGOs die unkritischsten und professionellsten aus. Das schafft Konkurrenzdruck auf der Jagd nach Geld und Image. Außerdem wird oft gefordert, keine direkte Kritik mehr an Unternehmen zu äußern, was viele NGOs dann auch zusagen und einhalten. Der Staat macht die Existenz von Hierarchien und professionelle Verbandsstrategien zur Voraussetzung für Förderungen. Oftmals nimmt er sogar Einfluss auf die Inhalte, z.B. wenn immer mehr Fördergelder daran gebunden sind, dass die Projekte unter dem Label von Agenda 21 oder nachhaltiger Entwicklung laufen.

Gegen radikale Marktkritik

Die BefürworterInnen von kapitalistischen Modellen sozialer und ökologischer Politik propagieren ihre Ideen nicht nur selbst, sondern wenden sich häufig gegen solche ökologischen und sozialen Gruppen, die Konzepte jenseits von Markt und Staat entwickeln und/oder plakativ antikapitalistisch auftreten.

● **Bündnisarbeit:** Innerhalb von Bündnisse werden radikale Positionen gegen Konzerne und Kapitalismus als weltfremd oder taktisch unklug abgeblockt. NGOs haben Angst, nicht mehr als ernster Verhandlungspartner wahrgenommen oder von den Medien missachtet zu werden. Letztere haben darüber starken Einfluss auf politische Gruppen, die nach öffentlichem Image gieren und sich auch nicht auf subversive Formen der Arbeit mit bürgerlichen Medien verstehen. In der Genua-Vorbereitungsgruppe versuchten Attac-Vertreter lange Zeit, im gemeinsamen Aufruf sogar zu verhindern, dass sich antikapitalistische Gruppen überhaupt als solche bezeichnen durften.

● **Öffentliche Äußerungen:** NGOs sind in ihren politischen Positionen nicht nur selbst staats- und marktorientiert, sondern bezeichnen GegnerInnen von Kapital und Staat auch öffentlich als weltfremd. Sie sind damit willkommene HelferInnen von Staat und Konzernen.

● **Vorauseilender Gehorsam gegenüber KonzernvertreterInnen:** Mehrfach haben NGO-VertreterInnen oder andere Polit-AkteurInnen vor FirmenvertreterInnen auch schon vorauseilend gekuscht, in dem sie sich von radikaleren Gruppen distanzieren oder das soziale oder ökologische Bemühen der Firma oder Institution anerkennen. Damit machen nicht nur deren PR-Arbeit, sondern nehmen sich auch jegliches Verhandlungsgewicht.

Quellen und Hinweise

Die Texte des Schwerpunktes sind Kurzfassungen der Kapitel 3.1 und 3.2 im Buch »Nachhaltig, modern, staatstreu?« (mit einer umfassenden Ideologiekritik politischer Gruppen; IKO-Verlag Frankfurt oder www.projektwerkstatt.de/materialien). Umfangreiche Beispiele und Zitatesammlungen finden sich unter www.projektwerkstatt.de/zitate und ../aes.

1 2001: Schwarzbuch Markenfirmen, Deuticke Verlag in Frankfurt (S. 30).
2 Gehalten am 2./3.7.1999 in Berlin; Quelle: www.deutschebank.de/AHG.
3 Ausgabe Winter 2001/02 (S. 12).
4 Dass trotz effizienterer Technik der Rohstoff-, Flächen- und Energieverbrauch in den Industriestaaten soviel höher ist wie in ärmeren Ländern zeigt, um wieviel verschwenderischer dort mit der Umwelt umgegangen wird.
5 Eine umfangreiche Kritik findet sich im Kapitel zu Ökokapitalismus im Band 1 »Reich oder rechts?«.
6 Brundlandreport (1987), Agenda 21 (1992), Faktor Vier (1994), Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« (1995) und in den Folgejahren etliche weitere Bücher und Veröffentlichungen.
7 Studie des ICLEI, zitiert nach Politische Ökologie Mai/Juni 2002 (S. 50).

Anzeige

Ich bestelle 3 Ausgaben ak – analyse + kritik für 5 €.
5 € lege ich bar / als Scheck bei.*
*) Das Probeabo gilt für 3 Monate, es verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der 2. Ausgabe gekündigt wird.

Datum, Unterschrift

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Ausfüllen und schicken an:
ak – analyse + kritik,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
www.akweb.de

BUCHREIHEN-INFOS: action creative (Hrsg.)

Widerstand & Vision

Beiträge zur Strategie politischer Organisierung

Markt und Staat erdrücken mit ihrer Mischung an innerer Sicherheit, militärischer Außensicherung und modernen Integrations- und Manipulationstechniken fast alle Alternativen. Immer mehr politische AkteurInnen lassen sich auf den Deal mit Konzernen und Staat, mit Markt- und Herrschaftslogiken ein. Visionäre Entwürfe, klare Vermittlung von Kritik und Alternativen fehlen.

An diesem Punkt setzt die neue Reihe an: Messerscharf werden politische Organisations- und Aktionsformen auf ihren emanzipatorischen Gehalt, ihre Abhängigkeit von Staat und Markt, ihre Bezüge zu rechter Ideologie oder neoliberalen Konzepten durchleuchtet. Reihenweise fallen Kampagnen und Gruppen durch – immer wieder sind sie nichts als nützliche Idioten im großen Spiel um Macht und Geld. Doch die Bücher bleiben nicht stehen bei der Kritik. Neue Konzepte, Ansätze von Organisierung und politischer Vermittlung werden aufgezeigt und diskutiert – praxisnah und doch auf einem hohen Niveau emanzipatorischer Theorie.

Reich oder rechts?
Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie
Umweltschutzverbände, -gruppen und -parteien sind die Beispiele einer präzisen Untersuchungen: Wer vertritt welche Konzepte, erhält welche Gelder? Wie wird eine geschlossene Linie durchgesetzt, welche SpitzenfunktoinärInnen haben welche Parteibücher in der Tasche? Welche direkten Verbindungen zu Parteien, Konzernen, esoterischen oder rechten Gruppen bestehen? Daten, Fakten und Hintergründe zu Organisationen, deren Glaubwürdigkeitsgetue oft genug Strategie ist, um Politik und Wirtschaft mit einem grünen Mäntelchen zu versorgen.
IKO-Verlag, A5, 300 Seiten, 22,80 Euro

Nachhaltig, modern, staatstreu?
Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax
Politische Gruppen sind immer mehr das Korrektiv der Macht. Sie optimieren einerseits Herrschaft, sei es das demokratische Entscheidungsfindungssystem oder Bereiche wie Bildung, Strafvollzug, Medien. Andererseits versuchen sie nicht mehr, Alternativen zu setzen, sondern Herrschaft und Marktmechanismen für ihre Ziele zu nutzen. Im Buch werden aktuelle Vorschläge aus politischen Gruppen auf ihre Wirksamkeit untersucht. Im Mittelpunkt steht die Herrschaftsfrage: Steigern die Vorschläge Macht- und Ausbeutungsverhältnisse? Ob Reform oder revolutionärer Anspruch: Emanzipatorisch ist nur eine Politik, die Herrschaft und konkurrierende Systeme zugunsten von Gleichberechtigung und kooperativen Beziehungen abbaut. Davon sind heute Gruppen und NGOs weit entfernt.
Projektwerkstatt, A5, 210 Seiten, ca. 14 Euro

Zentralistisch? Instrumentell?
Oder »von unten«?
Vergleichende Betrachtung politischer Organisierungsformen
Beschreibung und Gegenüberstellung verschiedener Modelle politischer Arbeit – von zentralistischen Apparaten über Netzwerke bis zu Autonomiekonzepte und kreativer »Organisierung von unten«. Schwerpunkt sind aktuelle Versuche und Debatte – verbunden mit historischen Hintergründen und Entwicklungen der verschiedenen Ansätze und Erfahrungen.
A5, ca. 200 Seiten, ca. 14 Euro (erscheint im Frühjahr 2003)

Anfragen wegen Veranstaltungen, Vorträgen, Diskussionen, Vorabdrucken und Abdrucken von Auszügen bitte an projektwerkstatt@apg.lahn.de, Tel. (0 64 01) 90 32 83, Fax -5.

Bestellung im Internet:
www.projektwerkstatt.de/materialien
Bestellung per Post u.ä.: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Fax (0 64 01) 90 32 85

MARKTWIRTSCHAFT = WIRTSCHAFTSPOLITISCHER ORDNUNGSRAHMEN = SACHZWANG

Nachbaugebühren – ein brisanter aber unbekannter Konflikt

Nachbaugebühren bedeutet, dass Bauern für den Nachbau von lizensiertem und von ihnen bereits bezahltem Saatgut, z.B. Getreide, Kartoffeln, seit 1997 doppelt Gebühren zahlen sollen. Was harmlos und unbekannt daher kommt, beschreibt einen der zur Zeit zentralen Konflikte in der bundesdeutschen und europäischen Landwirtschaft. Ein Konflikt, der gleichermaßen Ausdruck wie einer der Motoren der neoliberalen Globalisierung ist. Es geht um nichts anderes als um die Inwertsetzung von allen Facetten von Leben; sprich die privatwirtschaftliche Aneignung von Gemeinschaftsgütern. Die Instrumente und Akteure dieser Inwertsetzung sind beileibe nicht neu: Gesetze, Abkommen, Patente, Lobbyisten, Chemiefirmen, willfährige Abgeordnete, Parlamente. Der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen heißt Marktwirtschaft. Die ideologische Inszenierung heißt »Sachzwang«.

Roland Röder, Red. Saarland ● Die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) – der Zusammenschluss von Pflanzenzüchtern – verlangt von Bauern seit 1998 die Zahlung von Lizenzgebühren auf Saatgut. Mit dem Bauernverband hat sie sich 1996 auf ein sogenanntes »Kooperationsabkommen« geeinigt, das auskunftswilligen Bauern einige Vergünstigungen verspricht. Kern des Abkommens ist die Verpflichtung von Bauern, die ihr Saatgut wie Kartoffeln und Getreide selber nachziehen, Gebühren zahlen sollen. Hintergrund ist das seit September 1994 geltende neue EU-Sortenrecht, das eine »angemessene« Entschädigung für Züchter vorzieht, wenn Bauern aus der Ernte des gekauften Saatgutes auch Saatgut für das zweite und dritte Jahr abziehen (Fachjargon: nachbauen). Sie sollte »deutlich niedriger« liegen als der ursprüngliche Preis des Saatgutes, heißt es diffus im EU-Recht.

Der Bundestag zieht nach und beschließt am 1.7.1997 gegen die Stimme von B90/Die Grünen das neue Sortenschutzgesetz und übernimmt damit die diffusen EU-Regelungen. Dies aber reicht den hiesigen Pflanzenzüchtern aus, um gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband erste Versuche zu starten, ihre Ernte einzufahren. Sogenannte Erhebungsbögen werden Ende 1997 an die Bauern versandt. Von 500.000 Betrieben wurden 200.000 angeschrieben. Woher die Adressen stammen ist ein (offenes?) Geheimnis. »Die Vermutung liegt nahe, dass der Bauernverband sein Mitgliederverzeichnis zur Verfügung gestellt hat.« (Krit. Agrarbericht 2000, S.150). In dem Anschreiben werden Bauern und Bäuerinnen gebeten, anzugeben wieviel Hektar sie mit welchen Früchten anbauen und welches zertifiziertes Saatgut sie zuletzt ausgebracht haben. Letztlich bedeutet dies den Versuch der bundesweiten und bis in den letzten Winkel reichenden Kartierung und Erfassung des landwirtschaftlich genutzten Landes hinsichtlich des ausgebrachten Saatgutes. Die Logik offenbart sich erst auf den zweiten Blick: Wer abkassieren will, muß wissen, wer-wann-wo-wieviel-wie oftwelches Saatgut ausbringt. Je mehr Wissen sich bei der STV konzentriert, um so höher der finanzielle Gewinn. Eine kaum versiegende Quelle der Geldausschüttung. Ganz aktuell möchte der DBV auch die Aufbereiter (trokken, beizen etc.) von Saatgut zur Auskunft verpflichten.

Politischer Widerstand gegen die Nachbaugebühren

So war es gedacht, so sollte es sein – allein es kam anders als geplant. Es regte sich Widerstand. Zwar hat der Deutsche Bauernverband die ihm eigene Lobbypolitik der stillen Diplomatie betrieben und eine zunächst vermeintlich günstige Regelung (hohe Pauschalrabatte) für seine Mitglieder getroffen, dummerweise möchten dies aber viele Bauern und Bäuerinnen nicht akzeptieren. Dass dieser Unmut sich nicht wie üblich im Privaten verlor, dafür sorgte ausgerechnet die Konkurrenzorganisation, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Aus ihren Reihen entstand 1998 die »Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze« (IG). Zum erstenmal forderte eine landwirtschaftlicher Fachverband in der BRD Bauern und Bäuerinnen auf, die Erhebungsbögen nicht auszufüllen, sie nicht zu beantworten und sie überhaupt erst zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie nachweislich zugestellt worden sind.

Der »Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter« (BDP) selbst stellt den Kritikern der Nachbaugebühren ein blendendes Zeugnis aus hinsichtlich der Wirksamkeit ihrer Proteste«. *»Die AbL, die mit ungefähr 1.200 Mitgliedern eine Minderheit der Landwirte repräsentiert, hat durch ihr Aufwiegeln zum Widerstand Tausende von Landwirten beeinflusst, sich zu verweigern und sich verklagen zu lassen... Die AbL und die aus ihr hervorgegangene Interessengemeinschaft gegen die Nachbauregelung (IGN) beeinflussen viele Landwirte zur Auskunftsverweigerung, um damit ihre eigenen politischen Ziele zu erreichen. Sie bedienen sich zunehmend pressewirksamer sowie zweifelhafter Maßnahmen. Die AbL kämpft einerseits gegen die Nachbauregelung aber auch gegen den DBV, da sie verbissen die offizielle Agrarpolitik bekämpft. Somit wirken sie indirekt ebenfalls gegen die geleistete Arbeit von Regierung und Parlamentariern.«* Kritik an Parlament und Parlamentariern also eine bis dahin nicht gekannte Gotteslästerung. Zur Ehrenrettung des BDP muß gesagt werden, dass seine als Kritik an der AbL gemeinte Darstellung rund ein Jahr vor dem grünen Flaggenwechsel im Berliner Agrarministerium erschien. Hier schimmert noch der jahrzehntelang gepflegte und personell erfolgreiche klassische Agrar-Lobbyismus des DBV durch. Ein besseres Zeugnis bezüglich der Wirksamkeit ihrer Proteste kann den NachbaugegnerInnen nicht ausgestellt werden. Hintergrund war ein Besuch der BDP-Geschäftsstelle in Bonn am 19. Oktober 2000 durch NachbaugegnerInnen. Die eigentlich recht harmlose Aktion wird von der BDP zur Hausbesetzung hochgeredet und mit einer eigenen Hochglanzbroschüre bedacht, die eigentlich als Kritik an der Aktion gedacht ist, sich aber ins genaue Gegenteil verkehrt; zu einer Werbebroschüre für die AbL. Ganz offensichtlich fehlen in der BRD, im Gegensatz zu Frankreich, Erfahrungen im Umgang mit aufgebrachten Bauern, die sich der konsensorientierten Klüngelei des DBV entziehen.

Juristischer Widerstand gegen die Nachbaugebühren

Im zweiten Schritt beauftragte die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren Anwälte mit der juristischen Ausarbeitung einer möglichen Musterklage. Die ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Die Saatgut Treuhand gab sich siegessicher und zog – mit dem Kooperationsabkommen und dem Sortenschutzgesetz des Bundestages im Rücken – gegen auskunftsunwillige Bauern vor mehrere Verwaltungsgerichte (Trier, Mannheim, Düsseldorf, Mannheim). Was am Anfang wie ein leichter juristischer Durchmarsch aussah – das Gesetz schreibt die Auskunft durch die Bauern vor; der Nächste bitte – entpuppte sich zunehmend als eine immer schwieriger werdende, nur langsam von statten gehende, zähe juristische Streiterei. Am 13. November 2001 gab der Bundesgerichtshof den Kritikern der Nachbauregelung weitestgehend Recht und verneinte ein allgemeines Auskunftsanspruch. Die nächste Instanz ist der Europäische Gerichtshof, der in einer ersten Stellungnahme im März 2002 eine ähnliche Einschätzung verkündete.

Die juristische Argumentation der Nachbau-KritikerInnen bezieht sich zum einen auf die Verletzung des »Bestimmtheitsgebotes« bei Gesetzen. Ein Gesetz muß hinsichtlich »Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung« (Kritischer Agrarbericht 2000, S.148) klar und deutlich formuliert sein, was aber bei der Nachbaugesetzgebung oft nicht der Fall ist. Zum anderen: » Es droht der gläserne Landwirt und das gegenüber Stellen, die ein großes kommerzielles Interesse daran haben, sich bestimmte Informationen zu Betriebsführung und Anbauplanung der Betriebe anzueignen.« (Krit. Agrarbericht 2000, S. 150)

Neben den Bauern geraten neuerdings die Saatgut-Aufbereitungsbetriebe (waschen, reinigen, beizen...) ins Visier der Saatgutlobby. Sie sollen dazu verpflichtet werden, Auskünfte zu erteilen, wer bei ihnen Saatgut für den Nachbau aufbereiten läßt. Dies würde den zeitaufwendigen Umweg über jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb überflüssig machen. Parallel erarbeitet der DBV zur Zeit mit dem BDP ein neues Kooperationsabkommen, das den Verwaltungsaufwand für die Bauern reduziert, in der Sache aber ohne Wenn und Aber beim Diktat der Nachbaugebühren bleibt.

Natürlich sollen Züchter von Saatgut Geld für ihre Arbeit erhalten

Warum sollen Züchter von Saatgut kein Geld für ihre Arbeit erhalten? Selbstverständlich sollen sie. Exakt darum geht es bei diesem Konflikt nicht. Auch die NachbaukritikerInnen erkennen das Recht von Züchtern an, Lizenzgebühren für ihre Neuzüchtungen zu erheben. Streitpunkt ist allerdings, warum diese Lizenzgebühr auch für nachgebautes Saatgut erhoben werden darf. Nicht berücksichtigt werden dabei die jahrhundertelange Kultivierung und Entwicklung von Saatgut durch Bauern. Auch Bauern, die nachbauen, entwickeln Nutzpflanzen weiter und sorgen dafür, dass sie sich besser den jeweiligen klimatischen Bedingungen anpassen.

Hier gilt es mit einem weiteren Mythos aufzuräumen. Ähnlich wie in anderen landwirtschaftlichen Bereichen gab es in der Branche der Saatgutbetriebe in den letzten 20 Jahren erhebliche Marktkonzentrationen sowie den Aufkauf ehemals kleinerer oder zumindest mittelständischer Betriebe durch Chemiemultis wie Ciba Geigy, Schering, Sandoz, Höchst. Die Namen der Zuchtbetriebe blieben meist die alten, schließlich läßt sich damit munter weiter an der Legende von mittelständischen Familienbetrieben stricken, was für den Absatz nicht unwichtig ist. Hinsichtlich der Besitzverhältnisse wurden sie zu global player.

Auch ohne Nachbau genießen Pflanzenzüchter zunächst einmal zwischen 25 und 30 Jahren Sortenschutz und können in dieser Zeit Lizenzgebühren erheben. Für die Landwirte galt bis 1994 (EU/1997 BRD) das Privileg Nachbau betreiben zu dürfen, ohne dafür nochmals zur Kasse gebeten zu werden. Entsprechend der Standardisierung von Nahrungsmitteln geht es heute auch bei der Züchtung von neuen Sorten darum, geographisch uniVersiell einsetzbare Sorten zu produzieren, die möglichst an vielen Standorten hohe Erträge bringen. Die besondere Anpassung an klimatische Bedingungen wie Temperatur und Wasser ist von untergeordneter Bedeutung.

Wer eine neue Sorte entwickelt hat, kann diese für das nationale, und wenn gewünscht, auch für das EU-Sortenschutzverfahren anmelden und erhält dann gegebenenfalls das gewünschte Zertifikat einer neuen Sorte. Neu ist eine Sorte dann, wenn sie in sich einheitlich, beständig (bei unterschiedlichen Bindungen die gleichen Merkmale aufweisen) ist sowie sich von anderen Sorten in mindestens einem Merkmal unterscheidet. (Kritischer Agrarbericht 2000, S. 145 / 149

Das Züchten von neuen Sorten selbst sowie die Prozedur des Sortenschutzverfahren beanspruchen viel technischen und zeitlichen Aufwand und verteuern damit die Entwicklung. Als Einsparpotentiale und alternativ als Gewinnausweitung bietet sich neben der Zusammenlegung von Firmen, dem Aufkauf durch multinationale Firmen vor allem die verlängerte Ausschüttung der Lizenzgebühr an. Letzteres wird mit den Nachbaugebühren bezweckt.

Defizite bei den NachbaukritikerInnen

1. Es findet eine fast vollständige Konzentration auf (juristische) Lobbyarbeit statt. Diese ist ohne Zweifel bisher hochgradig – geradezu sensationell – erfolgreich. Dabei wird jedoch die kampagnenorientierte Mobilisierung der eigenen Basis und der vieler unzufriedener Bauern aus den Reihen des DBV auffallend vernachlässigt. Eine Ausnahme bildete lediglich die Aktion in der Geschäftsstelle des BDP (siehe Absatz »Widerstand gegen die Nachbaugebühren). Der Erfolg der Lobby-Arbeit der AbL resultiert auch aus der grünen Umbesetzung im Agrarministerium. Faktisch bestimmte der DBV mit der von ihm praktizierten konsensorientierten Kungelei mit meist konservativen Parteien bis Dezember 2000 den jeweiligen Agrarminister. Den alleinigen Schwerpunkt auf Lobbyismus zu legen wäre fatal, weil dies nicht nur zu einer tendenziellen Entmündigung der eigenen Klientel führt und zu einer Delegierung an die (juristischen & parlamentarischen) Experten. Dies kann – günstige politische Rahmenbedingungen wie unter rotgrün vorausgesetzt – eine Zeitlang gut gehen, solange eben die politische Toleranz des parlamentarischen Business reicht.

2. Der Konflikt ist bisher nur einer kleinen Fachöffentlichkeit bekannt, obwohl er eine politische Sprengkraft hat, die an den für die Ewigkeit gedachten Betonpfeilern der bundesdeutschen Agrarlobby nachhaltig rüttelt. Dies ist nur zum Teil der AbL anzulasten, die gemessen an ihrem, im Vergleich zur französischen Partnerorgansiation Confédération Paysanne (unter José Bové), geringeren Organisationsgrad wie auch geringeren Bedeutung innerhalb des deutschen Verbandslobbyismus, Erstaunliches geleistet hat. Was anfangs wie das unnütze Zählen bereits gelegter Eier aussah, könnte sich zu dem Erfolg schlechthin der AbL entwickeln und die Bedeutung des DBV nachhaltig zurück stufen. Anzulasten ist ihr jedoch die starke Schwerpunktsetzung auf die juristische Ebene. Warum jedoch andere Organisationen, die sich aus politischen oder anderen Gründen mit den Bereichen Agrarpolitik, Biodiversität und Lebensmitteln beschäftigen, das Thema Nachbaugebühren entweder nicht beachten oder es überhaupt nicht kennen, findet seine Erklärung eher im gepflegten und vor allem parzellierten Projektedenken. Frei nach dem Motto »Jeder/e ist seines und ihres Projektes Schmied« geht dabei schon mal der Ausblick verloren und wird durch die Froschperspektive ersetzt.

Zusammenfassung und Ausblick

1. Bei Nachbau geht es, analog zu internationalen Abkommen in Sachen Patentierung, um die Inwertsetzung von Natur; um die privatwirtschaftliche Aneignung von Allgemeingütern. Hier wird ein weiteres Mal die neoliberale Globalisierung konkret. Dagegen steht der Anspruch, dass die Welt keine Ware ist. Und es geht darum, Bauern wie Bäuerinnen eine moderne (zeitgemäße) Form der Leibeigenschaft aufzuzwingen.
2. Nachbaugebühren betreffen fast jeden Bauern und jede Bäuerin. Insofern bestehen an jedem Ort der Republik Möglichkeiten zur Intervention.
3. Teile der scheinbar unbezwingbaren Agrarlobby (STV, DBV, BDP) haben erkennbare Gleichgewichtsstörungen. Die politische See ist rauher geworden. Die Einführung der flächendeckenden Nachbaugebühren ist zumindest um Jahre verzögert, vermutlich sogar in der ursprünglich geplanten Form komplett verhindert.
4. Die Inszenierung der Auseinandersetzung ist »David gegen Goliath« in Reinkultur. Dabei hat aber der kleine David noch längst nicht alle Register gezogen oder gar annähernd seine Potentiale ausgeschöpft.
5. Im Mittelpunkt muß die Forderung stehen: Weg mit dem Kooperationsabkommen zwischen Deutschem Bauernverband und der Saatgut Treuhand GmbH sowie weg mit den Nachbaugebühren.●

Roland Röder ist Agrarexperte der AKTION 3.WELT Saar und bekennender Fan des FC 08Homburg. Kontakt: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 9930-56, Fax -57, eMail:a3wsaar@t-online.de. Gegen Rückporto (1,12 Euro) wird das Agrarpolitische Diskussionspapier der AKTION 3.WELT Saar zugesandt.

Abkürzungen:
DBV – Deutscher Bauernverband
AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
STV – Saatgut Treuhand – Verwaltungs GmbH
IG – Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze
BDP – Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter

Weiterführende Informationen: – Kritischer Agrarbericht 2000; S.145 – 152 Die eigene Ernte säen – Claudia Schievelbein – unabhängige Bauernstimme, Zeitung der AbL, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, bauernstimme.de (erscheint monatlich und berichtet regelmäßig über den Konflikt zu den Nachbaugebühren) – Hausbesetzung – Keine Lösung für die Demokratie, Hg. BDP, Bonn 2000; BDP, Kaufmannstraße 71-73, D-53115 Bonn, www.bdp-online.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, c/o AbL-Bundesgeschäftsstelle, Heiligengeiststr. 28 D-21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 40 77 57

HOCHWASSERSCHÄDEN VON MEHR ALS 20 MRD EURO

Finanzierungswege zur Schadensbehebung

Täglich hören und lesen wir, dass den Hochwasseropfern schnell und unbürokratisch geholfen werden muss. Aber woher angesichts der leeren öffentlichen Kassen das Geld kommen soll, ist immer noch strittig. Die Regierungskoalition setzt auf die Verschiebung der ab 2003 geplanten Steuersenkungen, die Opposition vor allem auf den Bundesbankgewinn.

Von Helmut Creutz, Aachen

Was ist von diesen diskutierten Finanzierungswegen zu halten?

Da der Bundesbankgewinn aus 2001 bereits seit einem halben Jahr in den Bundeshaushalt eingegangen ist, vor allem zum Abbau von Schulden, wird die nächste Zahlung erst im kommenden Jahr verfügbar. Das gleiche gilt für die »Überschüsse« aus dem Aufschub der Steuersenkungen. Beides wäre also viel zu spät für eine schnelle Hilfe. Außerdem ist die genaue Höhe dieser Finanzierungsquellen noch ziemlich ungewiss. Geht man davon aus, dass sie jeweils zwischen 5 und 10 Milliarden Euro liegen, wäre im übrigen kaum die Hälfte der Kosten abgedeckt. Da man aber für die zweite Hälfte auf einen Zuschuss aus Brüssel hofft, könnten beide Vorschläge jeweils ausreichend sein.

Für den Weg des Aufschubs der Steuersenkung plädiert die Regierung mit zwei Argumenten. Einmal würden damit die Lasten auf die Bürger gerecht nach ihrem Einkommen verteilt und zum zweiten eine Höherverschuldung vermeidbar, mit der vor allem zukünftige Generationen belastet würden. Und während Edmund Stoiber sich zu der Behauptung verstieg, höhere Zinsen seien gegenüber höheren Steuern das kleinere Übel, stellte Finanzminister Eichel klar, dass Schuldenaufnahmen der unsozialste Finanzierungsweg seien. Und er verwies darauf, dass man damit über die kritische Grenze von drei Prozent Neuverschuldung käme, der Stabilitätspakt also gebrochen würde.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang einmal die konkreten Größen, dann stellt man fest, dass die bereits erreichte öffentliche Gesamtverschuldung bei 1.250 Mrd Euro liegt. Eine Höherverschuldung von 10 Mrd Euro würde also kaum ins Gewicht fallen, ebenfalls nicht der entsprechende Zinslastanstieg von 70 auf 70,5 Milliarden Euro. Aber jede weitere Erhöhung der Kreditaufnahmen käme ebenfalls einem Dammbruch gleich, nämlich dem des Stabilitätspaktes. Das aber würde uns, angesichts der damit erreichten »roten Zahlen«, aus Brüssel einen »blauen Brief« bescheren, falls man dort angesichts der Katastrophe keine Ausnahme gelten lässt.

Doch ganz gleich für welchen der beiden Finanzierungswege man sich entscheidet: Da man in beiden Fällen erst irgendwann im nächsten Jahr über die Mittel verfügen kann, kommt man wahrscheinlich um eine Zwischenfinanzierung über Bankkredite oder Schuldverschreibungen trotzdem nicht herum. Zumindest nicht, wenn man die Sache mit der schnellen Hilfe ernst meint. Denn warten können die vielen geschädigten Häuslebauer, Handwerks- und Gewerbebetriebe kaum. Sie haben sich in den meisten Fällen in den letzten Jahren über Kredite finanziert und werden auf keinen Fall noch einmal neue aufnehmen können bzw. erhalten!

Goldreserven und andere Finanzierungsalternativen

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Finanzierungsschwierigkeiten haben sich einige Politiker auch wieder der Bundesbankreserven erinnert, vor allem der Goldreserven, deren Überflüssigkeit inzwischen sogar die Schweizer Nationalbank erkannt hat. Mit ihrem Gewicht von 3.500 Tonnen und einem ausgewiesenen Wert von 35 Mrd Euro würde sich mit diesen Reserven die Schadensbehebung gewiß am elegantesten lösen lassen, vor allem vor dem Hintergrund der weiteren 53 Mrd Devisenreserven, über die die Deutsche Bundesbank noch verfügt. Aber leider ist dieser Ausweg über Goldverkäufe auch verbaut. Nicht nur weil man ihn zur Sicherung der Preise nur in dosierter Weise einsetzen könnte, sondern vor allem weil sich die Notenbanken erst kürzlich verpflichtet haben, alle Verkäufe bis 2005 auszusetzen. Angesichts all dieser Probeme wurden inzwischen im Umfeld der Geldreformbewegung auch einige andere Alternativen ins Gespräch gebracht so z.B. die Finanzierung über ein »zinsfreies Jahr« oder über zusätzlich geschöpftes »zins- und tilgungsfreies Geld«.

Das »zinsfreie Jahr«

Bei diesem Vorschlag sollen die Geldvermögensbesitzer, zu Gunsten der Hochwasseropfer, ein Jahr auf die Auszahlung der Zinsen verzichten. Zutreffend verweist man darauf, dass mit diesem Vorschlag die Hochwasserlasten noch gerechter als mit dem Aufschub der Steuersenkung auf die Gemeinschaft verteilt würde. Denn statt der Leistungseinkünfte käme es hier nur zu einer Belastung der leistungslosen Einkünfte!

Geht man auch hier den Realitäten nach, ergibt sich Überraschendes: Denn alleine die Zinszahlungen der Banken an die Sparer und sonstigen Geldgeber lagen im Jahr 2000 bereits bei 293 Mrd Euro!. Das heißt, für die Behebung der Flutschäden wäre nur ein Bruchteil dieser Zinseinkünfte erforderlich, nämlich nur 3,4 Prozent! Oder anders ausgedrückt: Die Zinsbezieher brauchten zur Beschaffung der 10 Mrd Euro kein ganzes Jahr, sondern nur 12 1/2 Tage auf Zinsen zu verzichten!

Umgerechnet auf die Zinssätze würde dieser Verzicht nur mit einem Rückgang von 0,15% zu Buche schlagen, z.B. eine Verringerung der Jahresverzinsung von 4,50% auf 4,35%! Und mit einem Zinsabschlag von 0,3% (der den meisten Geldvermögenden kaum auffallen würde!), wären sogar die ganzen Hochwasserschäden von 20 Mrd Euro aus der Welt zu schaffen!

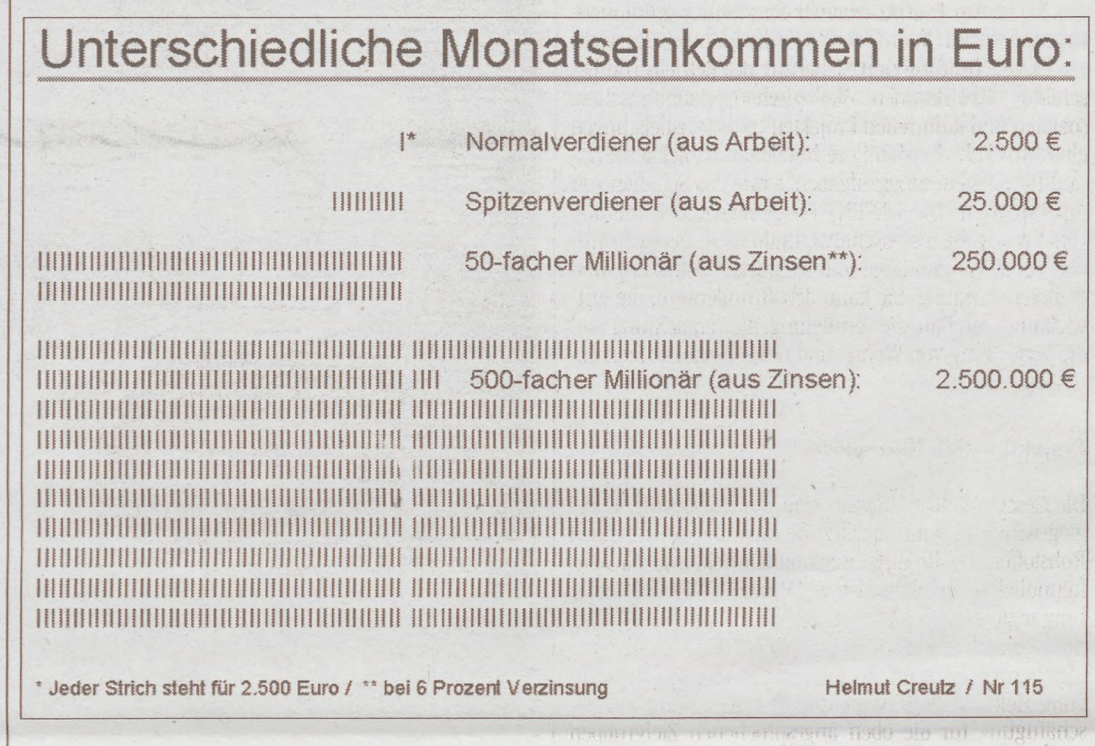
Dieser aktuelle Vergleich zeigt aber auch, welchen »Pegelstand« die Zinsströme bei uns inzwischen erreicht haben (siehe auch Darst.124) und er lässt erahnen, welche »Dammbruchgefahren« hiermit verbunden bzw. bereits eingetreten sind. Man denke nur in die leeren öffentlichen Kassen und vor allem an die Firmenpleiten und die damit verbundene Arbeitslosigkeit! (1)

Zusätzlich geschöpftes »zins- und tilgungsfreies Geld«

Etwas komplizierter ist der zweite Alternativvorschlag. Nach diesem soll die Finanzierung der Schäden mit zusätzlich gedrucktem Geld gelöst werden, das – herausgegeben von der Notenbank oder dem Staat – den Flutopfern zins- und tilgungsfrei überlassen, also geschenkt wird.

Vor dem Hintergrund dieses Vorschlags ist zuerst einmal festzuhalten, dass es uns nicht an Geld mangelt. Das hat sich besonders deutlich im Jahr 2001 gezeigt, als bereits vor dem Währungstausch 42% des Bargeldbestandes abgebaut wurden, ohne dass es zu irgendwelchen Engpässen kam (siehe dazu auch Darst. Nr.126). Diese Überschussbestände, die es auch bei der heutigen reduzierten Geldmenge immer noch in einem erheblichen Umfang gibt, wurden und werden nicht nur im Ausland sowie in kriminellen und Steuerhinterziehungskassen gehalten, sondern auch in solchen, die momentan keinen Bedarf an konsumtiven oder investiven Ausgaben haben, in »Kassen ohne Bedarf«, wie Dieter Suhr sie benannte.

Ein weiteres Indiz für genügend bzw. sogar zuviel vorhandene Kaufkraft sind die Spekulationsorgien an den Börsen wie die ständige wenn auch z. Zt. geringe Inflation. Geld ist also für die Beseitigung der Hochwasserschäden in ausreichendem Umfang vorhanden, es befindet sich nur in den falschen Kassen bzw. wird in diesen sogar blockiert! Diese Blockade aber ist – wenn überhaupt – nur über sehr attraktive und entsprechend hoch verzinste Kredite aufzuheben. Als Ausweg aus diesem Dilemma soll darum den vom Hochwasser Betroffenen mit zusätzlichem zins- und tilgungsfreiem Geld geholfen werden. Gehen wir von den bisherigen Schadensgrößen von 20 Mrd Euro aus, dann müsste dazu, bezogen auf den deutschen Raum, die Geldscheinmenge von derzeit 90 Mrd Euro auf 110 Mrd Euro ausgeweitet werden! Geht man davon aus, dass von den 90 Mrd nur zwei Drittel tatsächlich nachfragend und preisbildend in Umlauf sind, also 60 Milliarden, dann wäre das eine Ausweitung der aktiven Geldmenge um ein Drittel!



Was wären die Folgen?

Klammert man die rechtlichen Fragen einer solchen Geldschöpfung einmal aus, dann würde eine solche massive Geldmengenausweitung zweifelsfrei nach kurzer Zeit einen erheblichen Inflationsschub auslösen! Es sei denn, die Wirtschaftsleistung könnte in Deutschland, entsprechend der Vermehrung der aktiven Geldmenge, dauerhaft um ein Drittel gesteigert werden, was schlicht undenkbar ist! Oder man müsste das ausgegebene Hilfsgeld nach der Ausgabe durch die Erstempfänger gleich wieder aus dem Kreislauf ziehen, was ebenfalls kaum möglich sein dürfte. Denn in Umlauf gesetztes Geld wird ja nicht nur einmal, sondern immer wieder erneut für Ausgaben eingesetzt und wandert so in langen Ketten von Hand zu Hand. Das heißt, das Mehrgeld ist auch dann noch da, wenn die Schäden beseitigt sind und sich die Wirtschaftsleistung wieder auf den normalen Stand einpendelt. Spätestens dann kommt es zu dem bereits genannten Inflationsschub, dem dann ein Zinsanstieg auf dem Fuße folgt.

Was aber unter den heutigen Gegebenheiten ein Zinsanstieg bedeutet, wird klar, wenn man sich auch hier die aktuellen Größen vor Augen führt! So lag die deutsche Gesamtverschuldung, also die Verschuldung von Staat, Unternehmen und Privathaushalten, bereits Ende 2000 bei 6.150 Mrd Euro und damit bei mehr als dem Dreifachen der Jahres-Wirtschaftsleistung von 2.025 Mrd Euro! Bereits ein Zinssatzanstieg um zwei Prozentpunkte würde also für die Gesamtwirtschaft p.a. eine Mehrbelastung von 120 Mrd Euro bedeuten! Die Folgen wären schlicht katastrophal, vor allem wenn man bedenkt, dass heute bereits jedes Jahr zehntausende Unternehmen zahlungsunfähig werden und hunderttausende Arbeitskräfte entlassen!

Auf Grund des Geldumlaufs und der sich ständig verlängernden anonymen Zahlungsketten ist es auch nicht möglich, den Geldumlauf in jenen Regionen zu konzentrieren, die einer Belebung besonders bedürfen. Vor allem lässt sich nicht verhindern, dass das Geld »in den Westen« fließt und am Ende wieder in jenen Kassen landet, die bereits zuviel davon hatten. Und auch wenn dieses zusätzlich herausgegebene Geld zinsfrei in den Umlauf gekommen ist: Aus diesen »Kassen ohne Bedarf« ist es dann nur noch über hohe Zinsen erneut zu reaktivieren! Die zinsfreie Ausgabe ist also nur ein einmaliger Vorgang und verhindert nicht, dass das Geld anschließend automatisch wieder zu Zinsgeld wird! Sicherlich könnte die Bundesbank bzw. die EZB (wenn sie tatsächlich solch ein zusätzliches Geld ausgeben würde!), die Geldmenge nach und nach auch wieder herunterfahren, z.B. über Kürzungen der wöchentlichen Kreditvergaben an die Banken oder den Verkauf von Schuldverschreibungen. Damit wären auf keinen Fall die Inflationsfolgen rückgängig zu machen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass mit einer solchen Geldmengenreduzierung das Gegenteil ausgelöst würde, nämlich eine Rezession und Deflation, wie wir sie zum letzten Mal Anfang der 30er Jahre erlebt haben.

Fazit:

Die Finanzierung zur Behebung der Hochwasserschäden ist also keine einfache Sache. Das gilt selbst für die Verteilung der Hilfs- und Spendengelder, die in einem erfreulich hohen Maße eingegangen sind. Eine Finanzierung mit Hilfe von neu gedrucktem zusätzlichen Geld wäre jedoch höchst riskant. Was statt dessen aber wirksam helfen könnte, wäre ein Versuch, dem zur genüge vorhandenen Geld Beine zu machen und dabei gleichzeitig die zuviel gehaltenen inaktiven Bestände aus dem Verkehr zu ziehen. Dieser Doppeleffekt wäre mit Hilfe einer zinsunabhängig funktionierenden Umlaufsicherung für das vorhandene Geld zu erreichen. Sie würde nicht nur Geldangebot und -umlauf und damit die Nachfrage verstetigen, sondern auch die Geldmenge auf die wirklich erforderliche Größe herunterfahren und damit der Notenbank die Einhaltung der Kaufkraftstabilität ermöglichen. Und sie würde dafür sorgen, dass die Zinssätze mit den Sättigungsprozessen marktgerecht absinken und schließlich sogar gegen null herunter gehen. Und schon mit der Absenkung der Zinssätze um z.B. zwei Prozentpunkte würde mit 120 Mrd Euro ein Vielfaches jener Geldmittel frei, die wir heute zur Behebung der Hochwasserschäden aktivieren müssen!●

Anzeige

Jetzt raus!
Anarchismus-Liste (372 Titel)
Zeitschriften-Liste (401 Pos.)
Modernes Antiquariat mit über 100 Sonderangeboten
Gratis anfordern
Telefon: 04 21 - 7 94 73 81
e-mail: anares@gmx.de
Postfach 107510 · 28075 Bremen
Anares
Der Mailorder für das gesellschaftskritische Buch

Anzeige

Wo steht die Bewegung?
iz3w

Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik
- Krisen und Kritiken
- Die Antwort der Institutionen
- Umkämpfter Kapitalismus
- Bewegungsperspektiven ...

76 S., € 5,- plus 80 Cent Porto

Sonderheft von: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und iz3w

Bezug:
- informationszentrum 3.welt
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus
Nernstweg 32-34 · D-22765 Hamburg
Fon (040) 39 31 56 · www.buko.info

DEZENT EG, ZAATZKE

Die andere (Ab)Wasser-Strategie: Nutzung genossenschaftlich organisieren

Die bundesweit tätige DEZENT-eG »Genossenschaft zur Entwicklung dezentraler Regionalstrukturen« will kleinräumige, ressourcenschonende, vernetzte Arbeits-, Wirtschafts- und Ökologiekreise im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes umsetzen. Die DEZENT-eG ist die Muttergenossenschaft, die das Genossenschaftsmodell LOKALEN Genossenschaften vermittelt und eventuelle Anlaufschwierigkeiten mit Hilfe von Spezialisten minimiert. Sie wurde 12.09.2001 von acht Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Diese weisen ein breites Spektrum an Fachwissen auf vom Genossenschaftsexperten über einen Projektentwickler bis hin zum Ingenieur für Siedlungswasser. Die Eintragung der Genossenschaft erfolgte am 29.11.2001 beim Registergericht des Amtsgerichtes Neuruppin.

Gert Köhler, Red. Genossenschaften ● Die Gebührenpolitik für Abwasser lässt erkennen, dass die Organisation der Abwasserbeseitigung neu geordnet werden sollte. Politik und öffentliche Hand setzen unbeirrt alles daran, möglichst viele Haushalte über eine Kanalisation an zentrale Kläranlagen anzuschließen. Dies passiert ohne jedes Gespür für soziale Folgen einer solchen Politik. Jede Kanalisation und jedes Klärwerk sind nur eine Notlösung: Die Haushalte wurden einfach dazu gezwungen, weil Ballungsgebiete so am einfachsten zu entsorgen waren.

Vermeidung von Abwasser

In den nordöstlichen, äußerst dünn besiedelten Bundesländern gibt es noch Millionen von Einwohnern, die im ländlichen Bereich leben. Diese Grundstücke sind für den Betrieb fortschrittlicher, grundstücksbezogener Schmutzwasserbehandlungsanlagen geeignet. Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlungen fordern nun neue Wege. Es ist an der Zeit, die falschen und kapitalvernichtenden Handlungsweisen in Frage zu stellen und eine andere Abwasserstrategie zu verwirklichen. Entstehungsnahe und verursachergerechte Abwasservermeidung ist der Weg zum Ziel.

Gibt es nur eine Person oder private Organisation oder ein privates Unternehmen, die oder das die Aufgabe der Abwasserbehandlung bzw. Nutzwasseraufbereitung erfüllen kann, ist die Übertragung öffentlicher Aufgabe – also ihre Privatisierung – empfehlenswert, wenn die Aufgabe praktisch von den Betroffenen oder einer von ihnen getragenen Organisation übertragen wird. Genau dieser Sachverhalt war Ansatzpunkt der Initiatoren, den Genossenschaftsgedanken weiter zu vertiefen. Die DEZENT-eG »Genossenschaft zur Entwicklung dezentraler Regionalstrukturen« generiert lokal auf 500 Mitglieder begrenzte Selbsthilfeeinrichtungen. Die LOKALEN Genossenschaften sind selbstständige Wirtschaftsunternehmen und werden von ihren Mitgliedern geschaffen, getragen und unterhalten.

Dezentrale Strukturen

Die bundesweit tätige DEZENT-eG »Genossenschaft zur Entwicklung dezentraler Regionalstrukturen« verfolgt das Ziel, kleinräumige, ressourcenschonende, vernetzte Arbeits-, Wirtschafts- und Ökologiekreise im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes, der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen und den Erhalt von Altbausubstanzen zu schaffen. Mit der Kooperation lokaler Kompetenz- und Bedarfsträger (den Bürgern), organisiert in der Rechtsform von Genossenschaften, sollen lebensnotwendige Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft im Sinne der Nachhaltigkeit geschützt werden.

Die DEZENT-eG ist die Muttergenossenschaft, die das Genossenschaftsmodell den LOKALEN Genossenschaften vermittelt und die wahrscheinlichen Anlaufschwierigkeiten durch den Einsatz externer Spezialisten minimiert. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Entwicklung Durchführung und Sicherung des Betriebs von beschäftigungswirksamen ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Projekten und Dienstleistungen einschließlich der damit verbundenen Projektleitungs- und Projektsteuerungsaufgaben, sowie das Schaffen von Arbeitsplätzen. Die DEZENT-eG betreibt die Förderung von lokalen Genossenschaftsgründungen, deren fachliche, verwaltungsmäßige und technische Betreuung und Weiterentwicklung. Sie kann den Grunderwerb, die Entwicklung, den Bau, die Vermietung, die Verpachtung und die Verwaltung von Wohn- und Gewerbeimmobilien betreiben.

Projektbereich Nutzwasser

Die Geschäftsfelder Umwelt- und Gewässerschutz, Energiegewinnung und -erzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen, nachhaltige Regionalentwicklung, umweltfreundliche Verkehrssysteme (Mobilität) sowie Veredlung regionaler Produkte sind sowohl für den Koordinationssockel als auch für die lokalen Genossenschaften gleichermaßen definiert. Die Stabilisierung und Stützung zielt auf die Entwicklung bzw. Erhaltung von Beschäftigung für die oben angesprochenen Zielgruppen im Bereich kleinbetrieblicher Unternehmensstrukturen. Sie sind in besonderer Weise ständigem Veränderungsdruck ausgesetzt und müssen daher flexibel auf wechselnde Markt- und Produktanforderungen reagieren. Der soziale Zusammenhalt, der in der DEZENT-eG tragende Säule der Unternehmenskultur ist, trägt maßgeblich zur Unterstützung der innovativen Veränderungsbereitschaft bei (Prinzip der lernenden Organisation).

Der Projektbereich »Nutzwasser statt Schmutzwasser« ist bereits ausgebaut. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die nachhaltige, entstehungsnahe Aufbereitung des durch häuslichen Gebrauch verunreinigten Trinkwassers zu Nutzwasser als Beitrag zum kleinen Wasserkreislauf. Die Entwicklung und Realisierung von Gründungs- und Produktideen bis zur Marktreife und die Vernetzung eigenständiger Betriebe vollziehen sich in einem komplexen mittel- bis langfristigen Prozess, der von den Betroffenen (Initiativgruppen oder Betrieben) nicht allein geleistet werden kann. Die unternehmerische Beratung und Begleitung, insbesondere in der Gründungs- und Aufbauphase von lokalen Genossenschaften versprechen eher und schnelleren Erfolg für die lokalen Akteure.

Genossenschaftliches Netzwerk

Das gleichberechtigte Zusammenarbeiten wird dadurch erreicht, dass die lokale Genossenschaft (Primärgenossenschaft) vertreten durch ihren Vorstand Mitglied in der DEZENT-eG wird. Diese Netzwerkstruktur schafft nicht nur Vertrauen, sondern informiert auch auf kürzestem Weg. Das genossenschaftliche Netzwerk kann darüber hinaus gewährleisten, dass Beratungs- und Qualifizierungsprozesse in einer umfassenden Koordinierung, Steuerung und Evaluation initiiert und durchgeführt werden. Aus diesem Grund vereinbaren die Beteiligten des Netzwerks konkrete Regelungen über Zuständigkeiten und Formen der Zusammenarbeit.

Durch lokale Betrachtungen und dem Bedarf angepasste Planungen werden Wertschöpfungsprozesse in der Region generiert. Durch die vernetzte Verbundwirtschaft können ausgehandelte Rabatte eins zu eins in die Region übertragen werden, eingeworbene Fördergelder werden zielgerichtet und transparent in der Region platziert und erreichen den Betroffenen unmittelbar über die lokale Genossenschaft. Das Wirtschaftsunternehmen DEZENT-eG, das von seinen Gründern als Selbsthilfeeinrichtung geschaffen, getragen und unterhalten wird, ist allein darauf ausgerichtet, wirtschaftliche Vorteile für die eigenen Mitglieder und Kunden zu erzielen. Die Großen schlukken insofern nicht die Kleinen, sonder die Kleinen bestimmen, was die Großen zu leisten haben.●

Weitere Informationen: www.dezent-eg.de

BUCHBESPRECHUNGEN

Verstehen und Organisieren – Kommunikation als Kernkompetenz

Kenntnisse über Kommunikation in all seinen Facetten sind notwendig. Nur so können die Verantwortlichen einer Organisation diese entsprechend den eigenen Wünschen und Zielen gestalten. Drei aktuelle Veröffentlichungen geben Hilfen, sich hier auf den gegenwärtigen Stand der Diskussionen und Erkenntnisse zu bringen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Die Anforderungen an die Unternehmenskommunikation in modernen Medien- und Informationsgesellschaften haben sich dramatisch verändert«, so der Klappentext der Veröffentlichung von Karin Kirchner zum Thema Integrierte Unternehmenskommunikation. »Unternehmen müssen zu jeder Zeit, auf allen Kanälen und gegenüber allen Bezugsgruppen Kommunikationsbereitschaft herstellen und erfüllen. Und dies unter Beachtung von Effektivität und Wirtschaftlichkeit.« Erfüllen lässt sich dies durch die Einbindung der gesamten Kommunikation.

Kommunikation integrieren

Die integrierte Unternehmenskommunikation ist ein Thema, das die Kommunikationsbranche seit etwa zehn Jahren bewegt. Die Forderung, alle Kommunikationsaktivitäten konsequent aufeinander abzustimmen, damit Widersprüche vermieden werden und Synergien zum Tragen kommen, leuchtet ein. Doch bleibt die Idee eine Illusion? Was lässt sich wirklich realisieren? Welche Wege führen vom Status quo der zumeist getrennten Zuständigkeiten und Zielsetzungen für PR, Marketing und interne Kommunikation zu schlagkräftigen gemeinsamen Konzepten? Kirchner versucht, in ihrem wissenschaftlich fundiert geschriebenen Buch hierzu Antworten zu geben. In einer theoretischen Bestandsaufnahme im ersten Teil werden die wichtigsten bisherigen Modelle präsentiert und kommentiert sowie ein eigener neuer Vorschlag entwickelt.M

it einer Analyse vorhandener (empirischer) Studien zum Thema schließt die Autorin diesen Teil der Veröffentlichung ab, um anschließend auch eigene empirische Ergebnisse zu präsentieren. Die Arbeit versteht sich zu recht als theoretische Überblicksarbeit, die anhand der Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse (vorliegender Konzepte, Modelle und Studien) und anhand empirischer Bestandsaufnahmen zur Umsetzung der Integration, den Rahmen für aufbauende Arbeiten legt. Fazit: Ein wichtiges, gut lesbares Buch, das die Diskussion zur integrierten Unternehmenskommunikation erstmals theoretisch aufarbeitet und zahlreiche praktische Impulse gibt.

Karin Kirchner: Integrierte Unternehmenskommunikation. Theoretische und empirische Bestandsaufnahme, (Westdeutscher Verlag) Wiesbaden 2001 (2. Aufl. 2002), 355 Seiten, 35,28 EUR.

Events organisieren

Einen Balanceakt zwischen PR, Kundenbindung und Direktmarketing bilden Events. Sie sollen neue Erfolge in der übersättigten Mediengesellschaft bringen. Chancen werden dort gesehen, weil sie der Freizeitorientierung und dem erlebnisorientierten Lebensstil vieler Menschen entgegenkommen. Sicher ist, dass die Bedeutung des Eventmarketings in den kommenden Jahren weiter steigen wird.

Auch wenn die Veröffentlichung, herausgegeben von Michael Hosang, zum Thema Event und Marketing keinerlei politische Bezüge aufweist, können politische Veranstaltungen als »Events« verstanden werden. Sie sind meist erfolgreich im Sinne großer Besucherzahlen, wenn sie eine gelungen Mischung zwischen Information und Ereignis bzw. spannender Inszenierung aufweisen. Unter diesem Blickwinkel könnte das Buch, von Michael Hosang, interessante Anregungen enthalten. Immerhin 14 Autoren behandeln die wichtigsten Bereiche des Themas: Konzeptentwicklung, Projektmanagement, Controlling, aktuelle Trends, Kontakt zu den Medien, Erfolgskontrolle, technische Planung etc. Trotz oder wegen dieser Vielfalt bleibt aber vieles zu oberflächlich. Die Themen werden von den meisten Autoren nur angerissen, ohne sie ausreichend für eine praktische Umsetzung auszuarbeiten.

Michael Hosang: Event & Marketing. Konzepte -Beispiele -Trends, (Deutscher Fachverlag) Frankfurt am Main 2002, 220 Seiten, 52,00 EUR.

Medien visuell gestalten

Mit dem Handbuch »Visuelle Mediengestaltung« führen die Autorinnen in die visuelle Sprache ein und stellen die Bandbreite der grundlegenden Elemente des Grafik-Designs vor. Vermittelt werden die erforderlichen visuellen Kenntnisse. Die Veröffentlichung richtet sich an alle, die sich mit dem Design von Medien fundiert, systematisch und praxisorientiert auseinander setzen wollen. Denn dem Designer kommt im Umgang mit der Bilder- und Informationsflut der Mediengesellschaft eine umfassende Steuerungsfunktion zu. Neue Medien wie das Internet machen hier neue Kompetenzen erforderlich: Aufgabe ist es nicht, schöne Oberflächen zu gestalten, sondern gezielt Wahrnehmungsprozesse zu erleichtern. Der erste Teil des Handbuchs geht auf die visuelle Sprache und deren Wahrnehmung ein. Den Hauptteil bildet das zweite Kapitel, das sich den Gestaltungselementen des Grafik-Designs widmet.

Fortsetzung auf Seite 14

11. September

Haben die Surrealisten das World Trade Center zerstört?

Große Ereignisse werfen nicht nur ihre Schatten voraus, sondern ihnen folgen auch Flutwellen von Publikationen. Eine Katastrophe folgt der nächsten. Und wenn schon der Flügelschlag des Schmetterlings am anderen Ende der Welt einen Tornado auslösen kann, dann haben natürlich auch einstürzende Hochhäuser weltweit ihre Auswirkungen. Der Anschlag vom 11.9.2001 wird als Anlass genommen, uns einzuschwören auf etwas Neues, zumal die Welt nicht mehr wie vorher sei – doch worin besteht die Veränderung? Eins ist sicher, Weltverschwörungstheorien haben Hochkonjunktur und der neoliberale Rollback festigt sich.

1 Wie medienträchtig dieses Ereignis war und ist, sieht man wohl am Besten daran, dass das Rezensionsexemplar – obwohl vor Erscheinen bestellt – bereits in der dritten Auflage ist. Die Rede ist von »Mathias Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.« * aus dem Frankfurter Zweitausendeins-Verlag. Immer häufiger führen große Ereignisse dazu, das Politik und Medien eine unheilvolle – vor allem unkritische – Allianz miteinander eingehen, bei der offensichtliche Fragen einfach ungestellt bleiben. Da, wo Kritik als Hochverrat betrachtet und blindes Mitläufertum zur Heldentat hochstilisiert wird, da bleiben die wahren Opfer immer auf der Strecke. Abgesehen von der Tatsache, dass Opfer scheinbar immer zwei verschiedenen Klassen angehören – hier die »Helden« von New York, dort die afghanischen »Kolleteralschäden« (was für ein grausiges Wort!). Die Mächtigen bestimmen, welche Opfer zu den Guten gehören und welche nicht. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Verhältnismäßigkeit – alles Phrasen, wenn der Pinscher dem Präsi auf den Senkel pinkelt.

Mathias Bröckers, seines Zeichens Wissenschafts- und Kulturjournalist, wollte eigentlich ein allgemeines Buch über Verschwörungstheorie schreiben. Da wo drei Menschen zusammensitzen, könnte – rein theoretisch – schon mal eine Verschwörung von Zweien gegen Einen am köcheln sein. Also, solange es Menschen gibt, gibt es auch den Hang zur Verschwörung. Mehr noch, Bröckers geht davon aus, dass die erste Verschwörung die »Bio-Konspiration« vor ca. 3,5 Milliarden Jahren war, wo sich einzelne Moleküle dranmachten sich in Gruppen zusammenzuschließen, mit dem Ergebnis fortpflanzungsfähige Einzeller (= Leben) herzustellen. Demnach sind Verschwörungen Alltäglichkeiten. Und so beginnt Bröckers mit der Bio-Konspiration, dem »Akte X«-Phänomen, bis zurück zu den Tempelrittern und der Geldverschwörung, den sogenannten »Weisen von Zion« oder den Illuminaten. Mit den Ereignissen am 11.9.2001 galt es nun das Phänomen der Verschwörung, sozusagen in Echtzeit zu dokumentieren, denn alle Anzeichen für ein Verschwörung waren gegeben: Ungereimtheiten, Widersprüche, undurchsichtige Hintergründe und diverse Geheimdienstoperationen.

Von Beginn an gibt es mehr Fragen als Antworten. So beginnt Bröckers in einer ausgezeichneten Schreibe mit den allgemeinen Verschwörungen und ihren Theorien, dokumentiert dann eine Art Internet-Tagebuch rund um den 11.9. – mit z.T. Korrekturen, die sich im Nachhinein ergeben haben – um dann mit 100 Fragen zu enden, die bis heute zu den Umständen der Ereignisse um den 11.9. unbeantwortet geblieben sind.

Eine unsägliche Fülle von Ungereimtheiten bleiben bestehen. Das Buch gibt keine Antworten. Es regt an, selbst zu recherchieren (»Zweimal täglich googeln«). Es läuft allerdings auch Gefahr, das die Verschwörung, oder warum auch immer so viele Geheimnisse bleiben, zur ideologischen Frage werden. Die letzte Frage: »wer steht hinter all dem?«, wird so in aller Deutlichkeit noch offen bleiben müssen.

Das Buch liest sich wie in Krimi, in dem mensch selbst hineingesogen worden ist, und Gefahr läuft, sich selbst zu verlieren. Ein (Lese-)Abenteuer, dessen schreckliche Realität uns Gewissheit verschafft, dass nichts mehr so ist, wie es vorher war.

2 Eine andere Realität, eine dieser Konsequenzen aus den WTC-Einsturz, erlebt derzeit Frankreich. Dieses Land, gerade mit Müh und Not einer Präsidentschaftswahl entkommen, bei der der Rechtsradikale Le Pen gesiegt hätte, erlebt derzeit eine Diskussion, die einzigartig ist. Jean Clair, Generalkonservator des nationalen Kulturerbes in Frankreich und seit 1989 Direktor des Pariser Picasso-Museums schreibt einen aufsehenerregenden Artikel in der »Le Monde« vom 22.11.2001. Er zieht eine Linie von der surrealistischen Bewegung der 20er Jahre bis zum »Pariser Mai 1968«, die unausgesetzt den Untergang des Abendlandes beschworen, und somit Schuld daran hätten, dass heute Islamisten Terroranschläge verüben. Das heißt, die Moderne wird denunziert, ihr wird der emanzipatorische Charakter des 20. Jahrhunderts abgesprochen. Jene (Kunst-)Avantgarde, die aus den Trümmern zweier Weltkriege gegen den vorherrschenden Wahnsinn angingen, werden jetzt diffamiert als Gewaltverherrlicher, als Anti-Amerikaner, als Propagandisten des Morgenlandes. Als ob ihre Gegner, die Verursacher jener Weltkriege, abendländische Tugenden vertraten, die es Wert seien, gehuldigt zu werden.

Heiner Becker, profunder Kenner des Surrealismus, leitet die auf Clair's Artikel folgende Debatte eben mit jener provokanten Frage »Haben die Surrealisten das World Trade Center zerstört?« ** ein. »Es ist banal geworden, wie sehr die Attentate vom 11. September die Urteilsfähigkeit der westlichen Intelligentsia eingeschränkt haben«, beginnt Annie Le Brun ihren Beitrag zur Erwiderung auf die Thesen des Direktors des Picasso-Museum in Paris. Diese Feststellung ist in weiser Voraussicht nicht nur auf französische Intellektuell beschränkt. Es sind auch nicht nur die »Gedankenspieler«, die hier, gleich unserem Kanzler Schröder im neoliberalen Sog von Mr. Bush vorauseilend buckeln. Die Debatte der französischen Intellektuellen ist spannend, und dankenswerterweise hier nachzulesen. In Deutschland gibt es schon gar keine Geistesgrößen mehr, die sich im Gleichklang der Medien, überhaupt noch differenziert äußern können – außer sie spielen gleich das Liedgut der Rechtsradikalen á la Walser usw.

Der Verlust von Schwarz/Weiß-Mustern seit 1989 treibt uns in einer Kloake konservativer Zügellosigkeit immer weiter ab. (Ostermärsche unter der Beteiligung serbischer Massenvergewaltiger, Autonome, die die israelische Fahne zum Kult erheben, durchgeknallte Palästinenser, die ihre Kinder mit Sprengstoffattrappen auf Demos durch Berlin tragen, Rechtsradikale, die sich als »National-Anarchisten« bezeichnen usw. usf.)

Es war wohl nie so wichtig wie heute (Linke) Medien zu schaffen, die wirklich Denkanstöße bieten, die die Ereignisse hinterfragen, Zusammenhänge versuchen aufzudecken. Der Mainstream wird immer gewaltiger – desto kostbarer werden z.B. die beiden genannten Bücher, um seinem Denken wider dem verheerenden Zeitgeist entkommen zu können.●

Jochen Knoblauch

* Mathias Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9. Verlag Zweitausendeins Frankfurt/M. 2002 / 358 S. / 12,75 EUR

** »Haben die Surrealisten das World Trade Center zerstört?« (S. 6-64) in: Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Heft 204 (2/2002). Edition Nautilus Hamburg / 64 S. / 6 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 13

Das Buch hält auch zahlreiche Aufgaben in Form von manuellen Gestaltungsübungen und Teamübungen parat und sensibilisiert so für Formen, Farben, Schriften, Kontraste und Kompositionen. Viele Übungen werden durch Arbeitsblätter, Aufgabenstellungen, Layouttexte, Schriftmuster und Alphabete auf der beiliegenden CD-ROM ergänzt und unterstützt. Im dritten Teil erfährt die LeserIn, wie sich gezielt, strukturiert und kreativ Webdesign konzipieren und präsentieren lässt. Fazit: Das Buch bietet einen guten Überblick über viele relevanten Themen im Bereich Kommunikationsdesign. Es ist übersichtlich gestaltet und enthält viele nützliche Beispiele. Fehler sind im Kapitel über Farbe enthalten und im Typografie-Teil wurde einiges zu stark vereinfacht. Dennoch insgesamt eine empfehlenswerte Einführung ins Thema.

Susanne P. Radtke / Patricia Pisani / Walburga Wolters: Handbuch Visuelle Mediengestaltung: Visuelle Sprache – Gestaltungselemente des Grapfik-Design -Konzeption im Webdesign, (Cornelsen Verlag) Berlin 2001, 320 Seiten, beiliegende CD-ROM, 34,90 EUR.

7. Linke Literaturmesse

Freitag, 24. Januar bis Sonntag, 26. Januar 2003
im (Ex-) KOMM (K4), Nürnberg, Königstr. 93

Das 1996 gestartete Experiment, linke Literatur samt ihren AutorInnen und VerlegerInnen für ein Wochenende nach Nürnberg zu holen, ist zu einer überregionalen Institution geworden. Ein Wochenende lang stellen hier und 50 linke Verlage gesellschaftskritische Literatur vor. Es finden Lesungen und Diskussionen statt und an den Ständen können auch Bücher gekauft werden.

Neben der Diskussion an den Ständen bestand letztes Jahr auf 22 Veranstaltungen die Gelegenheit, mit AutorInnen sowie Buch- und Zeitschriftenverlegerinnen zu diskutieren: Krieg-Frieden, Esoterik-Kritik, Antifaschismus, Internationale Solidarität und revolutionäre Bewegungen waren Themen der Veranstaltungen.

Weitere aktuelle Infos über das Organisationsbüro der LLM im Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 22 50 36 Fax: 0911 / 27 26 027
e-mail: Gostenhof@web.de

VeranstalterInnen sind:
* Metropolitan - Archiv & Bibliothek Eberhardshofstr. 11, 90429 Nürnberg
* Gostenhofer Literatur- und Kulturverein e.V. (Libresso) Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg

www.linke-literaturmesse.org

Gefangen zwischen Terror und Krieg?

Nahezu täglich erreichen uns Nachrichten aus Israel und Palästina, die über Gewalttaten beider Konfliktparteien berichten. Ein Ausweg aus der Eskalation von israelischer Besatzungspolitik und palästinensischer Selbstmordattentate scheint nicht in Sicht.

In »Gefangen zwischen Terror und Krieg?« befassen sich die Autorinnen und Autoren mit den sozialen und politischen Hintergründen, entwickeln Lösungsansätze oder beschreiben und kritisieren die gesellschaftlichen Kräfte und Ideologien, die eine friedliche Entwicklung verhindern. Einig sind sie sich in ihren Beiträgen darüber, dass weder auf Seiten der israelischen Regierung noch der palästinensischen Autonomiebehörde hoffnungsvolle Anzeichen für eine Lösung durch Verhandlungen zu finden sind. Deshalb stehen im Mittelpunkt des Interesses die sozialen Bewegungen auf beiden Seiten und die Chancen oder Möglichkeiten, die den Friedensprozess forcieren Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Gruppen und Organisationen in Israel selbst, die sich für ein Ende der Besatzung und für eine friedliche Lösung einsetzen; sei es durch gemeinsame Aktionen von Israelis und PalästinenserInnen oder sei es durch die eigene individuelle Entscheidung, sich dem Dienst in der israelischen Armee zu verweigern. Auf palästinensischer Seite kommt eine zentrale Bedeutung der Forderung zu, die Selbstmordanschläge zu beenden und demokratische Reformen einzuleiten.●

Diego

Gefangen zwischen Terror und Krieg? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Geschichten – Analysen – Positionen, Herausgegeben von Rudi Friedrich, Connection e.V: 144 Seiten; 12,00 EUR, ISBN 3-931786-29-3, Trotzdem Verlagsgenossenschaft trotzdemusf@t-online.de, www.trotzdem-verlag.de

Handbuch der Raubdrucke

Raubdrucke, spontane Bedarfsprodukte der politischen Raubdruckbewegung der 68er und ihrer Folgen, sind in dem soeben erschienenen »Handbuch der Raubdrucke« Gegenstand historischer Darstellung und Dokumentation, diesmal auf CD-ROM. Die geheime Geschichte der Raubdruckbewegung vermerkt, dass die Leser von raubgedruckten Texten – von A wie Adorno bis Z wie Zeitschrift für Sozialforschung – und der Verfasser dieses Werkes ihren Bedarf in dem legendären Frankfurter »Karl-Marx-Antiquariat« auch bei einem gewissen Joschka Fischer decken konnten. Die Ermittlungsbehörden in Frankfurt rätseln noch heute, wohin er sich abgesetzt haben könnte. Ferner sind abgedruckt: Der interne Bericht des Börsenvereins für den Staatsanwalt, die höchst geheime Zustandsbeschreibung des damaligen literarischen Untergrunds aus der Sicht des Bundeskriminalamtes, die zwischen 1969 und 1999 erschienenen Raubdrucke von Werken Walter Benjamins. Das Standardwerk zur Geschichte und Verlagsgeschichte von Raub-und Nachdruck.●

Diego

Albrecht Götz von Olenhusen: Handbuch der Raubdrucke. Bibliographie, Bericht, Dokumente. CD-ROM. Freiburg: Aarhouse, Baslerstr. 8, D-79100 Freiburg. 69 EUR

Frauenprojekte: Neues Adressenverzeichnis

In Nordrhein-Westfalen entstand in den letzten 20 Jahren ein Netz von autonomen feministischen Frauen- und Mädchenprojekten, Einrichtungen und Initiativen. Von Aachen bis Zülpich findet frau Beratungsstellen, Frauenhäuser, Frauentreffs und -cafés, sowie Projekte für Lesben, Aussiedlerrinnen oder Prostituierte. 91 Vereine mit mehr als 100 Projekten und Einrichtungen sind im Paritätischen Wohlfahrtsverband organisiert. Das dazu gehörende Adressenverzeichnis »Frauen innovativ« ist neu aufgelegt worden und kann gegen Porto angefordert werden bei: Der Paritätische NW e.V., Fachgebiet Frauenprojekte, Camillo-Sitte-Platz 3, D-45136 Essen, Tel. (02 01) 895 33 17, E-Mail: ute.fischer@paritaet-nrw.org●

Jahrbuch Online

Das »Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften« Nr. 1 (AG SPAK Bücher) ist jetzt online. Neben der Printausgabe stehen alle Beiträge des Buches kostenlos im Web (www.leibi.de/jahrbuch) zur Verfügung. Ausgewählte Artikel des Jahrbuch stehen auch in englischer Sprache online zur Verfügung.

Aus dem Editorial: »Das Jahrbuch berichtet über aktuelle Entwicklungen des Wirtschaftens jenseits von marktwirtschaftlicher Profitorientierung und staatlicher Bürokratie. Ausgangspunkt ist die Frage, wie anderes, selbstorganisiertes, nicht von den Verwertungsinteressen der Kapitaleigner geleitetes Wirtschaften heute aussehen kann. Die Beiträge umfassen Themen wie: Neue Unternehmensformen, Aktuelle Entwicklungen im Genossenschaftssektor, Die Welt des Geldes, Wirtschaften ohne Geld, Soziales. Im Länderschwerpunkt werden besonders interessante Projekte in den Niederlanden, mit ihrer europäischen Perspektive dargestellt.

Die europäische Ausrichtung des Jahrbuchs wird auch durch jeweils eine englisch- und eine deutschsprachige Ausgabe deutlich.«●

Waldemar Schindowski

Weitere Information:
AG SPAK Bücher, Holzheimer Str. 7, D-89233 Neu-Ulm
www.leibi.de/spak-buecher
email. spak-buecher@leibi.de

Archiv der Jugendkulturen

Zwei Neuerscheinungen – ersteres im November 2002, letzteres im Januar 2003 hat das Berliner Archiv der Jugendkulturen angekündigt (www.jugendkulturen.de):

Der Hanfreport

Kiffen ist normal. Jede/r vierte Zwölf- bis 25jährige hat es schon getan. Und es werden immer mehr. »Legalize it!« fordern seit Jahren nicht nur KonsumentInnen, sondern auch Wissenschaftler und sogar – immer häufiger – die Polizei. Der »Hanfreport« zeichnet die Entwicklung dieser Bewegung nach und liefert umfangreiche Fakten und vielfältige Meinungen zum Thema – reichlich Diskussionsstoff nicht nur für Jugendclubs und Erwachsene, sondern auch für ratlose Politiker.

Tom Rocker (Hrsg.): Der Hanfreport, ISBN 3-936068-10-0; 168 Seiten; 15 EUR

Fluchtpunkt Neonazi

Eine »braune RAF« existiert in Deutschland nicht, verkünden Staatsschützer immer wieder. Stefan Michael Bar war einer der wenigen Neonazis, dem sie den Aufbau einer rechtsextremen Terrororganisation zutrauten: Ein Fanatiker, getrieben von glühendem Antisemitismus und Hass auf den deutschen Staat, Aktivist der »Anti-Antifa«, in mehrjähriger Haft »gestählt«. Und plötzlich – ein »Aussteiger«. In diesem Buch – Herausgeber: die renommierten Szenekenner Klaus Farin und Rainer Fromm – erzählt Stefan Michael Bar seine Geschichte.

Stefan Michael Bar: Fluchtpunkt Neonazi – Eine Jugend zwischen Rebellion, Hakenkreuz und Knast. ISBN 3-936068-07-0; 156 Seiten; 15 EUR●

Diego

Hunger ist der beste Koch

Der Titel »Hunger ist der beste Koch« ist Programm. »Karge Zeiten auf der Rauen Alb« werden beschrieben in »Rezepten und Geschichten«.. Es ist ein kritischer Blick auf die »guten alten Zeiten« und stellt eine weithin unbekannte Überlebenskultur vor – zum Nachkochen und Ausprobieren..

Wer weiß schon, dass die Hochfläche der Alb, das quer zum Schwarzwald stehende süddeutsche Mittelgebirge die wasserärmste Gegend Deutschlands ist? Zudem kalt und windig und nur mit einer äußerst dünnen Erdkrume überzogen?

In den Karten der Gourmet-Guides ist dieser Landstrich weiß und leer – kulinarisches Brachland. Ausgerechnet hier wird nun den Leuten in die Töpfe geschaut. Weil sich über kaum etwas die Kultur einer Gegend besser vermitteln lasse als über das, was die Leute essen, und wie sie es tun.

Damit ragt dieses Kochbuch konträr aus der Flut der Neuerscheinungen zwischen low fat und exotisch. Nur vordergründig kommt es als Kochbuch daher, als ein Buch für jedefrau und jedermann. In Wirklichkeit geht es jedoch um herzhafte wissenschaftliche Inhalte, historischer, kultureller, soziologischer Art, die hier ihrer – ansonsten eher elitären – Normalität entrissen werden. Einfach zum auf der Zunge Zergehen Lassen..

Die uralten Rezepte, teilweise handgeschrieben vorgefunden, beginnen nicht einfach mit »man nehme« – man hatte zunächst einmal ja gar nicht! Das Kapitel z.B. »Mr hants Bacha« umfasst deshalb nicht nur das Kneten des Brotteigs und das Einschießen, sondern fängt mit der Holz- und Reisigbeschaffung im Wald an, beschreibt u.a. die bis heute vollzogenen Rituale beim Auslosen der Backzeiten und auch, dass man im Backhaus, wenn man morgens um vier Uhr aufstand, ein auch noch so zähes Suppenhuhn bis zum Mittagessen weichkochen konnte – es durfte sich bloß nicht um die »Ofenhenne« handeln, die man lange Zeit als jährliche Steuer für den Besitz einer Feuerstelle an den König abzugeben hatte. Eine Vielzahl aussagekräftiger historischer Fotos, ergänzt durch neue Aufnahmen noch vorhandener Traditionen, vermittelt authentisch die Härte des Alltags auf der Alb und vermeidet jede falsche Idyllisierung.

In Geschichte und Geschichten fließen immer wieder Teile der originären Sprache ein. In der erhaltenen, manchmal bizarren Fremdheit der Sprache liegt ein zusätzlicher Reiz, der Unterhaltungswert besitzt – genauso wie der oft beißende Witz der Rauhen Älbler.

Bei all dem erfüllt das Kochbuch modernste Ansprüche: Leute, die sparen müssen, finden hier Rezepte, deren Zutaten fast nichts kosten. Leute, die abnehmen wollen, sollten sich vielleicht einmal eine Alb-Diät zusammenstellen. Alle, die Spaß am Kochen und an Kochbüchern haben, werden hier auf erstaunliche Neuigkeiten stoßen. Und wer an Kultur- und Landesgeschichte interessiert ist, bekommt hier einen völlig neuartigen und unterhaltsamen Zugang geboten.

Eine sinnliche Reise zu einer der unbekanntesten und kärgsten Landschaften Deutschlands.●

Eugène Rieser

»Hunger ist der beste Koch – Karge Zeiten auf der Rauen Alb – Rezepte und Geschichten« von Gudrun Mangold, erschienen im Silberburg-Verlag Tübingen, Oktober 2002, 144 S., 19,90 EUR. (www.silberburg.de)

Westküstenblues

Georges Gerfaut ist leitender Angestellter eines Konzerns in Paris. Dynamisch, erfolgreich, glücklich verheiratet, zwei kleine Töchter. Er macht mit seiner Familie Urlaub im Südwesten Frankreichs. Beim Baden im Meer versuchen plötzlich zwei unbekannte Männer, ihn umzubringen. Er weiß nicht warum. Als er am nächsten Tag von den gleichen Killern wieder angegriffen wird, flieht er, statt zur Polizei zu gehen, ins Zentralmassiv. Aber auch dort ist er nicht in Sicherheit. Nun schlägt der gejagte Gerfaut zurück: er muss sich die Killer vom Halse schaffen und deren Auftraggeber finden ...

Der Autor, Jean-Patrick Manchette, geb. 1942 in Marseille, gilt als Leitfigur des neuen sozial-kritischen Kriminalromans (néo polar). Er arbeitete als Drehbuchautor und schrieb zehn Kriminalromane, von denen die meisten verfilmt wurden. 1995 starb Manchette im Alter von nur 52 Jahren in Paris. In diesem Jahr wäre der Schriftsteller 60 Jahre alt geworden.●

Diego

Jean-Patrick Manchette: Westküstenblues. Aus dem Französischen von Stefan Linster. DistelLiteraturVerlag 2002, 169 Seiten, 10,80 EUR / 18,80 sFr, ISBN 3-923208-62-6

PROJEKTE

KommFrei, Initiative für eine neue Großkommune, verhandelt über 2 Immobilien. Eine Fabrik in Thüringen und eine Klinik im Badischen. Wir brauchen dringend mehr Leute. Bei Interesse wendet euch an
KommFrei, Sulzburger Weg 5b, D-79427 Eschbach
E-Mail: Kommfrei@gmx.de

JOBSUCHE

M, 32, PHP/MySql-Programmierer (Bioverfahrenstechnik studiert) sucht andere Tätigkeit (anders leben, anders arbeiten), gerne mit umwelttechnischen oder politischen Bezug, oder Gleichgesinnte.
E-Mail: xxnxx@web.de

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Streifzüge 3/2002

Martin Dornis:
Anti-Politik ist eine Möglichkeit
Franz Schandl:
Kommunismus oder Klassenkampf?
Ernst Lohoff:
Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit. Zur Freien Software
Franz Schandl:
Der unterschätzte Schwiegersohn Zu Paul Lafargue
Robert Kurz:
Politische Ökonomie der Menschenrechte
Franz Schandl:
To catch with the eyes. In den Fängen des Netzes. Zum Netzstrumpf
Franz Schandl:
Appetitio in Prospectu oder: Kant und Hegel vor dem Sexshop
Roger Behrens:
Eine kleine Bemerkung zur Liebe
Gerold Wallner:
Schlaf gut
u.a.

Erscheint 3 x jährlich
PROBEHEFT GRATIS!

Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien
E-Mail: streifzuege@chello.at
http://www.widerspruch.at/streifzuege

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Zeitungen für Gefangene

Mendelson, Berlin. Foto: Martin Langer

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dämmacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

Das neue Magazin von ak – analyse & kritik

Themen:
- Zum Gebrauchswert von Poststrukturalismus und „Empire"
- Biopolitische Produktionsweisen
- Migration im biopolitischen Imperium
- Feministische Kritik von Biopolitik
- Biomacht als Todesmacht
- Geschichte des (Post-)Operaismus

erscheint 2 x pro Jahr, 68 Seiten
4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen
(Fantômas ist im ak-Abo enthalten)

Bestellungen an:
fantomas@akweb.de
ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175

iz3w

»... über die Jahre im Spitzenfeld politischer Zeitschriften überhaupt...« WDR

Die iz3w berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft € 4,- Abo € 32,- / erm. € 26,-

Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt
iz3w ▸ Postfach 5328 · D-79020 Freiburg · Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

SoZ Sozialistische Hefte 2
für Theorie und Praxis 5 Euro
Sonderheft der SoZ · 48 Seiten · 5 Euro
Bestellungen an (5-Euro-Schein liegt bei):
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75–77 · D-50674 Köln

Kultur und Emanzipation

Terry Eagleton gibt einen geschichtlichen Überblick über die marxistischen Debatten zur Kultur **Hanna Behrend** erinnert an das schwierige Verhältnis von Arbeiterliteratur und »sozialistischem Realismus« **David Harvey** fragt nach der Rolle der Kunst im Rentierkapitalismus **Christoph Jünke** kritisiert die linke Identitätskritik der 90er Jahre **Francis Mulhern** untersucht die Politik der »Cultural Studies« **Helmut Dahmer** erinnert an den linken Sozialpsychologen Alfred Lorenzer

SoZ – Sozialistische Zeitung
monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition.

Probeausgabe kostenlos.
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 5-Euro-Schein.

SoZ-Verlag
Dasselstraße 75–77
D-50674 Köln
E-Mail <redaktion@soz-plus.de>
Webseite <www.soz-plus.de>

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Bunte Seiten
Verzeichnis alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe
Mit Reader der AlternativMedien

13.500 ausgewählte Anschriften alternativer Bewegungen

Sonderseiten:
Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie
Kommunen, Umsonstläden

CONTRASTE Ausgabe 2003+

BUNTE SEITEN 2003+

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen mit Reader der AlternativMedien im Innenteil – ist gerade erschienen. Das Verzeichnis enthält neben ca. 13.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe auch wieder Sonderseiten mit redaktionellen Beiträgen zu den Themen Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie, Kommunen und Umsonstläden.

Die Anschriften aus der BRD, Österreich und der Schweiz sind nach Postleitzahlen und Rubriken sortiert, der internationale Bereich nach Ländern.

Der »Reader der AlternativMedien« im Innenteil stellt ca. 1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc. vor. Desweiteren werden Verlage, Freie Radios und Film & Videogruppen aufgeführt.

CONTRASTE e.V. (Hg.): BUNTE SEITEN 2003+, 300 Seiten, 23,5 X 29,7 cm, Zeitsprung Verlag Heidelberg, ISBN 3-924085-06-4, 18 EUR, XX sFr

Bestellt werden können die BUNTEN SEITEN 2003+ zum Preis von 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Kommunen

Unter der Rubrik GEMEINSCHAFTEN sind in der Neuauflage der BUNTEN SEITEN 2003+ 191 ausgewählte Anschriften Selbstorganisierter Lebensgemeinschaften aus dem deutschsprachigen Raum und 304 internationale Adressen zu finden.

AlternativMedien

1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 20.-22.12.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

RADIKAL REISEN

USA – New York:
New York City ein Jahr danach
New York als die Weltstadt an der Ostküste der USA war über viele Jahrzehnte nicht nur Ziel endloser Touristenströme, sondern auch Kristallisationspunkt zahlreicher sozialer und politischer Konflikte. Schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 war New York auch immer wieder Schauplatz rassistischer Ausgrenzungen und Diskriminierungen. Unsere Reise wird sich über ein Jahr nach den Anschlägen mit den Folgen der Ereignisse vom September 2001 für die Stadtpolitik und dem Bild New Yorks beschäftigen. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die bereits vorher von Repression und Überwachung geprägte Innenstadtpolitik der Weltmetropole. Wir werden uns dazu mit politischen Jugendorganisationen treffen, unter anderem unserem Partner Young Democratie Socialists (ydsusa.org), die sich kritisch mit der aktuellen Politik und den Ereignissen in New York und in den USA auseinandersetzen und hiergegen Aktivitäten organisieren.
Termin: 28.12.02 bis 11.1.03
Preis: ca. 650 EUR
Diese Reise wird angeboten von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen, VSB e.V. Weitere Infos und Anmeldung unter:
maengel@sozialliberal.de

Nicaragua
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua
Die Zielsetzung der Reise soll sein, von den Gruppen dort zu erfahren, wie linke politische Arbeit in einem völlig veramten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen kann. Welche Themen da wichtig werden, welche Formen der Partizipation und der Politisierung angestrebt werden. Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua soll geklärt werden, was von dem Sandinismus noch zu erwarten ist und mit den Partnern soll diskutiert werden, wie eine Politik aussehen kann, die im betroffenen Land die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft. Das Oberthema sollte zwischen »Krise des Sandinismus im neoliberalen Nicaragua« und »Auswirkungen der Globalisierung auf die nicaraguanische Alltagskultur und das dortige politische Leben« liegen. Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir jedoch die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.
Keine Sorge.
Termin: 2003
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org

JUNGE LINKE

Staat schlägt sich, Staat verträgt sich
Wir wollen auf diesem Seminar die Völkerfreundschaft nach ihrer leichenträchtigsten Seite anschauen: Dem Krieg. Der Krieg gegen den Irak ist in Vorbereitung und steht für einen längeren Feldzug: Den Krieg gegen den Terror. Anhand dieser Auseinandersetzungen, wollen wir versuchen Antworten auf die Fragen zu finden, warum es trotz aller beteuerten Lehren aus den Weltkriegen in den letzten Jahrzehnten zig Kriege gab. Auch der allseitige Wille zum Frieden hat nicht zum Ende solcher Schlächtereien geführt. Vielleicht gibt ja der Inhalt des Friedens, der da gewollt wird, Auskunft über die Gründe des Krieges? Letzte These wollen wir u.a. an den Verteidigungspolitischen Richtlinien der »Wir haben aus Auschwitz gelernt«-Republik Deutschland prüfen.
Die UNO ist bekanntlich dafür da für Frieden zu sorgen und dafür auch mal einen Krieg mit ihrem Mandat auszurüsten. Was ist das für ein Club, in dem sich alle Staaten der Welt gegenseitig mitteilen, was sie von verschiedenen militärischen Konflikten halten, ob bestimmte Beziehungen zu Staaten zu unterbleiben haben (Irak) oder ob man einen Krieg machen darf? Grundlage der Diskussion in dieser Runde ist das Völkerrecht. Auf das aber auch geschissen werden kann, wenn die Nato auf Jugoslawien Bomben wirft und das mit dem Menschenrecht begründet. Völkerrecht und Menschenrecht, was sind das für Rechte auf die sich Staaten mit ihren Aktionen beziehen und wer garantiert die Rechte?
Die WTO und der IWF sind ebenfalls Institutionen, in denen sich die Staaten rumtreiben. Verhandelt werden dort wirtschaftliche Dinge der internationalen Völkerfamilie. Irgendwie ist allen klar, dass die Wirtschaft mit den Kriegen was zu tun hat. Aber wie? Der Irak will doch Öl verkaufen, aber darf das nur in einem bestimmten Rahmen (oil for food). Und der Irak soll ja auch nicht der USA einverleibt werden, sondern nur eine andere Führung bekommen. Vielleicht geben ja die wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten und ihre Zwecke etwas dafür her, warum ein Krieg immer mal wieder fällig ist. Und vielleicht geht es hier auch gar nicht um Raub und der unmittelbare Zugriff auf Rohstoffe ist gar nicht Grund des Krieges.
Termin: 20.-22.12.2002, Thüringen

Jagd auf Roter Oktober
Sieht mensch einmal von den kümmerlichen Überresten in China, Kuba und Nordkorea ab, so fällt unmittelbar auf: der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linken Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Geschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern. Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen). Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe ihres Scheiterns bzw. der Verlauf ihrer Entwicklung nicht nur in sogenannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch auch ohne Kommunist zu sein, zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik? Also, wenn Du Lust hast mit zu diskutieren: anmelden und vorbeischauen!
Termin: 31.1.-2.2.2003
Anmeldung & Information:
Junge Linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26, Fax 838 60 11
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

Fight the borders of biology and sience
Im Biologieunterricht sieht das einfach aus. Da gibt es Männer und Frauen, gesunde und kranke, normale und behinderte Menschen. Durch scheinbar objektive »naturwissenschaftliche Einordnung« wird festgelegt, wer in dieser Gesellschaft wie »behandelt« wird. Aber das Wirken der Biologie beschränkt sich nicht nur auf die Kategorisierung von Menschen. Es wird auch immer wieder versucht, biologisch zu erklären, was in dieser Gesellschaft vor sich geht. Diese Erklärungsversuche und Kategorisierungen kritisch zu hinterfragen scheint unmöglich, denn schließlich gilt, was einmal wissenschaftlich erforscht wurde, als objektiv wahr, wertneutral und exakt. Wissenschaft bildet die Umwwelt aber nicht einfach ab, sondern konstruiert sie jedes Mal aufs neue. Wir wollen uns auf dem Seminar kritisch mit der scheinbaren Objektivität der Wissenschaft, Begriffen wie Geschlecht, Normalität und Gesundheit auseinander setzen.
Termin: 10.-12.1.2003, Gelsenkirchen

Zieh' Dich aus, Unsichtbarer!
Inzwischen ist der Begriff sogar im RTL-Nachtjournal angekommen: Neoliberalismus. Es geht irgendwie um mehr Freiheit der Bürger, weniger Bürokratie, mehr Leistungsbereitschaft, weniger Sozialstaat. Die GlobalisierungskritikerInnen sind dagegen, die FDP dafür, die Grünen wissen nicht so genau, und bei der SPD weiß man sowieso nie. Wir wollen uns auf diesem Seminar eingehender mit Neoliberalismus, seinen Quellen und Ursachen beschäftigen.
Termin: 25.-26.1.03, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke,
Herner Str. 79, D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 72, Fax 57 96 78 74
E-Mail: lqf@lqf.de

GLOBALISIERUNG

Globalisierung – was steckt dahinter?
Spätestens seit den Massenprotesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua ist der Begriff der »Globalisierung« in aller Munde. Doch was steckt konkret dahinter? Was bedeuten all die Begriffe im Schlepptau: WTO, GATT, GATS, Finanzmärkte, Tobin-Tax, MAI und Co.?
Das Seminar zeigt internationale Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik auf, versucht ideologische und neoliberale Argumente zu entlarven und beschäftigt sich mit den Folgen für das Gemeinwesen. Dieses ist bedroht, wenn es rein wirtschaftlichem Kalkül unterworfen wird, politische Spielräume werden enger, der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Es soll aber auch aufgezeigt werden, dass eine anders verstandene Globalisierung Chancen für positive Veränderungen bergen kann. Hier und an vielen Orten der Welt setzen sich Menschen dafür ein. Auch darum soll es am Wochenende gehen.
Das Seminar wird von attac Hamburg, dem UmweltHaus am Schüberg und KED (Kirchlicher Entwicklungsdienst veranstaltet. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 70 EUR, ermäßigt 35 EUR (inkl. Verpflegung und Übernachtung).
Termin: 21.-23.2.2003
Wegen der begrenzten Zahl der Plätze wird um rechtzeitige Anmeldung an den Kirchlichen Entwicklungsdienst, Wulfsdorfer Weg 29, D-22949 Ammersbek gebeten.
☎(0 40) 605 26 03, Fax 605 25 38
E-Mail: info@ked-nordelbien.de

GELD & ROSEN

Neues Programm
Druckfrisch – in zarten gelben Streifen liegt das neue Programm von »Geld & Rosen« auf dem Tisch. Die in der Eifel ansässige Unternehmensberatung für Frauen stellt darin ihre Arbeit und den bundesweiten Seminarplan für das Jahr 2003 vor. Das Angebot wurde ausgeweitet, insbesondere im Bereich Steuern und Buchhaltung für Unternehmerinnen. Zum anderen gibt es ein breiteres Seminarangebot auch in Ostdeutschland.
Interessierte können entweder im Internet weitere Informationen erhalten:
www.geld-und-rosen.de
oder das kostenlose Programm bestellen bei: Geld & Rosen, Bahnstr. 35,
D-53894 Mechernich
☎(0 24 43) 46 24, Fax 87 94

BUKO

Der Konflikt in Israel und Palästina
Das Seminar wird in vier Workshops gegliedert, deren Ergebnisse am Sonntag zusammengeführt werden. Am Freitagabend wird es verschiedene Input-Referate geben.
Workshop 1: Der Islam – neuer Antisemitismus und alte Missverständnisse.
In vielen arabischen Ländern erlebt der Antisemitismus einen neuen Aufschwung: von der Verfilmung der »Protokolle der Weisen von Zion« bis zum »Jüdischen Finanzkapital«.
Workshop 2: Israel in Gefahr?
Zeichnen sich im strategischen Gefüge zwischen den USA und Israel sowie im arabischen Raum Änderungen ab? Ist Israel der neue »Antichrist«?
Workshop 3: Antisemitismus in Deutschland.
Ist der aktuelle Antisemitismus in Deutschland mehr als nur ein Standortnachteil? Wie unterscheidet sich der Antisemitismus der bürgerlichen Mitte von dem der Linken?
Workshop 4: Palästinensische Diaspora in Deutschland.
Wir wollen mehr über die palästinensische Diaspora in Deutschland erfahren, um etwaigen Pauschalisierungen – alles Extremisten! – ein differenziertes Bild gegenüber stellen zu können, gleichzeitig aber auch ein Bild von den Islamisierungstendenzen in palästinensischen Organisationen zu gewinnen.
Termin: 24.-26.1.2003

Die Rolle des Staates in der Weltwirtschaft
Für EinsteigerInnen: In den zentralen entwicklungspolitischen und internationalen Debatten der 90er Jahre ging es immer wieder um das Verhältnis von Staat bzw. Politik auf der einen Seite und der Macht der Ökonomie bzw. der Transnationalen Konzerne auf der anderen Seite. Das Seminar wird sich am Beispiel konkreter Kampagnen mit der Politik (supra-)staatlicher Institutionen bei der neoliberalen Globalisierung auseinandersetzen. Mit neueren Ansätzen (Gramsci, Althusser, Poulantzas, Arendt) sollen dann die in den Kampagnen vertretenen staatstheoretischen Ansätze analysiert werden.
Termin: 21.-23.2.2003
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 28 05 51 22
E-Mail: bukohh@t-online.de

STIFTUNG MITARBEIT

Methodenwerkstatt Moderation
Wie können mit aktiver Moderation und Formen der Visualisierung Teamsitzungen, Workshops und Seminare lebendiger und effizienter gestaltet werden? Vorgestellt werden Moderationsmethoden, die es Gruppen ermöglichen, Arbeitsvorhaben gemeinsam zu planen und zu diskutieren. Die Moderationsmethoden des Visualisierens und Bewertens, des Entscheidens, Präsentierens und Dokumentierens werden in allen Schritten vermittelt. Die TeilnehmerInnen erhalten die Gelegenheit, selbst Erfahrung mit den Methoden zu machen.
Termin: 10.-12.01.03
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT,
Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
Web: www.mitarbeit.de

CHAOS COMPUTER CLUB

19. Chaos Communication Congress
Der Kongress findet zwischen dem 27. und dem 29. Dezember 2003 im »Haus am Köllnischen Park«, Berlin statt. Ziel des Kongresses ist es, den Austausch von technischen, gesellschaftlichen und politischen Ideen zwischen Hackern, Sicherheits--Experten, Künstlern, »Nerds« und anderen Lebensformen, die sich mit dem Einfluss von Technik auf die Gesellschaft beschäftigen, zu fördern.
Im Gegensatz zu den Kongressen in der Vergangenheit soll dieser Kongress nicht in erster Linie nur die deutschsprachige Bevölkerung ansprechen. Es ist unser erklärtes Ziel, zumindest die Hauptveranstaltungen der Konferenz auf deutsch mit englischer Simultanübersetzung bzw. auf englisch mit deutscher Simultanübersetzung anzubieten.
Anmeldungen unter www.ccc.de

REGIONALENTWICKLUNG

Regionalberatung
Regionalmanagement
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum zehnten mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2003 bis März 2004 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
22./23.3.2003
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend,
Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
Beschreibung: http://akademie.kljb.org

LINKE LITERATURMESSE

Die 7. Linke Literaturmesse musste aufgrund von Raumschwierigkeiten verschoben werden. Sie findet wie gewohnt in den Räumen des EX-KOMM in Nürnberg vom 24.-26.1.2003 statt.
Die 8. Linke Literaturmesse ist vom 21.-23.11.2003 vorgesehen.

liegeplatte
07.12.02 HU-Berlin
Verschärfte Konferenz um den Reichtum der Welt
STATT STANDORTE
Kontakt: jimmyboyle@junge-linke.de Organisiert von: jimmy boyle berlin & junge linke

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
PLZ, Ort, Straße:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg